

Vierte Auflage.

Klassenpolitik

und

Sozialreform.

Zwei Etats-Reden

von

A. Bebel

(gehalten in den Reichstags-Sitzungen vom 11. und 15. Dezember 1897).

Aus dem amtlichen Stenogramm.

Preis 15 Pfennig.

Berlin 1898.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glöde in Berlin)

Klassenpolitik

und

Sozialreform.

Zwei Etats-Reden

von

A. Bebel

(gehalten in den Reichstags-Sitzungen vom 11. und 15. Dezember 1897).

Aus dem amtlichen Stenogramm.

Berlin 1898.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(24. Straße in Berlin).

8. Sitzung

am Sonnabend, den 11. Dezember 1897.

Abgeordneter Gebel: ... Die Thronrede sowohl wie die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für das Reichsschatzamt haben die allgemeine Finanzlage des Reichs, mit einem gewissen Recht, wie ich nicht bestreiten will, rosa in rosa gemalt. Es ist wahr, die Finanzlage des Reichs ist eine so günstige, wie sie seit langen Jahren nicht war. Aber so wenig ich sonst mit den Ausführungen des Abgeordneten Frihen einverstanden bin, so gebe ich ihm in dem einen Punkte vollkommen recht, daß wir bereits im Augenblick den Höhepunkt dieser günstigen finanziellen Entwicklung erreicht haben, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es allmählig wieder bergab geht. Meine Herren, täuschen Sie sich doch nicht selbst — und Sie täuschen sich auch in der That nicht unter sich —, daß die Periode der geschäftlichen, der industriellen Prosperität, die wir seit einigen Jahren gehabt haben, ihren Höhepunkt überschritten hat und nunmehr wieder die Zeit der Krise kommen wird und muß — eine Periode der Krise, deren Dauer zunächst kein Mensch übersehen kann, die aber nothwendigerweise sich bemerkbar macht in Entlassungen von Arbeitern, im Sinken der Löhne und damit weiter im Sinken der Kaufkraft der Arbeiter, im Sinken des Konsums; was sofort auch im Schwinden der Einnahmen des Reichs zum Ausdruck kommt.

Das Reichsbudget ist zu neun Zehnteln auf den Einnahmen aus Konsumartikeln aufgebaut. Es sind die indirekten Steuern, wie z. B. die Branntweinsteuer, die 1895 allein nicht weniger als 119 Millionen eingebracht hat, und die doch unbestreitbar mit einer ganz minimalen Ausnahme ausschließlich von den arbeitenden Klassen ausgebracht wird. Es kommen weiter hinzu die Zuckersteuer mit gegen 90 Millionen, die Salzsteuer mit 48 Millionen u. s. w. Es kommen dann insbesondere in Betracht die großen Einnahmen aus den Getreidezöllen, die, wie schon bemerkt, 1895 nicht weniger als 142 Millionen einbrachten, der Petroleumzoll, der nicht weniger als 59 Millionen in jenem Jahre ergeben hat, der Kaffeezoll mit 52 Millionen u. s. w. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie eine Periode allgemeinen schlechteren Geschäftsganges kommt, damit nothwendigerweise die Konsumfähigkeit der breiten Massen der Bevölkerung abnimmt und ein allgemeines Sinken der Reichseinnahmen die Folge ist.

Nun, meine Herren, haben wir allerdings im Laufe der Jahrzehnte, die das Deutsche Reich besteht, solche Perioden mehrfach gehabt, und das Reich ist, wenn in solchen Perioden neue Ausgabebedürfnisse herantraten, genöthigt gewesen, die vorhandenen Einnahmen zu erhöhen, beziehentlich neue Einnahmequellen zu suchen, sei es in der Form der Erhöhung alter oder in der Einführung neuer indirekter Steuern und Zölle. Daß dies einmal eine Grenze



K 831

hat, liegt auf der Hand. Ich habe es deshalb mit einer gewissen Genugthuung begrüßt, — und ich hoffe auch, es wird später Wort gehalten werden, wenn die Frage an uns herantritt, — daß heute der Abgeordnete Fritzen mit denkbar größtem Nachdruck erklärte, daß, wenn sich künftig einmal die Finanzlage des Reichs derart gestalten sollte, daß neue Einnahmequellen geschaffen werden müssen, er und seine Parteigenossen darauf dringen würden, diese auf dem Wege der direkten Steuern zu beschaffen. Meine Herren, dieser Weg ist Ihnen schon seit einer ganzen Reihe von Jahren von Seiten der freisinnigen Partei und von Seiten der Sozialdemokratie präsentiert worden, weil er der einzig vernünftige und einzig gerechte ist; aber Sie sind ihn nicht gegangen. Denn streiten wir doch nicht darüber: die enormen Ausgaben, die das Reich erfordert und die ganz wesentlich für Militär- und Marinezwecke gemacht werden, sie kommen in erster, zweiter und dritter Linie den herrschenden und besitzenden Klassen im Reich zugute, zu deren Schutz und Vortheil sie hauptsächlich gemacht werden

(Widerspruch rechts; Zurufe),

meine Herren, darüber werde ich später noch reden, das ist ein Kapitel, was ich heute noch weiter zum Gegenstande meiner Ausführungen machen werde. In erster Linie sind es die Interessen der besitzenden Klassen, zu deren Förderung und Schutz die gegenwärtigen Reichsinstitutionen geschaffen worden sind. Gerade die Klasse, die am meisten bei jeder Gelegenheit sich auf ihren Patriotismus stützt und damit prahlt und uns der Vaterlandslosigkeit und des Mangels an Patriotismus zeugt, hat ihrerseits bis heute nicht den geringsten Versuch gemacht, zum Schutze ihrer Interessen einmal in ihren eigenen Beutel zu greifen und entsprechend ihren Mitteln zur Entlastung des arbeitenden Volkes beizutragen.

(Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Widerspruch in der Mitte und rechts.)

Nein, meine Herren, bis heute ist es der Arbeiter, der Ihnen mit Hilfe und mit Anspannung aller seiner Kräfte Ihr Vermögen schafft. Es ist der Arbeiter, der hauptsächlich die Steuern für das Reich zahlt; es ist der Arbeiter, der in erster Linie für Sie Soldat spielen und im Falle der Noth Sie vertheidigen muß.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Und im Angesichte solcher Thatfachen ist es allerdings hohe Zeit, daß endlich dafür gesorgt wird, daß, wenn künftig wieder neue Einnahmequellen geschaffen werden sollen, alsdann es nicht wieder der Arbeiter, der kleine Mann ist, den Sie zu schützen behaupten und mit dieser Art von Steuerpolitik geradezu ruinieren, der bluten muß. Treten Sie alsdann selbst in die Lücke ein und erklären Sie sich bereit, aus Ihrem eigenen Geldbeutel die Mittel zuzuschießen, die herzugeben Sie sich bisher auf das Allerhartnäckigste geweigert haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und, meine Herren, noch eins: die Ueberzeugung haben wir Alle, wenn etwas geeignet sein kann und etwas geeignet sein wird, der Steigerung der Militär- und Marineausgaben endlich einen Damm entgegenzustellen, es das ist, daß Sie gezwungen werden, die Kosten dafür aus der eigenen Tasche zu zahlen.

(Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Dann werden Sie einen ganz anderen Maßstab der Kritik anlegen als jetzt, dann werden wir von Ihrer Seite Aeußerungen des Widerstandes zu hören bekommen, wie sie schlimmer nicht von sozialdemokratischer Seite gegen den Militarismus und Marinismus laut geworden sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sollten z. B. die jetzt verlangten neuen Mehrausgaben für die Marine auf dem Wege der direkten Einkommen- und Vermögenssteuer aufgebracht werden — das Todesurtheil der Vorlage wäre schon in diesem Augenblicke besiegelt; keine Partei in diesem Hause würde daran denken, dieser Vorlage zuzustimmen.

(Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Es ist sehr wichtig, dies hervorzuheben, weil es scharf die Tendenzen charakterisirt, von welchen Sie bei solchen Bewilligungen geleitet werden. Nur ein anderer Maßstab für die Aufbringung der Kosten der Marinevorlage, der Ihre Taschen trifft und die Situation ist mit einem Schlage eine andere!

(Zurufe rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß, wenn die wirtschaftliche Krise kommt, — und sie kommt sicher, denn sie liegt im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, — die Steuerfrage wieder in den Vordergrund tritt. Es liegt im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, fortgesetzt die Produktionsmittel in kolossalem Maßstabe zu entwickeln, immer mehr und immer bessere Arbeitsmittel zu beschaffen, um mit Hilfe dieser verbesserten Arbeitsmittel immer mehr Waaren zu produzieren. Aber eines Tages stellt sich alsdann heraus, daß das Bedürfniß nach Waaren geringer ist als das Angebot. Sowohl auf dem Inlands- wie auf dem Weltmarkt stellt sich Ueberproduktion heraus. Es sind mehr Waaren vorhanden, als der Marktmagen vertragen bzw. verdauen kann, und die Folgen sind die Rückschläge. Es folgt Produktionseinschränkung, die Arbeiterentlassungen hervorruft. Die Krise ist da, die in dem Maße länger dauert, wie die Produktionsmittel erweitert und verbessert wurden. Das ist der Zustand, der uns in den nächsten Jahren wieder bevorsteht und der alsdann Sie zwingt, gegenüber unseren Etatsberathungen ein ganz anderes Gesicht zu machen, als es augenblicklich der Fall ist.

Nun hat mich bei den Ausführungen, die namentlich bei der Marine-debatte über die kommenden Mehrausgaben und die Möglichkeit, sie aufzubringen, ohne neue Steuerquellen in Angriff zu nehmen, gemacht wurden, das eine überrascht, daß man nur so nebenbei den übrigen Reichsetat, insbesondere die Ausgaben für den Militäretat, gestreift hat. Man hat diese Haupt- und Kernfrage fast ganz außer Berücksichtigung gelassen, obgleich doch nur in Verbindung mit dem Militäretat und den Anforderungen desselben auch die Ausgaben bzw. die Opfer für den Marineetat erst in das rechte Licht treten. Man hat sich damit abgegeben, nachzuweisen, in welchem Maße im Laufe der letzten zehn Jahre die Ausgaben für den Marineetat, sowohl die ordentlichen wie die außerordentlichen, gestiegen sind. Man ist dabei zu ganz bedeutenden, für die Außenwelt überraschenden Resultaten gekommen. Aber, meine Herren, das Bild wäre nicht vollständig, wenn wir nicht zugleich damit in Verbindung brächten diejenigen Ausgabepositionen und Steigerungen, die zu gleicher Zeit auch auf dem Gebiete des Militäretats gemacht wurden. Diesen Vergleich zu ziehen, halte ich für nothwendig. Ich nehme dabei nur die letzten zehn Jahre, d. h. die Jahre, innerhalb deren der sogenannte neue Kurs zur Herrschaft gekommen ist, also beginnend mit dem Jahre 1888/89 und abschließend mit dem gegenwärtig laufenden Etatsjahre. Ich will nicht die

Abschlüssen und Erhöhungen innerhalb der einzelnen Etatsjahre vorführen; ich werde mich begnügen, die regelmäßigen Ausgaben, wie sie in diesen Zeiträumen sich entwickelt haben, am Anfang und am Ende der Periode Ihnen vor Augen zu führen.

Das Reichsgeheimrat hat im Jahre 1888/89 an dauernden Ausgaben die Summe von 363 Millionen erfordert, und im laufenden Jahre ist dasselbe mit 493 Millionen in den Etat eingesetzt, also mit einem Mehr gegen 1888 von 130 Millionen, d. h. innerhalb des kurzen Zeitraums von zehn Jahren, in dem die Bevölkerung im Deutschen Reich um 12 Prozent gewachsen ist, eine Steigerung von 35 Prozent, und wenn wir den gegenwärtigen Etat mit in Vergleich stellen wollen, der eine regelmäßige Ausgabe von rund 512 Millionen erfordert, so ergibt sich eine Steigerung sogar um 40 Prozent.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nichtlich ist es bei dem Marineetat. Im Jahre 1888/89 belief sich das Ordinarium auf 36¼ Millionen, im laufenden Etatsjahre erfordert es 59½ Millionen, also eine Mehrausgabe an regelmäßigen Ausgaben von 22½ Millionen oder im Vergleich zu 1888/89 eine Mehrausgabe von 60 Prozent.

Nehmen wir aber die Ausgaben für Militär- und Marinezwecke ins Auge, dann ist auch notwendig, den Friedenspensionsfonds in Betracht zu ziehen; denn dieser erhält Ausgaben, die mit dem stetig steigenden Heer- und Marinewesen und den damit verknüpften Ausgaben gleichfalls wachsen. Die Friedenspensionen für das Heer haben im Jahre 1888/89 27 Millionen betragen, im laufenden Etatsjahre 58 Millionen, also eine Steigerung von rund 31 Millionen oder von 115 Prozent. Der Friedenspensionsfonds für die Marine ist in demselben Zeitraum von 1 014 000 Mark auf 2 881 000, d. h. um 1 867 000 Mark oder um 184 Prozent, gestiegen. Endlich ist doch auch die Verzinsung der Reichsschuld in Betracht zu ziehen, die hauptsächlich durch die Anleihen für Heeres- und Marinezwecke entstand. Im Jahre 1888/89 erforderte diese Verzinsung 29 Millionen, im laufenden Etatsjahre 74¼ Millionen; sie ist also ebenfalls um 158 Prozent gewachsen. Stellen wir aber diese Summen zusammen, die im Laufe dieser zehn Jahre für die erwähnten Zwecke ausgegeben wurden, so kommen fabelhafte Summen heraus und es ist notwendig, daß wir uns diese vergegenwärtigen. Wir haben innerhalb der erwähnten zehn Jahre an dauernden Ausgaben für das Heer 4384 Millionen und für die Marine 480 Millionen ausgegeben, insgesamt 4864 Millionen. Dazu kommen die einmaligen Ausgaben für Heer und Marine, zusammen mit 1807 Millionen, so daß in zehn Jahren nicht weniger als 6672 Millionen für Heer und Marine ausgegeben wurden. Hierzu kommen weiter die Friedenspensionen mit 419 Millionen für das Heer und mit 18 Millionen für die Marine, und endlich 428 Millionen Zinsen — nachdem ich 16 Prozent der Zinsen für Kulturzwecke abgezogen habe, was eher zu viel als zu wenig ist — so daß in Summa 7537 Millionen in diesem Zeitraum für Militärszwecke ausgegeben wurden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und welches Bild zeigt der jetzige Etat? Stellen wir dieselben Posten, die ich eben erwähnt, zusammen, so haben wir für das laufende Jahr allein, vorausgesetzt, daß die geforderten Millionen bewilligt werden, nicht weniger als 855 Millionen für Militär- und Marinezwecke auszugeben, oder auf jeden Kopf der Reichsbevölkerung, deren gegenwärtiger Stand 53 Millionen beträgt, nicht weniger als 16 Mark.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist eine geradezu riesenhafte Ausgabe; eine Ausgabe für Zwecke, die auf die Dauer vernünftigerweise nicht mehr gemacht werden sollte und dennoch, wie es unzweifelhaft ist, bei dem in Europa gegenwärtig herrschenden System immer mehr steigen wird. Oder ist es richtig, wie es dieser Tage dargestellt wurde, als wenn wir in Bezug auf das Heerverfassungswesen auf einer Art Ruhepunkt angekommen wären? Ich bestreite das auf das Allerentschiedenste. Es sind in den letzten Monaten durch eine Presse, die wohl eingeweiht sein könnte, Andeutungen gemacht worden, die verrathen, daß auch im Laufe der nächsten Jahre auf dem Gebiet des stehenden Heerwesens bei Weitem nicht Alles so bleiben wird, wie es gegenwärtig ist. Es ist bereits seit Monaten durch die Presse der verschiedensten Parteien, und ohne Widerspruch zu finden, verkündet worden, daß im gegenwärtigen Augenblick ein neues Infanteriegewehr probirt werde. Nun, neue Infanteriegewehre werden nicht zum Spaß probirt; bewährt sich ein solches Gewehr, wird es für besser gehalten als das gegenwärtige, so wird es damit gehen wie mit den neuen Geschützen; es wird eingeführt, um jedem Konkurrenten gegenüber im Falle des Krieges besser bewaffnet und gerüstet zu sein. Die Folge ist, daß in nicht ferner Zeit höchst wahrscheinlich die Bewaffnung der Infanterie mit neuen Gewehren den Reichstag ebenso beschäftigen wird, wie ihn die neuen Geschütze bereits beschäftigt haben. Man sagt sogar, daß das augenblicklich in der Herstellung begriffene Geschütz bereits durch ein noch besseres ersetzt werden sollte, daß namentlich das bessere Geschütz, welches gegenwärtig in Frankreich eingeführt wird, der Kriegsverwaltung die Erwägung nahe gelegt habe, ob nicht die Einführung des gegenwärtig in der Einführung begriffenen Geschützes inhibirt und durch ein neues, noch besseres Geschütz ersetzt werden solle. Ich erinnere ferner daran, daß behauptet wird, es bestrebe die Absicht, zur Begleitung der Kavallerie die sogenannten Maximumschnellfeuergeschütze einzuführen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß aus dem Umstand, daß in Folge der neuen Artillerieorganisation, Rußland 38 Batterien mehr ins Feld zu stellen vermöge als Deutschland, wir höchst wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit uns ebenfalls mit einer abermaligen Vermehrung der deutschen Artillerie beschäftigen müßten, Ausgaben, die selbstverständlich sehr bedeutend ins Gewicht fallen würden, sowohl für den ordentlichen wie außerordentlichen Etat. Auch wurde angedeutet, daß möglicherweise an eine neue Verstärkung der stehenden Armee herangegangen werden dürfte. Die Absicht, die bereits 1891 in Aussicht gestellt wurde, daß der letzte wehrfähige Mann ausgebildet werden müsse, könnte in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

(Hört! hört!)

Diese und ähnliche Gerüchte gehen bereits seit Monaten durch die Presse, ohne daß — wenigstens soweit meine Kenntniß reicht — sie Widerspruch gefunden hätten.

(Zurufe rechts.)

Meine Herren, ich meine allerdings, wir haben alles Interesse daran, daß von Seiten der Militärverwaltung, wenn solche Ansichten laut werden, die zweifellos zu einer großen Beunruhigung in weiten Volkskreisen führen, nach Möglichkeit die Wirkung solcher Mittheilungen abgeschwächt wird dadurch, daß ein scharfes, klares Dementi erfolgt.

Nun hat auch die Frage der möglichen technischen Verbesserungen eine Hauptrolle gespielt bei den Berathungen, die wir vor einigen Tagen in Bezug auf die Marineentwicklung gehabt haben. Ich bin erstaunt gewesen, wie gerade im Gegensatz zu Aeußerungen, die vor einigen Monaten von der maßgebenden Partei des Reichstages, der Centrumspartei, laut wurden, diesmal nach derselben Richtung so ganz und gar nichts verlautbar ist. Es ist zweifellos — wenigstens

ist das meine Auffassung und diejenige der weitesten Kreise draußen —, daß der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Lieber, diesmal bei der Debatte über das neue Marinegesetz eine Haltung eingenommen hat, die bedeutet, daß die Zentrumspartei gegenüber den Marineforderungen eine starke Frontveränderung vorgenommen hat.

(Sehr wahr! links.)

Die Haltung des Zentrums von heute gegenüber der vor 6 und 7 Monaten ist eine total veränderte, eine Frontveränderung von solcher Stärke, daß selbst die in Frontveränderungen sehr starke nationalliberale Partei eine ähnliche kaum aufweisen könnte.

(Geisterkeit.)

Die Äußerungen in der Budgetkommission seitens des Abgeordneten Lieber in Bezug auf den sogenannten Hollmann'schen Plan, der bedeutend weniger forderte, als der jetzt dem Reichstag vorliegende, die Äußerungen, die später im Reichstag bei der Erörterung des Marineetats im März dieses Jahres von Seiten der Abgeordneten Müller (Zulba) und Bachem gemacht wurden, stehen im denkbar schneidendsten und schroffsten Gegensatz zu dem, was der Redner Ihrer Partei (zur Mitte) hier am Dienstag vor dem Plenum des Hauses entwickelt hat.

(Sehr wahr! links.)

Es ist für uns in dieser Frage keine leichtere Agitation gegen Ihre Partei bei den Wahlen denkbar, als daß wir die Äußerungen, die Ihre eigenen Redner vor 6 und 7 Monaten in der Budgetkommission wie im Plenum dieses Hauses machten, ohne ein Wort eines Kommentars abdrucken und neben diejenigen Äußerungen stellen, die jetzt der Abgeordnete Dr. Lieber in Bezug auf dieselbe Frage gemacht hat. Eine leichtere agitatorische Wirkung in Bezug auf das Schwanken und die vollständige Frontveränderung der Zentrumspartei kann ich mir kaum vorstellen. In der Budgetkommission hat damals gerade der Abgeordnete Dr. Lieber mit allem Nachdruck betont, daß es denn doch außerordentlich bedenklich sei, einen Plan, wie den damaligen Hollmann'schen, zu verwirklichen, beziehentlich den Reichstag auf einen solchen Plan zu binden. Er wies damals ganz mit Recht auf die außerordentliche technische Entwicklung bei der Marine hin, insbesondere darauf, daß es noch keineswegs entschieden sei, daß diese neuen Panzerkolosse im Ernstfalle sich bewähren würden, vielmehr alle Erfahrungen dagegen sprächen. Und er hat recht gehabt. Ich erinnere an gewisse Manöver der englischen und französischen Flotte, an den schweren Unfall, der vor etwa drei Jahren im Mittelmeer einem der größten Schiffe der englischen Flotte passierte. Diese großen Panzerschiffe sind so schwerfällig, daß sie bei dem geringsten Unfall, selbst in Friedenszeiten, unter einander karambolieren, und eines dem anderen mit Untergang droht. Haben wir nicht in diesen Tagen erst wieder mit zweien unserer besten Kriegsschiffe, „Württemberg“ und „Brandenburg“, ganz Ähnliches erlebt im großen Welt? wo, wie es heißt, in Folge unruhiger See das eine der Schiffe — so wird gesagt, ich weiß es nicht, ob es richtig ist — vom Anker sei losgerissen worden und gegen das andere Schiff getrieben wurde, worauf beiderseitig eine so starke Kollision eintrat, daß beide Panzer nichts Gütigeres zu thun hatten, als in den nächsten Hafen einzulaufen, um dort wieder einer Reparatur unterzogen zu werden? Dieses Beispiel sollte doch den Reichstag bedenklich machen, der Regierung auf dem Wege zu folgen, der jetzt mit der Marinevorlage, namentlich mit dem Marinegesetz eingeschlagen wird. Und wie steht es mit den möglichen technischen Verbesserungen? Verfolgen Sie doch einmal das Organ, das, wie ich glaube, der Marineverwaltung sehr nahe steht, die „Marinerundschau“, die es als ihre Aufgabe erachtet, alle

technischen und sonstigen Fortschritte, die in Bezug auf den Bau, die technischen Einrichtungen, die Ausrüstung und Armierung der Kriegsschiffe, wie die Befestigung der Seehäfen und das Seeverteidigungswesen gemacht werden, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, um sie den Angehörigen der deutschen Marine zugänglich zu machen. Da erscheint nicht eine Nummer, in der nicht neue Einrichtungen, neue Verbesserungen, neue Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten mitgeteilt werden; das weiß die Marineverwaltung viel besser, als Einer von uns es wissen kann. Wem ist es unbekannt, der sich auch nur als Laie damit beschäftigt, daß seit geraumer Zeit z. B. bei Schiffsbauten die Frage auftaucht, ob an Stelle des Stahls nicht etwa Aluminium Verwendung finden könnte? Die einzige Frage ist nur, ob das Aluminium gegen die Angriffe des Seewassers entsprechend gefestigt werden kann, was durch eine geeignete Metallmischung oder einem entsprechenden Ueberzug früher oder später zweifellos herbeigeführt wird. Wem ist es ferner unbekannt, daß vor einigen Monaten in den Vereinigten Staaten ein neues Geschütz erfunden worden ist, dessen Durchschlagsfähigkeit so stark ist, daß die stärksten Harveypanzerplatten glatt durchschlagen werden? Panzerplatten von 125 Millimeter Stärke werden mit dem neuen Sprengstoffe, dem sogenannten Jovit, durchschlagen, sodaß das Geschütz erst in dem Schiffe selbst explodiert. Bewahrheitet sich das, ist diese Erfindung Thatsache, dann entsteht sofort wieder die Frage der völligen Umwandlung der Bepanzerung der gesamten Flotte, — und was das für Ausgaben macht, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Weiter hat der bekannte Ingenieur Magin, der bekanntermaßen sich gewerbsmäßig damit beschäftigt, immer neue Zerstörungsmittel gegen Menschen zu schaffen, vor zwei Monaten in einer Gesellschaft von Fachleuten in London einen Vortrag gehalten über einen von ihm und einem seiner Mitgenossen erfundenen sogenannten Lufttorpedo. Ich will Sie mit den Einzelheiten der Erfindung, die durch den Vortrag bekannt geworden sind, nicht behelligen, das würde zu weit führen; aber der Mann behauptet, daß er mit Hilfe dieses sogenannten Lufttorpedos im Stande sei, auf eine sehr bedeutende Entfernung, irre ich nicht, so wurden 15 Seemeilen angegeben — den stärksten Panzer mit einem einzigen seiner Geschosse zu vernichten. Er führte weiter aus, daß man künftighin nicht mehr Panzer für 20 bis 25 Millionen Mark herstellen würde, sondern statt eines solchen Panzers sieben kleine Fahrzeuge, die mit diesem Lufttorpedo bewaffnet dieselben Kosten verursachen wie ein Panzer, um mit Hilfe dieser einer ganzen Panzerflotte zu Leibe zu gehen. Ich gebe zu, bei diesen Dingen spielt im Augenblick noch die Phantasie eine gewisse Rolle

(sehr richtig!)

— ja, sehr richtig! Aber, meine Herren, Sie thun, als ob wir gar keine Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht hätten. Oder haben wir nicht so und so oft erlebt, daß, was im Augenblick noch Projekt war, nach ganz kurzer Zeit zur That und Wahrheit wurde?

(Sehr richtig! links.)

Wollen Sie etwa leugnen, daß die berühmtesten Techniker, Ingenieure, Chemiker u. s. w. in allen großen Staaten der Welt, für die das Flottenwesen und das Militärwesen eine entscheidende Rolle spielt, unausgesetzt an der Arbeit sind, um neue und verbesserte Zerstörungsmittel für den Krieg zu schaffen? Wollen Sie bestreiten, daß sie in diesen Bestrebungen selbst von Seiten der verschiedenen Regierungen durch Gewährung aller möglichen Mittel unterstützt werden, um möglichst große Erfolge zu haben?

(Sehr richtig! links.)

Ist das aber der Fall, dann kann es auch keinem Zweifel unterliegen, daß Mittel werden erfunden werden, um in kurzer Zeit alle diejenigen Vertheidigungsmittel, die heute als die besten angesehen werden, als vollständig hinfällig und nicht mehr ausreichend erscheinen zu lassen. Meine Herren, das sind Aussichten, die vorhanden sind, und ich wäre bereit, schon in diesem Augenblick jede Wette einzugehen, daß der neue Marineplan, wie er dem Reichstag vorgelegt ist, nicht 3 Jahre zur Ausführung kommt, ohne daß gewaltige technische Erfindungen der verschiedensten Art auf eine Umwandlung und Veränderung dieses Planes hinarbeiten und sie zur Nothwendigkeit machen.

Nun freilich sind Sie, meine Herren, mit der Antwort bei der Hand: das ist vielleicht Alles wahr, was Sie sagen, und es ist sehr traurig, daß es so ist; aber wir können es nicht ändern, wir müssen dem doch folgen! Ich habe, und meine Freunde mit mir, gegenüber diesen Einwänden schon sehr oft meine gegentheiligen Einwendungen gemacht; aber nehmen wir einmal für einen Augenblick an, es sei so, so wird doch das zweifellos von Jedem zugegeben werden müssen, daß, sobald der neue Flottenentwicklungsplan vom Reichstag akzeptirt wird, — es heißt ja heute bereits in den Zeitungen, die Marineverwaltung solle schon Auftrag gegeben haben, die neuen Schiffe in Angriff zu nehmen, weil sie sicher sei, daß der Reichstag diese bewilligen werde, auch wenn er das Gesetz selbst nicht akzeptiren würde, und es wäre interessant, darüber Auskunft zu erhalten, ob dem so ist — ich sage, daß sofort diejenigen Seemächte, die in erster Linie in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden könnten, in gleicher Weise vorgehen. Gegen wen brauchen wir die Schlachtschiffe, die bekanntlich in der Nord- und Ostsee sich das ganze Jahr aufhalten sollen, anders, als gegen Rußland und Frankreich? Das weiß man in diesen beiden Staaten genau so gut wie hier bei uns. Die Folge ist selbstverständlich, daß diese beiden Staaten sofort ihre Flotten in demselben Maße vermehren werden wie wir, und gebessert ist für uns nichts.

Es ist immerhin interessant, daß der Kontreadmiral Plüddemann neuerdings behauptet, die Forderungen der Regierung genügten nicht, statt 17 Panzer müßten es 32 und statt 32 Kreuzer 64 sein. Ich nehme an, das ist ein Scheinmanöver. Der Herr stellt nur so unerhörte Forderungen, um den jetzigen Forderungen der Regierung zum Siege zu verhelfen. Aber immerhin, es ist bemerkswerth, daß solche Forderungen in dem Augenblick, wo der Reichstag die erste Lesung der Vorlage vornimmt, in die Welt hinausposaunt werden. Zweifellos ist aber, daß Frankreich und Rußland in demselben Augenblick, wo diese Pläne durch die Beschlüsse des Reichstags, sei es mit dem Marinegesetz oder ohne dasselbe, verwirklicht werden, in ähnlichem Maße vorgehen. Glauben Sie, meine Herren, daß wir dieses Wettrennen mit unseren Mitteln gegenüber Rußland und Frankreich fortsetzen können in Anbetracht der großen Opfer, die schon der Militäretat von Jahr zu Jahr erfordert? Glauben Sie daneben auch noch solche Ausgaben auf die Dauer decken zu können? Ich kann es nicht glauben, ich halte es einfach für unmöglich.

Ist es aber sicher, daß wir einst den mächtigen Flotten der Gegner gegenüberstehen werden, dann frage ich Sie, meine Herren, weiter: haben Sie sich einmal die Frage ernstlich vorgelegt, was Deutschland thun soll, um im Fall eines Krieges gegen Rußland und Frankreich nicht allein die ungeheuren Kosten des Krieges für seine Armee, sondern auch noch für die Flotte aufzubringen, wie sie gegenwärtig geplant ist? Ich habe ja zu der Opferwilligkeit der Herren, die hier fortgesetzt mit ihrem Patriotismus so prahlen, das größte Zutrauen: ich nehme an, daß, wenn das Vaterland in Gefahr erklärt wird, sie mit ihrem Geldbeutel auch für die Mittel zum Kriegführen einstehen werden.

Aber, meine Herren, um was handelt es sich denn für einen solchen Krieg? Der Abgeordnete Frihen hat ganz richtig gesagt: um Milliarden; halten Sie fest, die 120 Millionen im Juliusthurm sind in diesem Falle nur ein Trinkgeld. Wir sind gezwungen, sofort enorme Mittel flüssig zu machen; und wenn man sich vergegenwärtigt, was die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1870 zu Anfang des Krieges geleistet hat, als Fürst Bismarck 100 Millionen Thaler Kriegsanleihe auflegte zu dem sehr günstigen Kurs von 80 und zum Zinssatz von 5, dann habe ich an der Opferwilligkeit der deutschen Bourgeoisie einen großen Zweifel. Ich bin im Zweifel darüber, ob die Tausende von Millionen, die ein solcher Krieg erfordert, aufzubringen sind. Ich fürchte, sie ist nicht geneigt und gewillt dazu. Und vergessen Sie das Eine nicht, das werden mir auch die Herren von der Militär- und Marineverwaltung zugeben: im nächsten Krieg, er mag ausfallen wie er will, sind wir nicht Sieger, wie wir es 1866 und 1870 waren.

(Zuruf rechts.)

— Mein, Herr von Kardorff, wir werden froh sein müssen, zu bewahren, was wir haben; und zu glauben, daß wir selbst als Sieger in einem solchen Krieg von unseren Gegnern, wie es 1871 der Fall war, Milliarden in Form von Kriegsschädigungen einheimen würden, daran denkt selbst in den Regierungen kein Mensch. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir werden im nächsten Kriege jedenfalls die Kriegskosten selber zu bezahlen haben und froh sein, wenn uns nichts Schlimmeres passiert. Und wir werden wieder die Verwundeten und Sinterbliebenen der Gefallenen selbst zu erhalten haben, ohne daß französische oder russische Milliarden uns dabei zu Hilfe kommen.

Meine Herren, sehr interessant waren mir die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Hammacher am letzten Tage der Marinedebatte gemacht hat. Ich höre immer den Ausführungen des Abgeordneten Hammacher, wenn er auf das politisch-ökonomische Gebiet kommt, mit Interesse zu, weil ich weiß, daß er ein Mann von großer Erfahrung ist, der einen Blick über das Allgemeine besitzt. Der Abgeordnete Hammacher hat uns nun entwickelt die Gefahren, denen im Laufe unserer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschland und die Mehrzahl der europäischen Staaten in Bezug auf den Welthandel und den Absatz für unsere Produkte entgegengehen. Er sah sich veranlaßt, unter Anderem auszuführen, daß sich im Laufe der ersten Jahre des kommenden Jahrhunderts voraussichtlich zwei große Wirtschaftsgruppen bilden würden, die der handelspolitischen Entwicklung Deutschlands, wie derjenigen der anderen europäischen Staaten gegenüberstehen würden. Er hat einmal auf den Pan-amerikanismus hingewiesen, in zweiter Linie auf das Greater Britain, die Vereinigung Englands mit seinen Kolonien zu einem geschlossenen Absatzgebiet. Das ist vollkommen richtig. Er hätte als Drittes hinzufügen können Rußland, das ungeheure Rußland, von der Ostsee bis hinüber zum chinesischen Meer reichend, dessen kolossale Ausdehnung mit seiner Beherrschung von ganz Asien zusammenfällt. Es beherrscht jetzt schon nahezu den indischen Ozean und später möglicherweise Indien. Daß ein so kolossales Gebiet auch eine solch ungeheure ökonomische Expansionskraft hat, daß es von keinem einzigen Lande abhängig ist und weder von Deutschland noch von England noch von sonst irgend einem Lande der Welt eine wirtschaftliche Unterstützung braucht, ist sicher. Es kann aus sich selbst heraus, begründet auf seinen enormen Bodenreichtum, nicht allein an Nahrungsmitteln, sondern auch an Rohmaterialien aller Art, an Erzen und Kohlen Alles produziren, was es für die Befriedigung seiner Bevölkerung selbst im unfänglichsten Maße nöthig hat. Ist dem aber so — und ich bestreite das nicht, ich billige nach dieser Richtung die Ausführungen des Abgeordneten Hammacher vollkommen — wie sieht es dann aber in Bezug

auf den deutschen Handel, die Aussichten des deutschen Handels in der Zukunft und insbesondere in Bezug auf die Nothwendigkeit des Baues einer Flotte, wie sie hier gefordert wird? Der Abgeordnete Hammacher hat alle die interessanten Ausführungen gemacht, um zu beweisen, daß die Forderungen der Regierung nothwendig seien. Meine Herren, ich glaube, daß von allen Denen, die für die Flotte gesprochen haben, keiner mehr gegen die Nothwendigkeit der Flotte gesprochen hat, als gerade der Abgeordnete Hammacher. Alles, was er dafür angeführt hat, spricht dagegen. Denn nehmen Sie einmal die Ausfuhrliste für den deutschen Handel her. Ziehen Sie einmal ab, was das ganze Panamerika heute verbraucht, aber künftig einmal nach den Anschauungen von Herrn Dr. Hammacher nicht mehr verbrauchen wird, ziehen Sie ab, was das Greater Britain heute von uns bezieht, ziehen Sie hiervon ab, was Rußland und die ihm affiliirten Staaten von uns beziehen, ziehen Sie weiter in Betracht, was wir auf dem europäischen Markte an die verschiedenen europäischen Handelsstaaten abgeben, und wozu wir doch die Flotte, die jetzt gebaut werden soll, nicht brauchen! Was bleibt denn auf der ganzen Erdoberfläche von Deutschlands Ausfuhrhandel, der durch die deutsche Flotte geschützt werden soll, noch übrig? Keine 200 Millionen!

(Widerspruch. Sehr richtig! links.)

Meine Herren, 200 Millionen ist sogar noch viel, und diese 200 Millionen vertheilen sich auf eine ganze Reihe kleiner Staaten und Städtchen, wo, wie ich zugebe, einmal 1, 2 oder 3 Kreuzer nothwendig sind, um einen solchen Staat zur Raison zu bringen. Aber diese Kreuzer haben Sie bereits; das beweist Haiti und China. Gerade die Fälle mit Haiti und China beweisen, daß die deutsche Flotte im gegenwärtigen Augenblick stark genug ist, um gegebenen Falles den deutschen Handel und die deutschen Interessen zu schützen. Es kommt doch sehr selten vor, daß, wie im gegenwärtigen Augenblick, an zwei Orten zugleich Sie mit auswärtigen Staaten in Konflikt kommen und deutsche Schiffe für solche Zwecke brauchen. Aber selbst wenn Sie an drei oder vier solcher Orte zugleich Schiffe brauchten, so reicht die gegenwärtige Flotte auch dazu aus. Dafür brauchen Sie keine neuen Kreuzer. Da handelt es sich höchstens darum, die eintretenden Abgänge wieder zu ersetzen. Geradeso, wie wir der Meinung sind, daß nach der gegenwärtigen Konstellation der europäischen Verhältnisse Deutschland nicht ohne Armee auskommen kann — es handelt sich nur um die Grundlage dieser Armee — geradeso sind wir der Meinung, daß zum Schutz des Handels eine Flotte von einer gewissen Bedeutung nothwendig ist, also daß eine Anzahl Kreuzer vorhanden ist, die im Falle von Konflikten, wie sie jetzt in China und Haiti vorgekommen sind, die Interessen Deutschlands zu wahren hat. Das erfordert aber nicht entfernt das, was gegenwärtig von Ihnen gefordert wird, das hat damit gar nichts zu thun; denn das Alles kann voll und ganz gewahrt werden, ohne daß wir der Flotte auch nur ein einziges Schiff hinzufügen. Liegt aber die Sache so, — und ich muß sagen, ich habe aus den ganzen Ausführungen, die die Herren Verteidiger der Regierungsvorlage gemacht haben, nicht das Gegentheil gehört, dann ist es doch höchst bedenklich, wieder so große Ausgaben zu machen, wie sie gefordert werden.

Weiter hat Herr Dr. Hammacher gesagt, wir bräuchten die Schlachtflotte, um unseren Handel in der Nord- und Ostsee gegen feindliche Schiffe zu schützen. Er hat auf 1870 hingewiesen, auf die Thatfache, daß angeblich damals kein deutsches Schiff sich aus der Nordsee hat wagen dürfen, aus Furcht vor der französischen Flotte. Ich gebe dem Abgeordneten Dr. Hammacher zu, daß diese Furcht in den ersten Monaten des Krieges bestanden hat; aber

wenn der Beweis gegeben ist, daß ein Volk und ein Staat in die Nothwendigkeit gesetzt, ein großes stehendes Heer im Fall des Krieges zu unterhalten und alle verfügbaren Mittel für dieses große stehende Heer aufzuwenden, keine Mittel mehr für die Flotte hat, dann ist es Frankreich gewesen, das reiche Frankreich im Jahre 1870. Was hat denn Frankreich mit seiner Flotte thun müssen? Es hat so rasch als möglich nach den ersten Niederlagen seiner Armee die Schiffe in die Häfen zurückbeordern müssen; es hat die Marineinfanterie und Marineartillerie in seine neuen Armeen und in seine Befestigungen, z. B. nach Paris, gezogen, es hat damit die Landarmeen verstärken müssen, und diese Marinetruppen haben damals der Landarmee einen ausgezeichneten Dienst geleistet. Und glauben Sie, das wird bei uns anders? Thatfache ist — das wird von allen Seiten zugegeben —: an die deutschen Küsten kann kein fremdes Kriegsschiff heran. Der Admiral wäre ein Thor, der auch nur den Versuch machte, an einer deutschen Küste zu landen; ehe 24 Stunden vorbei wären, wäre er mit seiner Mannschaft, mit seinen Schiffen vernichtet oder gefangen. Es ist nicht nöthig, daß wir zur Vertheidigung der deutschen Küsten die Flotte brauchen. Was nun aber den Handel betrifft, glaubt denn der Abgeordnete Hammacher, daß in dem Augenblick, wo zwischen Deutschland auf der einen und Rußland und Frankreich auf der anderen Seite ein Krieg erklärt würde, überhaupt noch ein deutsches Schiff sich hinauswagen wird, auch wenn wir die 17 Panzer haben?

(Rachen rechts.)

Meine Herren, ich bitte doch sehr; sollen etwa die Panzer oder die Kreuzer, welche die Panzer begleiten, die Handelsschiffe durch den Kanal nach dem Ozean geleiten? Das wird man schön bleiben lassen. Den Kanal, den nördlichen Theil der Nordsee, den Ozean haben die französischen Schiffe überschwemmt, dort kann kein deutsches Handelsschiff sich halten.

(Zuruf rechts.)

Ja, nur dann, wenn Frankreich wieder seine Marinetruppen für die Landarmee brauchen sollte, dann werden wir sie aber auch brauchen, darüber täuschen Sie sich doch nicht! — Aber auch von dem Gesichtspunkte aus halte ich die Schaffung einer Schlachtflotte für verkehrt, weil sie der Armee, der Landvertheidigung die Mittel nimmt, die die Landvertheidigung bis auf den letzten Heller braucht, um ihre Aufgabe gegen beide Feinde nach Osten und nach Westen erfüllen zu können. Ich stimme mit dem Fürsten Bismarck sehr selten überein, aber in dem Einen hat er unzweifelhaft recht, daß er vor einigen Monaten durch sein Organ in Hamburg verkünden ließ, er sei der Meinung, daß die Schaffung einer Flotte, wie sie jetzt geplant wäre, außerordentlich Bedenkliches hätte, denn die Entscheidung in einem zukünftigen Kriege könne nur durch die Landarmee erfolgen und nicht durch die Flotte. Nach allen diesen Richtungen hin werden Sie uns niemals überzeugen können, daß der Bau einer solchen Flotte mit solch ungeheuren Mitteln, wie sie erfordert werden, eine Nothwendigkeit sei. Wir werden allen derartigen Bestrebungen um so feindlicher entgegentreten, als wie ich noch einmal betone, die Mittel für diese Ausrüstungen jetzt und künftig immer und immer wieder auf die armen Klassen abgeladen werden, trotz der entgegenstehenden Versicherungen der Zentrumsredner.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der verordnete Führer des Zentrums, der Abgeordnete Dr. Windthorst, hat einmal die nationalliberale Partei eine Regierungspartei sans phrase genannt, — heute hat sich die Zentrumsparthei zu einer Regierungspartei avec phrases entwickelt.

(Weiterkeit.)

Die Rede des Abgeordneten Nieber hat deutlich den Wandel ihrer Ansichten und ihre Rechtschwenkung markiert. Sie können thun, was Sie wollen, Sie können von dem, was Herr Nieber in Ihrem Namen der Regierung bereits konzessiert hat, wesentlich nicht mehr zurück. Ich sage noch einmal, um mit dem Abgeordneten Frihen zu sprechen: die Form, das Gesetz, fällt, aber die Sache, die Schiffe, bekommt die Regierung, und das genügt ihr, sie wäre ein Thor, wenn sie auf der Form bestehen wollte, wo sie die Sache mit Ihrer Hilfe haben kann. Ihre Sache wird es nunmehr sein, sich mit Ihren Wählern darüber auseinanderzusetzen.

Meine Herren, es ist weiter — das betrifft ebenfalls eine Aeußerung des Abgeordneten Hammacher — nicht zu bestreiten, daß bei allen solchen Fragen ein großer Interessenkreis von wichtigem Einfluß ein entscheidendes Wort mit spricht. Ich bin weit entfernt, dem Abgeordneten Hammacher den Vorwurf zu machen, daß er seinerseits aus persönlichen, aus materiellen Interessen hier den Plan der Marineverwaltung befürwortet hätte. Nein, der Herr Dr. Hammacher hat so viel zum Leben, daß er mehr nicht nöthig hat.

(Geiterkeit.)

Also dieser Grund wäre bei ihm wohl der allerlechte. Aber daß unsere Eisen- und Maschinenfabriken, unsere Munitionsfabriken, daß vor allen Dingen unsere Werften u. s. w. ganz enorm bei solchen Unternehmungen interessiert sind, das liegt auf der Hand. Die Herren mögen ja glauben, objektiv zu handeln, wenn sie dafür eintreten; sie mögen nicht direkt an die Profite denken, um die es sich für sie handelt; aber ihr eigenes persönliches Interesse ist mit dem Allgemeininteresse, wie sie es verstehen, so innig verwandt und verwachsen, daß, wenn sie für das Allgemeininteresse in ihrem Sinne eintreten, sie immer auch für ihr persönliches Interesse eintreten.

(Geiterkeit links. Zuruf rechts.)

Ja, nun kommen Sie mit den Arbeitern, nun glauben Sie, mit diesem Einwand uns auf den Sand gesetzt zu haben, nicht wahr? Aber Sie täuschen sich gewaltig. Wenn Sie jetzt rufen: wo bleiben die Arbeiter? dann werde ich Ihnen sagen, was wir, wenn einmal die Mittel dazu vorhanden wären, Alles schaffen könnten im Interesse der Kultur und des Fortschritts, wobei noch viel mehr Arbeiter beschäftigt würden, als jetzt für die Menschenzerstörungsmittel beschäftigt werden.

Zunächst Ginz. Wenn Sie uns sagen, wir müßten für die Schiffe eintreten im Interesse der Arbeiter, dann müßten wir auch für die Kanonen eintreten, dann müßten wir ferner für die Gewehre eintreten, für die Kasernen, kurz, wir müßten für alle militärischen Rüstungen eintreten; denn bei allen diesen Rüstungen werden auch Arbeiter beschäftigt.

(Zuruf rechts.)

Gewiß, die Arbeiter werden beschäftigt als Sattler, als Schuhmacher, als Schneider, als Schlosser, als Schreiner, als Zimmerleute, Maurer, Tapezierer u. s. w., — es giebt fast kein Handwerk, keine Industrie, die von derartigen Anschaffungen nicht direkt oder indirekt profitirt. Das wäre also die notwendige Konsequenz Ihrer Auffassung. Unser Standpunkt müßte alsdann sein: Ihr Herren von der Regierung fordert soviel Schiffe als Ihr könnt, fordert soviel Soldaten als sich beschaffen lassen, baut soviel Kasernen wie wir fertig bringen, — denn das schafft Arbeit für die Arbeiter! Also müßten auch wir Alles bewilligen. Aber daß der Vortheil, den doch immer erst ein verhältnißmäßig kleiner Kreis von Leuten von allen diesem hat, aus den Taschen aller anderen Arbeiter bezahlt werden muß, das vergessen Sie, meine Herren! — Das ist der erste Punkt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Zweitens! Wenn aber einmal Geld ausgegeben werden soll, — ei der Tausend, haben wir denn wirklich gar nichts Anderes, für was wir das Geld los werden können als für militärische Rüstungen? Ich habe Ihnen vorhin gesagt: wir sind bereit, einem Theile der Landwirthschaft auf dem Gebiete der Bodenmeliorationen entgegenzukommen. Es ist ein Streit darüber — und die Frage ist verneint worden —, ob Deutschland auf die Dauer im Stande sei, bei der Stetigkeit des Wachstums der Bevölkerung seine eigenen Lebensmittel bauen zu können. Die Verneinung dieser Ansicht hat Graf Caprivi vor Jahren als Hauptgrund für den Abschluß der Handelsverträge angeführt. Ich stimme ihm darin bei. Andererseits weiß ich, daß, wenn wir unseren Grund und Boden, soweit er heute für den Getreidebau in Anspruch genommen werden kann, mit allen Mitteln, die Wissenschaft und Technik uns an die Hand geben, bearbeiten könnten, Deutschland sein Getreide nicht nur für die jetzigen 53 Millionen, sondern sogar für 73 Millionen zu erbauen im Stande wäre.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber, meine Herren, das ist eine Frage der materiellen Mittel, der Mittel, die der Einzelne hat, um sie auf seinem Boden anzuwenden. Wir leben ja in einem Zeitalter der Privatwirthschaft, des Kapitalismus, wo Jeder für sich selbst einzutreten hat. Die höchste Ausbeute des Grundes und Bodens kann nicht erreicht werden, weil die Mittel dazu nicht vorhanden sind, oder richtiger ausgedrückt, weil die Aufwendungen, die dazu nothwendig wären, so große sind, daß der Kapitalist von seinem Standpunkte aus sagt: das rentirt nicht. Ich gehe aber weiter und sage, daß der Grund und Boden bei der gegenwärtig möglichen Bewirthschaftung, wenn er mit den technisch und wissenschaftlich vollendetsten Mitteln nach allen Richtungen hin bebaut würde, sogar im Stande wäre, die Nahrung für Deutschlands Bevölkerung für ein Jahrhundert hinaus zu gewähren. Denn wir könnten den verwendbaren Grund und Boden bedeutend erweitern. Ich mache es mir oft zum Gegenstand, ich will nicht sagen des Vergnügens, aber der Unterhaltung, wenn ich weite Strecken auf der Bahn fahre, zum Fenster hinauszublicken, mir die Gegenden anzusehen, wie sie bebaut sind und wie der Boden beschaffen ist. Da finde ich im Norden, Osten, Süden, Westen große Strecken, hunderte von Quadratkilometern groß, die im wüsten Zustande sich befinden, wo Sand oder Unland vorhanden ist, sodaß kein Grashalm wachsen kann. Ich war neulich an der Unterweser und konnte beobachten, wie dort Tag für Tag das Fahrwasser ausgebaggert und der sogenannte Schlick herausgeschafft wird und war sehr erstaunt, zu sehen, daß, nachdem die Bagger mühselig den Schlick vom Grunde der Fahrinne herausgeschafft hatten, eine Anzahl Arbeiter die damit beladenen Kähne abwärts dem Meere zuführten, um an bestimmten Stellen den Schlick wieder durch eine Klappe im Boden des Schiffs, die geöffnet wurde, in das Wasser fallen zu lassen. Die nächsten Fluthen bringen nach einiger Zeit alsdann diesen Schlick wieder nach der Fahrinne, der dann abermals vom Bagger herausgeschafft wird. Das ist doch die reine Tretnühlenarbeit, wie ich sie mir nicht schlimmer denken kann. Nun ist aber dieser Schlick außerordentlich fruchtbar. Würde er auf den Faidoboden gebracht, wie er dort an der Meeresgrenze quadratmeilenbreit vorhanden ist, er würde wunderbare Getreidefelder schaffen. Ich fragte: warum wird denn dieser Schlick nicht auf das Land geschafft? Man antwortete mir: das können unsere Bauern nicht, dazu ist die Arbeit zu theuer. Ich halte das für richtig. Aber, meine Herren, wenn ein Theil der großen Ausgaben für die Marine oder für das Militär, ja wenn nur die 10 Millionen, die auch in diesem Jahre wieder für die Kolonien als Zuschuß gefordert werden, für Bodenmeliorationen der angedeuteten Art verwandt würden, dann bräuchten

Sie nicht abzuwarten, ob 600 oder 700 deutsche Bauern bereit sind, nach Südwestafrika auszuwandern, um dort ihre Wirtschaft zu betreiben, deren Konkurrenz nachher wieder zum Gegenstand neuer gesetzgeberischer Maßregeln auf Ihrer Seite (rechts) gemacht würde, sobald diese Konkurrenz anfangen sich Ihnen unbequem geltend zu machen. Solche Bodenmeliorationen im Großen wären nicht nur im Norden, sondern auch im Osten, Süden, Westen vorzunehmen. Besteht doch ein großer Theil der nächsten Umgebung von München, der Hauptstadt Bayerns, aus Moos und Moorboden, auf dem nahezu nichts also saure Gräser wachsen. Auf diesem neugewonnenen Boden könnten aber Zehntausende von Bauernfamilien reichlich leben — doch für solche Zwecke haben Sie keine Mittel!

Es ist ferner unbestreitbar, daß der Eisenbahnbau im Interesse der Landwirthschaft unendlich mehr gefördert werden könnte als es geschieht, ebenso der Wege- und Straßenbau zum Transport der Nahrungsmittel nach den Bahnen. Daß der Kanalbau im Interesse der Landwirthschaft, zugleich benutzbar für Bewässerung und Entwässerung, unendlich mehr gepflegt werden könnte als es thatsächlich geschieht, ist ebenfalls zweifellos.

Und ist es ferner nicht eine geradezu beschämende Thatsache, daß wir in diesem Jahre wieder erleben müssen, daß das furchtbare Unwetter in Schlesien, Sachsen u. s. w. Zehntausende von Familien an den Bettelstab brachte, ohne daß bis heute der Staat mit derjenigen Energie für die Leute eingetreten wäre, wie er es von rechtswegen im öffentlichen Interesse und zu seinem eignen Vortheil sollte!

(Sehr richtig!)

Man hat die kostbaren Sommer- und Herbstmonate ungenutzt ins Land gehen lassen — endlich kommt der sächsische Landtag und bewilligt ein paar Millionen, im preussischen Landtage wird es noch ein paar Monate dauern, bis es dazu kommt. Die ganze Zeit über bis zum Frühjahr liegt aber ein großer Theil der Grundstücke zerstört danielieder, die Felder bleiben unbebaut, und so ist auch für das nächste Jahr das Ernteertragniß abermals in Frage gestellt. Der Staat hat eben für solche Kulturaufgaben kein Geld! Kasernenbauten und Schiffsbauten sind unendlich wichtiger als die Erfüllung solcher und ähnlicher Kulturaufgaben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wie weit diese Dinge gehen, zeigt folgender Vorfall. Der preussische Kultusminister hat kürzlich die Uebernahme der Erbschaft einer pädagogischen Bibliothek abgelehnt, weil die Unterhaltung derselben 300 bis 400 Mark im Jahre erfordert.

(Hört! hört! links.)

In Oberschlesien allein giebt es in diesem Augenblicke 1160 Schulen, worin mehr als 80 Schüler von einem einzigen Lehrer unterrichtet werden.

(Hört! hört! links.)

Darunter sind 258 Schulen mit mehr als 100 Schülern, 88 mit mehr als 180 und 22 mit mehr als 150 Schülern unter einem Lehrer. Das ist eine Schmach, eine Schande für einen Staat, der sich Kulturstaat nennt, in dem solche Zustände existiren! In Oberschlesien brauchten wir allein, damit kein Lehrer mehr als 60 Schüler zu unterrichten hätte, mindestens 1½ Tausend Lehrer. Dafür hat aber der Staat kein Geld! Dafür reicht es nicht! Viele Schulhäuser sind in so erbärmlichem Zustande, daß gegen sie die Pferde- und Kuhställe der ostelbischen Junker wahre Paläste genannt werden müssen.

(Lachen rechts. Sehr richtig! links.)

So sieht es in Wahrheit aus! Es müßten von rechtswegen Tausende und Abertausende von Schulhäusern gebaut werden, an denen Arbeiter zehntausendweise Beschäftigung fänden! Aber Sie haben ja nicht die Mittel! Wie traurig sieht es mit dem Fortbildungsschulwesen, mit dem landwirthschaftlichen sowohl wie mit dem gewerblichen aus! Nirgends Mittel! Meine Herren, ich führte an, daß in Oberschlesien allein es an 1200 Schulen giebt, in welchen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer kommen! Wenn Sie dem Kriegsminister die Zumuthung machen wollten, daß er die Lehrer seiner Armee, die Offiziere und Unteroffiziere, in demselben Maße reduzieren sollte, wie Sie das für die armen Kinder des Volks jetzt thatsächlich thun, dann würde er erklären: meine Herren, ich kann keine Stunde mehr Kriegsminister sein, ich gehe heim. Wie siehts aber in Wahrheit in der Armee? Neun erwachsene Männer oder gar acht haben in der Gestalt eines Unteroffiziers einen Lehrer, und 25 dieser erwachsenen Männer haben in der Gestalt eines Offiziers einen Oberlehrer.

(Weiterkeit.)

Sehen Sie: für die Armee ist Geld für Lehrer vorhanden, aber für die Söhne und Töchter des Volks, damit die Schule das leistet, was sie von rechtswegen leisten sollte und könnte, dafür sind keine Mittel vorhanden!

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, was hat bisher Deutschland wesentlich die ökonomische Uebermacht gegeben, daß trotz der traurigen Lage des deutschen Schulwesens doch noch die deutsche Schule besser war, als die Schule des Auslandes?

(Lachen und Zurufe rechts.)

Aber auch das hat z. B. gegenüber Frankreich aufgehört. Meine Herren, lassen Sie sich auch von den Herren in der Kriegsverwaltung sagen, wie wichtig heute gerade die höhere Intelligenz des gemeinen Soldaten für die Armee, für den Krieg ist: was sie jetzt für geistig entwickelte Leute brauchen, die von raschem Entschluß sind in jeder Situation und einen gewissen Ueberblick haben und z. B. die Vortheile des Terrains im Interesse des Angriffs oder der Vertheidigung ausnützen können. Wichtig und interessant ist, was hierüber der bayerische General von Sauer neulich in München äußerte, als in einem Vortrage von Professor Brentano die interessante Thatsache festgestellt wurde, die später auch in der bayerischen Abgeordnetenkammer erörtert wurde, daß, obgleich Bayern rein vorwiegend agrarisches Land ist, dennoch Industrie, Gewerbe und Verkehr den weitaus größten Theil der Rekruten stellten! Darüber war man allgemein im höchsten Grade überrascht, und das erläuterte nun General von Sauer also. Er führte aus, die Armee brauche beide Kategorien Leute, die Landarbeiter wie die Industriearbeiter, aber — sagt er — dem Bauernrekruten fehlt, wenn er auch keineswegs unintelligent ist, doch der weite Gesichtskreis des Städters, dessen Gewandtheit im Ausdruck, dessen rasche Entschlossenheit und Umsicht. Die bäuerliche Reserve und Landwehrarmee sei viel weniger gut als die städtische; gar bald nach seiner Entlassung in die Reserve verliere der bäuerliche Soldat sehr an Brauchbarkeit.

(Hört! hört! links.)

Also, meine Herren, wir sind so weit gekommen, daß in Folge der Bildung, die der Soldat für die Kriegsführung nothwendig hat, die Intelligenz des Bauernsohns in den meisten Fällen nicht ausreicht, sondern daß vorzugsweise auf die Bevölkerung der Städte und Industriebezirke, in denen hauptsächlich die bitterbösen Sozialdemokraten wohnen, zurückgegriffen werden muß.

Sie sind also fortgesetzt wider Ihren Willen genöthigt, Schaaren von Sozialdemokraten in die Armee aufzunehmen, die ja nach dem Zeugnisse des Grafen von Caprivi die besten Soldaten sind. Also auch der Soldat braucht heute eine höhere Bildung als früher, und doch werden die nothwendigen Mittel den Volksschulen verweigert.

Wir haben ferner im Deutschen Reiche ca. 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Lungenkranke. Jahr für Jahr werden eine Anzahl von Vätern, eine Anzahl von Müttern durch diese tödtliche Krankheit ihren Familien entzissen; Noth und Elend ist die Folge, Steigerung der Armenbudgets ist die nothwendige Wirkung. Zweifelloß: wenn diese armen Menschen in der Lage wären in Heilanstalten und in Rekonvaleszentenanstalten rechtzeitig untergebracht und gepflegt zu werden, der weitaus größte Theil würde den Kindern, der Familie und dem Gemeinwesen erhalten bleiben. Aber, um das zu erreichen, bräuchten wir hunderte von Millionen für alle möglichen Einrichtungen, für große Hospitäler, Gärten, Bäder u. s. w. Meine Herren, geben Sie nur das Geld her; ich sage Ihnen: verbraucht wird's und zwar in der allernützlichsten, denkbar vortheilhaftesten, die Kultur und das Gemeinwesen förderndsten Weise, in ganz anderer Weise, als dies durch Ihre gegenwärtigen Ausgaben für Militär- und Marinezwecke geschieht.

Angeichts dieser Zustände und insbesondere angeichts der Rolle, welche die Arbeiterklasse wider Willen in Staat und Gesellschaft zu spielen gezwungen ist, sollte man doch einigermaßen Rücksichten auf diese Arbeiterklasse und ihre Interessen nehmen. Was ist denn diese Arbeiterklasse? Sie bildet die Grundlage der gesellschaftlichen Pyramide, auf der Sie mit die oberste Spitze sind. Ein Ruck von dieser Grundlage, und die Pyramide wankt und Sie liegen allesammt zu Boden! Ohne diese Grundlage können Sie keine drei Tage existiren. Meine Herren, Sie sprachen in den letzten Tagen so viel von den großen Errungenschaften des deutschen Handels und Verkehrs; aber Sie vergessen, daß ohne die deutschen Arbeiter es nie und nimmer möglich wäre, daß der deutsche Handel konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte wäre.

Angeichts seiner Leistungen und seiner Opfer verlangen wir, daß der deutsche Arbeiter auch die gebührende Berücksichtigung im Reich und im Staatswesen findet, und die findet er bis jetzt nicht. Man sollte z. B. meinen, daß jeder Einzelne in der Armee, die zu ihrem größten Theile aus Arbeitern sich rekrutirt, die Gewißheit hat, auch unparteiisch Recht gesprochen zu bekommen, falls er mit dem Gesez in Konflikt kommt. Das ist das vornehmste Recht, was der Bürger vom Staat beanspruchen kann. Die Herren in der Armeeverwaltung müßten sich dieser ihrer Pflicht gegen ihre Untergebenen bewußt sein, wenn nicht der Soldat den Menschen in ihnen erstikte, — und so würden wir nicht in die Lage gekommen sein, uns mit einer Jammergeburt, wie die Vorlage der Militärstrafprozeßordnung es ist, uns auch nur eine Stunde zu beschäftigen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Dieses Ding, dem die Zangengeburt aufgeschrieben ist, soll eine Errungenschaft sein, die den modernen Rechtsansprüchen genügt. Der Abgeordnete Dr. Lieber hat sich gewundert, daß mein Parteigenosse Schoenlant erklärt: von dieser Strafprozeßordnung wollen wir nichts wissen. Herr Lieber, der sich immer mehr zum Zentrumdiplomaten ausbildet, erklärt: wir lehnen diese nicht so ohne Weiteres ab, wir werden sie genau prüfen und werden suchen, sie zu verbessern! — Versuchen Sie es nur! Wir helfen Ihnen auch; aber daß nichts herauskommt, wissen wir heute schon. Sie thäten viel besser und würden im Interesse Ihrer eigenen Söhne und der

Söhne des Volks handeln, wenn Sie kurzerhand solche Vorlagen zurückweisen, statt sich in parlamentarische Verhandlungen einzulassen, wo ernste Verhandlungen unmöglich sind. Nehmen Sie den Vortrag, den Herr Stenglein vor einigen Tagen in Dresden gehalten hat. Herr Stenglein ist bekanntlich Reichsgerichtsrath, also kein Sozialdemokrat, und das Fazit seines Vortrags über die neue Militärstrafprozeßordnung war: die taue nicht, dieser könne er nicht seine Zustimmung geben. Ich meine, es wäre nöthig, daß endlich einmal unseren Söhnen in der Armee diejenigen Rechtswohlthaten zu Theil werden, die jeder Bürger und jeder Mann im Volke als selbstverständlich verlangt. Heute, wo unsere Armee im hohen Grade eine Volkarmee ist, die Arbeiter drei Viertel ihres Bestandes bilden, ich meine, da wäre es selbstverständlich, daß, wenn diese Männer sich etwas zu Schulden kommen lassen, ihnen unter allen Umständen diejenigen Rechtswohlthaten und deshalb auch diejenigen Rechtseinrichtungen zu Theil werden müßten, auf die sie als Bürger eines modernen Reichswesens Anspruch haben. Aber daran ist nicht zu denken. Es wird im Gegentheil fortgesetzt darauf hingearbeitet, um den Gegensatz zwischen Armee und Volk nach Möglichkeit zu verschärfen.

Das ist die Einklösung des einen Versprechens des Fürsten Hohenlohe. Und wie ist es mit der Einklösung des anderen Versprechens? Ich richte hiermit an den Herrn Reichskanzler die Frage, wie er sich jetzt zu dem vorjährigen Beschlusse des Reichstags in Bezug auf die Aufhebung des Koalitionsverbots der Vereine stellt. Der Herr Reichskanzler hat im Juni vorigen Jahres die feierliche Erklärung vor diesem Hause gegeben, zugleich mit dem Staatssekretär von Boetticher, sie würden ihrerseits Alles thun, um das Koalitionsverbot für die politischen Vereine in den Einzelstaaten aufzuheben. — Gegenüber Bedenken, die auf der linken Seite des Hauses nach wurden, hervorgerufen durch die bekannten Aeußerungen des Herrn von Stumm und des Herrn von Manteuffel, die sich dagegen wehrten, daß ein solcher Beschluß der Regierungen gefaßt werden solle, ohne entsprechende Kompensationen für die reaktionären Parteien, erklärte Herr von Boetticher, das sei ein ungerechtfertigtes Mißtrauen. Aber die schließliche Antwort war, daß die preussische Regierung in Gestalt eines kleinen Sozialistengesetzes das Versprechen des Herrn Reichskanzlers beim preussischen Landtage einklöste. Meine Herren, das ist aber nie und nimmer die Einklösung des Versprechens gewesen, wie sie der Deutsche Reichstag in seiner großen Mehrheit und draußen das deutsche Volk erwartet hat. Das ist eine Art, sich um ein Versprechen herumzubeben — um mich parlamentarisch auszudrücken —

(Weiterkeit)

die die allerhöchste Mißbilligung finden muß. Preußen mußte dasselbe thun, was andere Regierungen, die in diesem Falle ein feineres point d'honneur besaßen, gethan haben; es mußte einfach dem Versprechen nachkommen und das Koalitionsverbot ohne jede andere Einschränkung des Gesetzes aufheben, wie es in einzelnen Staaten, wie Schwarzburg-Rudolstadt, Greiz und neuerdings auch in Bayern geschehen ist und wenigstens der Form nach auch in Sachsen

(Zuruf)

— was dort weiter zu kommen scheint, werde ich gleich erörtern.

Statt dessen haben wir erlebt, was der preussische Landtag, angeeifert durch die Regierung, weiter zu thun versuchte. Während der preussische Kultusminister nicht die Mittel übrig hat, um eine werthvolle Bibliothek mit jährlich 400 Mark dem Staat zu erhalten, hat die preussische Regierung, mit Herrn von Miquel an der Spitze, eine halbe Million zu Diäten übrig für die

Landtagsabgeordneten, damit diese über ein reaktionäres Gesetzgebungsmachwerk beraten und beschließen. Das sind Zustände, die Deutschland, und speziell Preußen, in der gesamten Kulturwelt blamieren; das sind Zustände, die Sie, wenn Sie in der That jenes feine Gefühl für die Ehre Deutschlands besäßen, wie Sie bei jeder Gelegenheit hervorheben, nicht eine Stunde lang dulden dürften.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solche Zustände, die ein Skandal sind, sind zugleich eine Beleidigung für die Arbeiterschaft gegenüber den Leistungen, die sie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete bringt. In allen vorgeschrittenen Kulturstaaten Europas haben die Arbeiter längst das Recht, um das die Arbeiter Deutschlands seit Jahrzehnten vergeblich kämpfen, das freie Vereins- und Versammlungsrecht, das als selbstverständliches Recht ihnen gewährt ist. Gehen Sie nach der Schweiz, nach Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Frankreich oder England: in allen diesen Staaten würde man es als Hohn auffassen, wollte irgend ein Mensch es wagen, vereinsgesetzliche Bestimmungen einzuführen, geschweige denn aufrecht zu erhalten, wie sie heute in Preußen und in den meisten deutschen Staaten noch bestehen und aufrecht erhalten werden. Ich meine, was die Arbeiter jener Länder für sich in Anspruch nehmen und bekommen haben, das hat der deutsche Arbeiter kraft seiner Leistungen für das Land und die herrschenden Klassen auch seinerseits zu beanspruchen.

In Bayern beantragt die Regierung vollkommen loyal nicht nur die einfache Aufhebung des Koalitionsverbots, — sie ist auch damit einverstanden, das Vereinsgesetz noch in anderen Punkten zu verbessern. In Bayern kann nach dem bestehenden Gesetz keine Frau an einer Versammlung oder einem politischem Vereine theilnehmen. Die Regierung ist bereit, dieses Verbot aufzuheben. In Sachsen hat sich die Regierung damit begnügt, die Aufhebung des Verbindungsverbots bei dem Landtage vorzuschlagen. Aber, da müßten die sächsischen Konservativen nicht sein, die an reaktionärer Arbeiterfeindlicher Gesinnung es mit den preussischen Konservativen jederzeit aufnehmen. Diese reaktionären Konservativen in Sachsen kommen nun auch, ähnlich den preussischen Konservativen, und verlangen eine weitere Verschärfung des schon allerschlechtesten und allerreaktionärsten Vereinsgesetzes, das es in Deutschland giebt. Wie stellt sich die sächsische Regierung dazu? Der Herr Minister des Innern hat zunächst ausweichend geantwortet; wer aber das reaktionäre Herz des Herrn von Meißner kennt

(Heiterkeit),

der weiß, daß der Handel hinter den Kulissen mit der Regierung fertig werden wird. Man will das Gesetz nicht allein zu einem Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokraten gestalten, man will auch gleichzeitig die Frauen, die bisher in Sachsen politischen Vereinen angehören und in politische Versammlungen gehen durften, aus diesen Vereinen und Versammlungen ausschließen.

Wie stehen aber in Bezug auf die Frauen die Verhältnisse in Sachsen? Meine Herren, das Gebiet der Frauenarbeit ist zweifellos nach vielen Richtungen hin eins der traurigsten Gebiete unserer modernen kapitalistischen Entwicklung. Ich brauche nur an das zu erinnern, was vor Jahr und Tag in diesem Hause in Bezug auf die Konfektionsarbeiterinnen erörtert worden ist. Von allen deutschen Staaten ist Sachsen der industriellste; diejenigen Industriezweige, in denen bis heute die meisten Arbeiterinnen beschäftigt werden, besitzt vorzugsweise das Königreich Sachsen: die Textilindustrien. Mehr als 100 000 Arbeiterinnen dürften darin beschäftigt werden. Im Ganzen sind es an 300 000 über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, die in diesem Augenblick in Sachsen in

Gewerbe, Industrie u. s. w. beschäftigt sind und nach den sächsischen Steuergesetzen, sobald sie das 16. Lebensjahr überschritten und ein gewisses Einkommen, mehr als 400 Mark per Jahr haben, auch verpflichtet sind, zu den direkten Staatslasten beizutragen. Meine Herren, Niemand von Ihnen wird bestreiten, daß diese Arbeiterinnen genau so wie die Arbeiter an der Gestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse interessiert sind, daß die Frage des Arbeiterschutzes, der Lohnzahlung, der Arbeitszeit, der Sonntags- und Nachtarbeit, ja sogar der wirtschaftlichen Bewegung in Bezug auf die Handelsverträge u. s. w. die Arbeiterinnen ebenso angeht wie die Arbeiter, daß bei der eigenthümlichen Entwicklung der Wirthschaftsverhältnisse es einen Gegensatz der Interessen zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen überhaupt nicht giebt. Es ist also ein Akt der einfachsten Gerechtigkeit, daß man diesen armen Wesen, die so schon durch ihr Geschlecht in so vielen Beziehungen in der heutigen Gesellschaft unterdrückt, geschädigt und benachtheiligt sind, wenigstens das bißchen politisches Recht einräumt, über ihre eigenen Angelegenheiten zu beraten, Vereine zu bilden, in Koalitionen zu treten, um Verbesserung ihrer Löhne und der Arbeitsbedingungen anzustreben. Das haben sie bis jetzt in Sachsen gehabt; das soll ihnen aber jetzt genommen werden. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß in dem vorgeschrittensten Industrieland Deutschlands ein solcher Vorgang möglich ist. Wir werden nicht aufhören, fort und fort ein Gesetz zu verlangen, wodurch das deutsche Vereins- und Versammlungswesen genau so reichsgesetzlich geordnet wird wie das Reichspresswesen. Ein Gesetz ergänzt das andere. Das Interesse für die Gesetzgebung des Reichs, das Interesse für die soziale Gesetzgebung, die gesammte wirtschaftliche Gesetzgebung, die indirekte Steuergesetzgebung, die Gewerbegesetzgebung u. s. w. macht es nöthig, daß ein Reichsgesetz besteht, das jedem Staatsbürger und jeder Staatsbürgerin im Deutschen Reich an jedem Ort ermöglicht, unter denselben reichsgesetzlichen Bestimmungen sich an Erörterungen über Fragen der Reichsgesetzgebung zu betheiligen. Es kann und darf nicht mehr wie bisher von der Willkür der Einzelstaaten abhängen, am allerwenigsten dann, wenn wir sehen, daß die Gesetzgebung der Einzelstaaten — wie in Preußen und jetzt in Sachsen — nur dazu benutzt werden soll, um Vorspanndienste für reaktionäre, arbeiterfeindliche Zwecke zu leisten. Wir werden denselben Antrag, den wir diesmal eingebracht haben, auf Schaffung eines deutschen Reichs- und Versammlungsrechts in jeder Session aufs Neue einbringen. Ich sage dies namentlich den Herren aus Sachsen; denn was in Sachsen auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens schon heute möglich ist, das wissen Sie aus der Broschüre, die ich in diesem Frühjahr an Sie habe theilen lassen. Und das soll noch schlimmer werden! Wer diese Broschüre aufmerksam gelesen hat, wird sich fragen, ist so etwas möglich am Ende des 19. Jahrhunderts? Sind wir in einem sogenannten Kulturstaat? Und ich wiederhole: es soll noch schlimmer werden! Wir werden durch Stellung eines Antrags für ein Reichs- Vereins- und Versammlungsgesetz jede Session dazu benutzen, um an den Zuständen in den Einzelstaaten schärfste Kritik zu üben. Je mehr man dort, wie in Sachsen, meinen Parteigenossen die Landtagsthür verschließt, es ihnen unmöglich macht, im Landtag selbst ihre Stimmen zu erheben, werden wir unsere Kritik und unsere Angriffe gegen Regierung und Behörden hier auf die Tribüne des Reichstags bringen; sie wird künftig der Ort sein, wo wir die Behörden und die Regierungen der Einzelstaaten zur Verantwortung ziehen. Sobald die sächsischen Kammern Beschlüsse wie die angedeuteten gefaßt haben, wird es unsere Aufgabe sein, diese Sache in der Form einer Interpellation zur Sprache zu bringen, und werden wir aufs Neue fragen, wie sich die Reichsregierung einem solchen Vorgehen gegenüber stellt.

Gerade so, wie auf dem Vereins- und Versammlungsgebiet ist es auf dem der Koalitionen, der Kämpfe für bessere Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir haben Ihnen fortgesetzt seit Jahren Beschwerden vorgebracht, die von unserer Seite erhoben werden in Bezug auf die Handhabung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung seitens eines großen Theils der deutschen Gerichte, über die unerhörte Interpretation dieser Paragraphen, über die Anwendung der Nötigungs- und Erpressungsparagraphen u. s. w. Wir haben einen klassischen Zeugen für uns, der bestätigt, daß die einfachsten gesetzlichen Vereins- und Versammlungsbestimmungen, die Koalitionsbestimmungen, von Seiten deutscher Behörden, insbesondere deutscher Polizeiorgane, in der willkürlichsten, ungerechtesten Weise zu Gunsten der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter gehandhabt werden.

(Sehr richtig! links.)

Dieser klassische Zeuge ist der frühere Kollege der Herren aus der preussischen Regierung, der Freiherr von Verlepsch, der in einer der vorletzten Nummern der „Sozialen Praxis“, eines Organs, das er und sein Freund, Herr von Rottenburg, der auch aus dem Reichsdienst gedrängt wurde, offenbar, weil er zu arbeiterfreundlich war, und Andere begründet haben. Freiherr von Verlepsch sagt in seinem Artikel ganz offen: darüber könne kein Zweifel bestehen, daß die deutschen Arbeiter gegenüber den deutschen Unternehmern in Bezug auf die Handhabung der Gesetze über Vereine und Versammlungen und das Koalitionswesen von Seiten der Behörden benachtheiligt wurden, daß eine Ungerechtigkeit in der Handhabung der Gesetze vorhanden sei. Es ist das ein hochgestellter und klassischer Zeuge für unsere Auffassung. Ich bedaure nur, daß Herr von Verlepsch seinen Einfluß, als er noch Minister war, nicht dahin anwendete, um wenigstens für Preußen dahin zu wirken, daß diese Ungerechtigkeiten einigermassen aufhörten. Das ist um so schlimmer, als heute, in einer Periode des größten wirtschaftlichen Aufschwunges, wo insbesondere in der Kohlenindustrie ein ausgezeichnete Geschäftsgang seit Jahren blüht, und Dividenden und Profite eingefakt werden, wie sie seit Jahrzehnten nicht vorgekommen sind, unsere Kohlenbarone also Millionen über Millionen einheimsen, und die Arbeitskräfte aus aller Herren Länder bezogen werden, weil sie in Deutschland angeblich nicht zu haben sind, die Löhne nicht gestiegen sind, weil die Arbeiter nicht wagen dürfen, sich zu organisieren. Es ist sogar die traurige, geradezu schandbare Thatsache zu konstatieren, daß von den Männern, die vor 4 Jahren im Saarrevier bei dem Kohlenstreik sich betheiligten und damals aus den Wohnungen und Bergwerken des Staats hinausgeworfen wurden, weil sie von ihrem Koalitionsrechte Gebrauch machten, heute nach vier Jahren noch eine Anzahl im Saarreviere vorhanden ist, die keine Arbeit hat, — daß aber, als sie dort, wie im Ruhrrevier, wo Ähnliches vorliegt, um Arbeit sich meldeten, in letzterem mit dem Hinweis darauf, daß man sogar Gefangene als Arbeiter eingestellt habe, weil man nicht die nötigen Arbeiter erhalten konnte, unter Anderem die königliche Bergwerksverwaltung erklärte: für Euch ist keine Arbeit da.

(Hört! hört! links.)

Wui, sage ich, daß solche Zustände bei uns möglich sind! Das nennt sich christlicher Staat und christliche Sozialreform!

Meine Herren von der Regierung, sorgen Sie dafür, daß diese schmachvollen Zustände einmal beseitigt werden!

(Sehr richtig! links.)

Ich glaube, die deutschen Arbeiter haben noch nach einer anderen Richtung hin ein Recht, das zu fordern, und speziell unsere Bergarbeiter. In den Bergwerken, Salinen und Hüttenbetrieben sind vom Jahre 1887 bis 1896 nicht weniger als 9743 Arbeiter getödtet worden

(hört! hört! links),

1031 Arbeiter schwer verletzt, und über 17 000 wurden leicht verletzt. Also an 10 000 Menschen sind in diesem einzigen Industriezweig und seinen Nebengewerben innerhalb zehn Jahren getödtet worden. Im Jahre 1895 sind nach der Statistik der deutschen Unfallgenossenschaften nicht weniger als 6448 Arbeiter in dem einzigen Jahre getödtet worden. Das ist ein Schlachtfeld der Industrie, weit fürchterlicher als das Schlachtfeld im Kriege, — und angesichts solch kolossaler Opfer, die an Leib und Leben unserer Arbeiterklassen gestiftet werden, verweigern Sie denselben die einfachsten selbstverständlichsten Rechte. Ja, noch mehr! in diesen Tagen hat in Wohlau in Schlesien eine Versammlung von Agrariern stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, dahin zu wirken, daß die Arbeiter in der Freizügigkeit beschränkt würden, daß Arbeitskarten mit vierwöchentlicher Kündigung eingeführt würden, jeder Kontraktbruch mit Arbeitshaus zu bestrafen sei

(hört! hört! links),

die Verpflegungsstationen aufgehoben werden müßten und Findeihäuser errichtet werden sollten, natürlich damit man die armen Würmer dort hineinflekt und die Mütter den ländlichen Unternehmern zur um so ungenirteren Ausbeutung überantworten kann. Das ist christliche Sozialreform von Seiten unserer Junker! Sie sind immer bereit, die Zustände im Deutschen Reich so wundernett und so wunderschön darzustellen; — von Zuständen, wie ich sie schildere, hört man in diesem Hause von ihnen wenig oder nichts.

Der Herr Staatssekretär für das Reichsamt des Innern hat gegenüber meinem Parteigenossen Schoenlant auf den Hinweis, daß die Sozialreform in der Thronrede mit keinem Wort erwähnt worden sei, geantwortet, die Sozialreform sei deshalb nicht vergessen. Und der Abgeordnete Frihen hat mit der Bescheidenheit, die jetzt die Herren vom Zentrum auf den verschiedensten Gebieten auszeichnet, heute erklärt, diese Antwort habe ihn außerordentlich erfreut. Ja, Herr Abgeordneter Frihen, was hat denn der Staatssekretär des Innern eigentlich gesagt? Eine Phrase und nichts weiter

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten),

eine Phrase ohne jede Verbindlichkeit. Ich will darauf hinweisen, daß bisher in allen Thronreden, die der Leiter des jetzigen Kurzes vor dem Reichstag gehalten hat, die Sozialreform, wenn auch nur mit einigen Worten, erwähnt wurde.

Ich erinnere auch daran, daß in dem berühmten Erlaß vom 4. Februar es ausdrücklich heißt, daß nicht allein die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, sondern auch ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt werden sollte. Wie es mit der „gesetzlichen Gleichberechtigung“ in Wahrheit aussieht, habe ich zur Genüge dargethan. Wie man in anderen Staaten die Stellung des Arbeiters dem Unternehmer gegenüber auffaßt, davon nur ein einziges Beispiel. Vor zwei Jahren kam eine Deputation englischer Gewerksvereine an den damaligen Minister des Innern mit irgend einem Wunsche, und da erklärte der englische Minister des Innern: ich wünsche den Tag herbei, an dem es in England keinen Arbeiter giebt, der nicht organisiert ist. Das sagte ein englischer Minister. Wenn ein deutscher das einmal

sagte, würden die Herren von Stumm und Genossen auf dem Kopfe stehen. Der Minister sollte heimgeschickt werden, der sich eine solche Äußerung betommen ließe; dem sollte es übel ergehen!

(Weiterkeit.)

Wie sieht es nun aber in Bezug auf die Sozialreform aus? An Stoff fehlt es doch nicht. Wir haben die Kommission für Arbeiterstatistik. Sie ist allmählig fast kaltgestellt worden, — in den letzten Jahren werden die paar Tausende, die in den Etat für die Kosten dieser Kommission eingestellt sind, nicht einmal mehr verbraucht; anderswo werden Ueberausgaben gemacht. Die Kommission für Arbeiterstatistik tritt neuerdings etwa acht Tage vor dem Beginn des Reichstags einmal zusammen, wohl um zu zeigen, daß sie überhaupt noch existirt. Aber von der Anwendung des Materials, welches sie durch frühere Arbeiten in reichem Maße herbeigeschafft hat, merkt man nichts. Die Kommission hat sich nicht bloß mit der Lage der Bäckereiarbeiter beschäftigt, sondern auch mit der Lage des Personals im Gastwirths-, im Müllergewerbe, im kaufmännischen Gewerbe, zuletzt mit der Lage der Konfektionsarbeiter. Was haben wir nun als Resultat gesehen? Da ist z. B. die Bäckereiverordnung, welche von allen derartigen gesetzgeberischen Maßregeln, die in den verschiedenen Kulturstaaten zu Gunsten der Bäckereiarbeiter gemacht wurden, die allertraurigste Figur spielt! Der deutsche Bäckereiarbeiter hat nach dieser Verordnung das Recht, an 365 Tagen im Jahre mindestens 12 Stunden in der Nacht arbeiten zu dürfen — das ist die Bäckerei-Sozialreform! — und dabei noch $1\frac{1}{2}$ Stunden Nebenarbeit und 14 bis 16 Tage im Jahre, an denen er bis 16 Stunden täglich arbeiten darf. Das nennt man bei uns Sozialreform! Aber das ist den Bäckermeistern noch zu viel Reform. Und die verbündeten Regierungen, bei ihrer Aufgabe, den Mittelstand zu retten, mögen auch die Arbeiter darüber zu Grunde gehen, sind bereit, die Bäckerei-verordnung zu modifiziren!

Meine Herren, wie sieht es denn mit der Mittelstandsrettung bei den Bäckermeistern aus? Darüber werden wir ein Wörtchen reden, wenn die Verordnung bei dem betreffenden Titel des Stats zur Sprache kommt. Einstweilen will ich Ihnen sagen, daß ein einziger Blick in die Gewerbezählung den Herren von der Reichsregierung zeigen wird, daß, während eine große Zahl von Gewerben seit dem Jahre 1882 infolge der kapitalistischen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend, zum Theil bis zur Vernichtung herabgedrückt wurde — wir haben einzelne Gewerbe, die vom Jahre 1882 bis 1895 an 50 Prozent der Selbständigen eingebüßt haben —, es die Bäckerei und Fleischnerei ist, die keine Einbuße erlitten haben, ein Beweis, daß diese beiden Gewerbe auch heute von der kapitalistischen Entwicklung unberührt geblieben sind. — Herr von Stumm, ich werde mit dem nöthigen Material schon kommen; heute berühre ich die Sache nur kurz.

(Zuruf rechts.)

— Ich habe geglaubt, daß Sie gegen meine Ausführungen bei Ihren Freunden polemisirten. — Ich werde auch zeigen, daß durch die Bäckereiverordnung das Gewerbe nicht geschädigt worden ist. Aber wenn es einmal geschädigt werden sollte, dürften es gerade diejenigen sein, die heute am lauteften zum Schutz der Handwerker rufen, namentlich die Herren rechts. Gründen Sie nur Ihre Genossenschaftsmüllereien und Genossenschaftsbäckereien, wie das auf Ihren Agrartagen beschlossen worden ist, — Sie haben dazu unseren vollen Beifall. Aber fest steht, daß, wenn diese Genossenschaftsbäckereien und -müllereien gegründet werden, dieses auf ganz kapitalistischer Basis geschieht. Es werden riesengroße

Betriebe, und alsdann gehen die von Ihnen scheinbar so warm gehaltenen Betriebe der Bäcker und Müller rapide zu Grunde. Das ist selbstverständlich.

Aber, meine Herren, ein interessanter Fall, der so recht die Stimmung in den maßgebenden Kreisen charakterisirt, ist folgender. Die Bäckermeister, die theilweise sogar so weit gingen — ich werde das zu gelegener Zeit beweisen —, daß sie ihren Genossen Rathschläge gaben, wie sie durch ihre Aussagen die Behörden täuschen könnten, haben sich veranlaßt gesehen, beim Herrn Reichskanzler um eine Audienz zu bitten; der Herr Reichskanzler war so liebenswürdig, die Audienz zu bewilligen und den Herren in Aussicht zu stellen, daß man gewissenhaft prüfen werde, ob man ihren Wünschen entgegenkommen könnte. Die Bäckereiarbeiter wandten sich darauf an mich, was sie dem Vorgehen der Meister gegenüber thun sollten, und so sagte ich: geht auch zum Reichskanzler, das ist jedenfalls das Beste, dieser wird Euch auch empfangen und Euch eine Antwort geben. Sie haben sich auch an den Reichskanzler gewandt; der Herr Reichskanzler hat aber dann antworten lassen, er bedaure, sie nicht empfangen zu können, er habe keine Zeit.

(Weiterkeit links.)

Sehen Sie, daß ist die verschiedenartige Behandlung, das ist die Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer. Die Bäckereiunternehmer, von denen einst Fürst Bismarck sagte, daß sie sich in der angenehmen sozialen Position befinden, daß, wenn man ihnen auf die Rocktasche klopft, die harten Thaler herausfielen, diese werden von der Regierung gestützt. Und welche Behandlung haben die armen ausgemergelten Arbeiter — das Ausgemergeltsein gilt von keinem Beruf so wie von den Bäckereiarbeitern —? Für sie hat man keine Zeit, man hat Wichtigeres zu thun, als Arbeiter zu empfangen.

Meine Herren, wie sieht's mit der ergangenen Verordnung bezüglich der Konfektion? Heute ist bereits Thatsache, was wir voraussagten: die Verordnung der verbündeten Regierungen auf dem Gebiete der Konfektion hat zur Folge gehabt, daß die schlimmste Seite der Hausindustrie künstlich gestärkt und unterstützt worden ist; die elendeste Betriebsform, die es giebt, ist durch die Verordnung geradezu groß gezogen worden aus dem Grunde, weil man vor der „Heiligkeit der Familie“ Halt macht. Die Inspektionsbeamten dürfen hier nicht kontrolliren. Sobald der Gewerbetreibende seine eigene Frau und seine Kinder in übermenschlicher Weise ausbeutet, muß er Halt machen, hier sind Maßregeln unzulässig, und die Folge ist, daß diese Art von Hausarbeit in der schlimmsten Weise zum Ausdruck kommt.

Meine Herren, und wie steht es denn mit der Arbeiterversicherung? In diesem Frühjahr haben in der Kommission, in der die Unfallversicherung beraten wurde, die verbündeten Regierungen ausdrücklich, als man in der Kommission drohte, Schicht zu machen und nicht weiter arbeiten wollte, weil man sich sagte: was nützt alle unsere Arbeit, sie wird doch nicht beendet, der Reichstag geht bald nach Hause, — erklärt: es wird allerdings nicht möglich sein, daß in dieser Session die Arbeit noch gesetzgeberisch zur Verabschiedung kommt, aber sie soll in der Form, wie sie in der Kommission endgültig in zweiter Lesung angenommen wurde, in der nächsten Session ans Plenum gelangen. Man hätte also wenigstens die Vorlage einbringen sollen, damit man den Schein wahrte; man hätte diese Vorlage bringen sollen, — obgleich auch ich überzeugt bin, daß sie bei der Reihe von Gesetzentwürfen, mit denen die gegenwärtige Session bereits bepackt ist, sie nicht mehr endgültig zur Verabschiedung zu bringen war. Aber man hat darauf verzichtet, auch nur den Schein zu wahren. Statt dessen hat der gegenwärtige Herr Staatssekretär des Innern es als eine seiner ersten Handlungen betrachtet, den gegenwärtigen Reichs-

versicherungspräsidenten dafür zu gewinnen, dahin zu wirken, daß eine gewisse Art patriotisch-mückerischer Schundliteratur in die Unfallversicherungs-Anstalten eingeführt wird zur Unterhaltung, d. h. zur Gehirnverkleisterung, zur Verdummung der dort beschäftigten Arbeiter. Meine Herren, gegen eine Empfehlung solcher Literatur müssen wir uns aufs Allerentschiedenste verwahren. Das geht die Herren von der Regierung absolut nichts an, wie die Arbeiter dort ihre geistigen Bedürfnisse befriedigen. Die Arbeiter in diesen Anstalten sind freie Arbeiter. Will ein religiöser Arbeiter, Katholik oder Protestant, seine religiösen Bedürfnisse durch entsprechende Literatur befriedigen, so überlasse man es ihm, sich dieselbe zu verschaffen; aber daß man einseitig protestantisch-mückerische oder ähnliche Literatur den Leuten giebt, ohne Rücksicht auf ihre religiösen, ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen, das muß in der entschiedensten Weise verurtheilt werden, — das ist nicht in der Ordnung, und dazu sind die Reichsbehörden nicht da, möge auch von noch so hoher Stelle ein Gesuch um entsprechende Empfehlungen laut werden.

Weiter, meine Herren, zeigt sich die Arbeiterfreundlichkeit in hohem Grade auch darin, daß seit geraumer Weile eine ganze Reihe Maßregeln seitens der verbündeten Regierungen ergriffen worden sind, die schließlich darauf hinausgehen, die nothwendigsten Lebensmittel der deutschen Arbeiter und der Masse der deutschen Bevölkerung zu vertheuern. Ich erinnere nur an das Vieheinfuhrverbot, an das Schweineinfuhrverbot, an das Schmalz- und Speckinfuhrverbot, und wie die Maßregeln heißen, — Maßregeln, die dazu geführt haben, daß nicht allein die nothwendigsten Lebensbedürfnisse in ganz enormer Weise vertheuert wurden, sondern auch die kleine Landwirthschaft, der kleine Bauer, z. B. durch das Schweineinfuhrverbot, zum Theil aufs Schwerste geschädigt worden ist. Ja, sogar große Landwirth wurden geschädigt. So hat hier vor wenigen Wochen, in der Nähe von Berlin eine Versammlung von Agrariern getagt unter Antheilnahme des bekannten konservativen Abgeordneten Ring, die in der Mehrheit sich dazu entschlossen, nach heftigem Widerstand ihrer Fachgenossen, die Regierung zu ersuchen, das Vieheinfuhrverbot nach Möglichkeit aufzuheben, zum Mindesten die Einfuhr zu erleichtern, weil ganze Theile der Landwirthschaft, namentlich soweit sie auf die Milchwirthschaft angewiesen wären, durch das Vieheinfuhrverbot auf das Schwerste geschädigt würden. Durch diese Maßregeln werden die einseitigsten Klasseninteressen der Agrarier begünstigt und die Interessen der Arbeiter auf das Schwerste geschädigt.

Das Sündenregister, das ich über die herrschende Gesellschaft und ihre Vertreter entrollt habe, ist noch keineswegs voll; aber ich will mich mit dem begnügen, was ich gesagt habe. Es wird sich bei der Verathung der einzelnen Statistiken Gelegenheiten finden, noch eine Reihe von Beschwerden, welche die deutschen Arbeiter gegen das herrschende Regiment und die herrschenden Klassen zu erheben haben, zur Sprache zu bringen. Nur das Eine beachten Sie noch, meine Herren! Sie haben in der letzten Session eine Reihe von Gesetzen beschlossen, die in ihrer Wirkung bestimmt sein sollten, den Mittelstand zu retten. Wir nehmen Ihnen das nicht übel, wir begreifen es vollkommen, daß Sie glauben, es müßte dem vom Kapitalismus bedrohten Mittelstand zu Hilfe gekommen werden. Wir haben allerdings Ihnen gesagt, daß die Mittel, die Sie anwenden, nicht helfen würden; wir haben sogar weiter gesagt, wir glauben überhaupt nicht, daß es Mittel giebt, die den Mittelstand retten können. Wie weit die Gesetze, die Sie erlassen haben, wie das Würfengesetz, das Margarinegesetz, das Zuckersteuergesetz, die Handwerkservorlage, die von Ihnen erhoffte Wirkung haben werden, das wird der Gegenstand weiterer Erörterungen in diesem Hause sein. Ich, meine Herren, will mich nur summarisch dahin ausdrücken: ich habe die

Ueberzeugung, daß diese vier Gesetze nur ein Schlag ins Wasser sind; sie können die Zerstörung, die Vernichtung der Mittelschichten der Gesellschaft nicht aufhalten. Das mag von Ihrem Standpunkte bedauerlich sein; aber es ist nicht zu ändern. Die letzte Gewerbezahlung hat nach dieser Richtung hin den klarsten Einblick auch denen gewährt, die bisher gemeint haben, die Sozialdemokratie übertreibe, die Sozialdemokratie sehr zu schwarz. Nein, meine Herren, das glaubt heute kaum noch Jemand. Dafür aber tritt ein Anderes klar zu Tage: die Zahl der Proletarier, die Zahl der Menschen, die von der Hand in den Mund lebt, die gezwungen ist, von ihrer Hände Arbeit leben zu müssen, die also an dem Tage, an dem sie keine Arbeit hat, auch kaum die nöthigen Existenzmittel besitzt, — die Zahl dieser Menschen und der von ihnen abhängigen Frauen und Kinder wächst mit jedem Tage, und zwar in demselben Maße, wie diese bürgerliche Gesellschaft dem Kulminationspunkte ihrer Entwicklung entgegengeht; — das Proletariat wird immer massenhafter. Damit entsteht aber auch die Nothwendigkeit, daß die Staats- und Reichsgesetzgebung sich dieser immer mehr zunehmenden Masse von Menschen zuwendet und für sie sorgt, soweit für sie innerhalb der heutigen Gesellschaft Erleichterungen ihrer Lage geschaffen werden können. Sie sind außer Stande, meine Herren, das wissen wir, das zu gewähren, was die Klassenbewußtesten Arbeiter fordern; das können sie nicht. Aber Sie können ihnen ihre Lebenslage in bedeutender Weise und nach den verschiedensten Richtungen hin erleichtern annehmlicher machen, und das zu thun ist Ihre Pflicht, ist doppelt — das sage ich wiederholt — Ihre Pflicht gegenüber den Leistungen, die diese Arbeiterklasse Ihnen, den herrschenden Klassen gegenüber zu gewähren hat. Und meine Herren, was hören wir statt dessen? Nicht allein die direkte Abneigung gegen jede ernste sozialreformatorische Maßregel, nein, überall und immer wieder, in der Presse und den Versammlungen der Gegner Redewendungen, wie die von dem inneren Feind, gegen den in erster Linie die Armee gebraucht werden sollte. Wenn man doch endlich einmal aufhören wollte, solche Reden zu gebrauchen, wenn man doch endlich begreifen wollte, daß man das gerade Gegentheil damit erreicht, was man erreichen will! Glaubt man denn uns damit zu imponiren, uns damit einzuschüchtern? Meine Herren, Sie sollten nur einmal hören, wenn wir uns über solche Redensarten unterhalten, was da aus unserem Munde klingt,

(Weiterkeit):

wir lachen und zucken die Achseln darüber. Der innere Feind, oder was man als den inneren Feind bezeichnet, wird mit jedem Tage zahlreicher. Sie könnten diesen inneren Feind allerdings los werden auf sehr einfachem Wege; aber es wäre Ihr eigener Tod: Sie brauchten nur diese großkapitalistische Entwicklung auf die wirthschaftlichen Zustände des Mittelalters zurückzuführen oder auf die Zustände, wie sie vor hundert Jahren existirten, als das Kleinbürgerthum noch der Stand war, dessen Interessen die maßgebenden Interessen im Staate waren. Haben Sie Zustände, unter denen der Handwerker, der Bauer eine solche Menge von Interessen repräsentirt, daß die Staatsgewalt auf sie in erster Linie Rücksicht nehmen muß, dann brauchen Sie keinen Kampf mehr gegen den Umsturz, dann brauchen Sie keine Ausnahme Gesetze, keine verschärften Strafgesetze. Dann, meine Herren, ist der Umsturz und die Partei, die diesen Umsturz wollen soll, einfach unmöglich. Die Sozialdemokratie, die Klassenbewußte Arbeiterschaft, sie ist das Produkt, das nothwendige naturgemäße Produkt der modernen, kapitalistischen Entwicklung; und in dem Maße, wie Sie dieser Entwicklung immer freiere Bahnen schaffen und sie immer mehr zu

ihrer höchsten Blüthe treiben, in demselben Maße werden die Sozialdemokraten wie die Zähne des Radmos aus dem Boden wachsen, immer mehr und mehr unsere Reihen ausfüllen, und in demselben Maße werden sie in die Armee dringen. Wo können Sie heute noch einen Krieg führen — gegen Rußland und Frankreich — ohne die Hilfe dieser Sozialdemokraten? Das wäre einfach unmöglich! Sie sind auf uns angewiesen; Sie können ohne die Mithilfe unserer Mannschaften keine einzige Schlacht mehr schlagen. Behalten Sie das im Auge und sorgen Sie dafür, daß der Arbeiterklasse ihr Recht wird! So lange aber der Arbeiterklasse ihr Recht nicht wird, werden wir stets und ständig gegen ihren Stat stimmen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Bebel hat in seinen Ausführungen den Ausdruck „pfui“ gebraucht. Ich muß denselben in diesem Hause als unbedingt unzulässig erklären. Nach dem Stenogramm, aus dem ich mich verläßtigt habe, hat er diesen Ausdruck gegenüber der Maßnahme einer staatlichen Verwaltung gebraucht, und ich muß ihn deshalb zur Ordnung rufen.

11. Sitzung

am Mittwoch, den 15. Dezember 1897.

Abgeordneter **Bebel:** Meine Herren, der größte Theil der Rede des Herrn Abgeordneten Graf Kanitz bestand in einer Auseinandersetzung mit den Herren uns zur Linken, den Herren von der freisinnigen Partei. Wenn dieselben das Bedürfnis haben sollten, auf seine Auseinandersetzungen zu antworten, mögen sie es thun; ich meinerseits fühle kein Bedürfnis, mich auf seine Ausführungen einzulassen. Nur eine kurze Bemerkung will ich mir ihm gegenüber erlauben.

Der Abgeordnete Graf Kanitz hat im Laufe seiner Äußerungen darauf hingewiesen, daß der russische Handelsvertrag nur mit einer kleinen Majorität in diesem Hause angenommen worden sei und daß diese nur möglich gewesen sei durch die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Art, wie er dieses sagte und der Beifall der diesen seinen Worten auf der rechten Seite folgte, ließ vermuthen, daß damit auf die sozialdemokratischen Abgeordneten, beziehentlich auf die Regierung, die auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Falle angewiesen war, ein gewisses Odium fallen sollte. Ich muß demgegenüber dem Abgeordneten Graf Kanitz bemerken, daß die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten mindestens so viel werth sind, wie die Stimmen der Abgeordneten von der Rechten.

(Sehr richtig! links.)

Und betrachte ich mir die Sache näher, so sind unsere Stimmen sogar viel werthvoller als die der Herren von der Rechten.

(Weiterkeit.)

Die sozialdemokratische Partei in der Zusammensetzung, wie sie gegenwärtig in diesem Hause vorhanden ist und dem russischen Handelsvertrag zugestimmt hat, repräsentirt 1 767 000 Stimmen, die Herren von der Rechten, soviel ich weiß, kaum 1 Million. Auch kann das deutsche Volk viel weniger auf die Mitwirkung dieser 1 767 000 Männer bei seiner Arbeit verzichten als auf die Mitwirkung von 15 000 bis 20 000 Junkerfamilien;

(sehr gut! links.)

wenn die 15 000 oder 20 000 Junkerfamilien dem deutschen Volke verloren gingen, so wäre das kein Schaden, sondern ein großer Vortheil.

(Beifall links; Unruhe rechts.)

Denn der Einfluß, den diese Familien ausüben, ist für das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit von dem direktesten Schaden und dem größten Nachtheil; die Leistungen aber, welche die 1 767 000 deutscher Arbeiter Tag für Tag dem deutschen Volke, der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Staatswesen

leisten, sind garnicht zu ersetzen, am allerwenigsten durch die Thätigkeit der Herren da drüben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, auf Grund meiner Rede am Samstag bin ich von nicht weniger als sechs Herren vom Bundesrathstisch attackirt worden.

(Geiterkeit.)

Außerdem haben auch verschiedene Redner aus der Mitte dieses Hauses Veranlassung genommen, mich auf Grund jener Rede anzugreifen. Es ist selbstverständlich, daß, nachdem ich nunmehr zum Wort gekommen bin, ich es als meine Hauptaufgabe betrachte, wenigstens die Haupteinwände, die von Seiten jener Herren gegen meine Ausführungen gemacht wurden, zu entkräften und zu widerlegen.

Zunächst möchte ich mich mit den Ausführungen der Mitglieder aus dem Hause befassen, in erster Linie mit denjenigen des Herrn von Kardorff — und das ist mehr persönlich —, und in zweiter Linie mit den Ausführungen, die Herr Dr. Paasche gestern von der Tribüne dieses Hauses kundgab.

Im Laufe seiner Ausführungen machte Herr von Kardorff die Bemerkung, er habe vor einiger Zeit die Broschüre eines gewissen Fischer gelesen, worin die heftigsten Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer enthalten seien. Er fügte hinzu, daß, wenn nur der zehnte Theil dieser Angriffe wahr wäre, es um den moralischen Kredit der Führer der Sozialdemokraten sehr schlecht bestellt sei. Was sagt der Abgeordnete von Kardorff, wenn ich ihm darauf erwidere: wenn nur der zehnte Theil dessen wahr ist, was Herr Blagau und Andere gegen ihn und ihm näherstehende Freunde über seine und deren Gründertätigkeit gesagt haben — kein Hund ein Stück Brod mehr von ihnen nähme!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Also, meine Herren, hätten Sie sich, mit Steinen zu werfen, wenn Sie selbst im Glashause sitzen, und hätten Sie sich insbesondere, sich auf Persönlichkeiten, die Angriffe gegen die Sozialdemokraten richten, zu stützen, ehe Sie sich auch nur einigermaßen vergewissert haben, was für eine Sorte von Menschen es ist, die diese Angriffe gemacht hat! Der genannte Fischer ist ein Mensch, der wegen gemeiner Vergehen bereits verschiedene Mal schwer bestraft worden ist. So ist er durch Gerichtserkenntniß vom 30. Dezember 1885 wegen Körperverletzung und Angriffe auf einen Beamten zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden; er ist am 27. März 1890 wegen einer Messerstecherei zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden.

(Hört! hört! links);

er ist ferner wegen Betrugs verschiedene Male zu mehreren Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was der Herr sonst für ein Bursche ist, mögen Sie daraus entnehmen, daß er es auch an Erpressungsversuchen nicht hat fehlen lassen und an seinen eigenen Schwager einen Brief geschrieben hat, worin folgende Sätze vorkommen: Weist Du Lump noch, daß Du mir armen Menschen vor dem Palais Em. Majestät des Kaisers senden wolltest, um dort eine Dynamit-Bombe zu werfen? Mir armen Menschen wolltest Du zum Werkzeug Deiner anarchistischen Pläne benutzen, in Brandenburg a. S. hast Du Lump Wohnung zu geheimen sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben. Dich Lump bringe ich auf das Zuchthaus.

(Hört! hört! links.)

So lautet der Brief, den uns der Schwager dieses Fischer überlassen hat. Die vorgetragenen Sätze enthalten nur grobe Lügen und Unwahrheiten. Aber, meine Herren, aus dem Stil und der Orthographie dieses Briefes können Sie erkennen, daß dieser Fischer garnicht in der Lage war, die Broschüre, die er gegen uns veröffentlicht hat, schreiben zu können. Er hatte dazu einen Cidesshelfer nöthig — um die jetzt beliebt gewordene Bezeichnung zu gebrauchen —, und dieser hat sich in dem Redakteur desjenigen Organs gestellt, dem die Herren von Stumm und von Kardorff sehr nahe stehen, nämlich in einem Redakteur der „Post“ mit Namen Fink.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie wissen wollen, was für ein Mann dieser Fink ist, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß vor einigen Monaten der hier in Berlin existirende Verein „Berliner Presse“ auf Grund ihm bekannt gewordener ehrenrühriger Handlungen des Fink dem Herrn geschrieben hat, er möchte auf Grund der dem Vorstand des Vereins bekannt gewordenen Thatsachen seinen Austritt aus dem Verein freiwillig nehmen; anderenfalls sei man gezwungen, ihn auszuschließen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Fink hat nun den ersten ihm unter die Füße gelegten Weg beschritten und ist aus dem Verein ausgeschieden; in der neuesten Mitgliederliste des Vereins „Berliner Presse“ erscheint Fink nicht mehr als Mitglied. Ich denke, nach dieser moralischen Qualifikation der Leute, auf die sich die Herren Kardorff u. s. w. berufen, nicht nöthig zu haben, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Herr von Kardorff hat auch davon gesprochen, daß er früher persönlich gegen mich eine gewisse Achtung gehabt habe, ich glaube, er sagte das schon zum zweiten oder dritten Mal; die Bemerkung ist also nicht ganz neu; aber nach den letzten Ausführungen meiner Rede habe er gefunden, daß es in meinem Hirn sehr kraus aussehen müsse. Ein Wort über eine solche Bemerkung zu fallen, halte ich unter meiner Würde. Ich glaube, ich kann es mit dem ruhigsten Gewissen von der Welt dem Urtheile des Reichstags und dem Refer dieser Verhandlungen überlassen, in welchem Kopfe es kraus aussieht, ob in dem Kopfe des Herrn Abgeordneten von Kardorff oder in dem meinigen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts.)

Meine Herren, der Abgeordnete Paasche hat gestern sich veranlaßt gesehen, eine Reihe von Ausführungen, die ich in meiner Rede am Samstag machte, mit einem großen Wortreichthum zurückzuweisen. Es ist einmal wieder dem Herrn Paasche gelungen, was man an deutschen Professoren öfters schon gewöhnt ist: sie behaupten Alles, auch wenn es undenkbar ist. Der Kriegsminister von Moos hat einmal dem verstorbenen Parteigenossen des Herrn Paasche, Professor Gneist im Jahre 1869 im Norddeutschen Reichstag — ich erinnere mich dieses Moments noch genau — gesagt; der Abgeordnete Dr. Gneist kann Alles beweisen. Das möchte ich heute den Ausführungen des Herrn Paasche von gestern gegenüber ebenfalls bemerken. Auch habe ich bei dieser Gelegenheit wieder einmal die volle Bedeutung des bekannten Wortes aus der Pauls-Kirche verstehen gelernt:

Hundertfünfzig Professoren —
Vaterland, Du bist verloren!

(Geiterkeit.)

Gäßen wir diese Zahl von Professoren auch im Deutschen Reichstag, es läßt sich sicher noch schlimmer aus, als es so schon aussieht.

(Geiterkeit.)

Der Abgeordnete Paasche hat sich gestern nach allen Richtungen als Lobredner des Kapitalismus gezeigt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube nicht, daß irgend ein Vertreter dieses Kapitalismus, weder Herr von Stumm, noch Herr Krupp, noch sonst wer mit dieser Kühnheit es gewagt hätte, aufzutreten und den Kapitalismus in der Weise zu vertheidigen, wie es durch den Abgeordneten Paasche geschehen ist. Unter Anderem hat er meine Anschauungen und Darlegungen über die Vertheilung der indirekten Steuern als durchaus falsch und unhaltbar nachzuweisen geglaubt. Der Herr Abgeordnete Paasche hat dabei Behauptungen aufgestellt, die im schneidendsten Widerspruch mit den Anschauungen aller Lehrer der Volkswirtschaft stehen, — aber, was brauche ich so weit zu greifen! — die sogar im Widerspruch stehen mit den Anschauungen der Redner des Zentrums in dieser Debatte. Ich erinnere daran, daß sowohl der Abgeordnete Lieber wie der Abgeordnete Friggen betont haben, daß, da durch die indirekten Steuern im Reiche die arbeitenden Klassen in besonderem Maße belastet würden, künftige Lasten für maritime Anschaffungen und Einrichtungen in erster Linie auf die besitzenden Klassen auf dem Wege der direkten Steuern gelegt werden müssen. Die beiden Herren wären nicht zu einer solchen Anschauung gekommen, wenn sie nicht gleich uns der Meinung wären, daß in der That bei dem gegenwärtig im Deutschen Reich bestehenden Steuersystem die arbeitenden Klassen in besonderem Maße belastet wären.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann mich hierbei weiter auf eine Autorität berufen, die auch der Abgeordnete Paasche zweifellos gelten lassen wird; es ist das kein geringerer als der Fürst Bismarck. Es handelte sich um die Verhandlungen in der Sitzung am 22. Februar 1875. Damals war das indirekte Steuer- und Zollsystem auf nothwendige Lebensbedürfnisse noch bei Weitem nicht in dem Maße entwickelt wie gegenwärtig. Man war aber bereits in der Lage, erkennen zu können, daß es auf die Dauer mit den damaligen Einnahmequellen für die Ausgaben des Reichs nicht mehr gehe, daß man neue Einnahmequellen beschaffen müsse, und so hat am 22. November 1875 Fürst Bismarck vor dem Reichstage, wie er selbst sich ausdrückte, seine Steuerideale entwickelt. Er sagte:

Es ist nothwendig, daß Sie erfahren, welche Steuerideale der leitende Staatsmann zu vertreten die Absicht hat,

und er führte dann aus, daß bei einer Umgestaltung des Zollsatzes es vor allen Dingen darauf ankomme, diesen so zu gestalten, daß nicht die Zölle auf eine große Zahl der verschiedenartigsten Positionen vertheilt würden, sondern daß der Zollsatz mehr den Charakter eines Finanzzollsatzes annehme, und vorzugsweise die 12 bis 15 Artikel besteuert würden, die hauptsächlich von der großen Masse der Bevölkerung konsumiert würden. Als solche bezeichnete er z. B. das Bier, den Tabak, den Kaffee, den Zucker, den Branntwein, das Petroleum u. s. w.

Dann sagte er wörtlich:

Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuere, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem

Petroleum und allen diesen großen Verzehrgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Massen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann erklärte er weiter:

Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein, sie bringen aber nicht viel — Trüffeln und Equipagen, was können sie bringen?

Meine Herren, ich denke, schlagender kann das Wesen der indirekten Steuern nicht charakterisirt werden, wie es hier durch den Fürsten Bismarck geschah.

Nun hat der Herr Abgeordnete Paasche ausgeführt, es sei nicht wahr, daß die Arbeiter den weitaus größten Theil dieser Art von Steuerlasten trügen, weil die Arbeiter im Deutschen Reiche kaum die Majorität bildeten. Er hat sich dabei auf die Resultate der Gewerbezahlung vom Jahre 1895 berufen. Meine Herren, wenn ein Mann, der mit wissenschaftlichen Dingen gar nichts zu thun hat, hier im Hause eine solche Behauptung aufstellte, könnte man ihm das verzeihen. Aber wenn ein Mann, der ausgerüstet ist mit der ganzen Wissenschaft des Jahrhunderts

(große Geiterkeit bei den Sozialdemokraten),

um einmal mit Paasche zu reden — wenigstens giebt Herr Paasche sich den Anschein dazu —

(Geiterkeit),

hier auf die Tribüne tritt und uns förmlich ablanzelt über unsere Unwissenheit, dann ist es nothwendig, an der Hand der offiziellen Zahlen zu beweisen, wie falsch er unterrichtet ist.

Zunächst habe ich zu bemerken, daß nach der offiziellen Gewerbezahlung vom Jahre 1891 die Zahl der selbständigen Landwirthe, beziehungsweise derjenigen Personen, die zu den selbständigen Landwirthen zu rechnen sind, 2 576 700 betrug.

(Zuruf bei den Nationalliberalen.)

— Warten Sie doch nur ab, was ich beweisen werde! — Die Zahl der Wirtschaftsbeamten betrug 96 173, in Summa sind dies also 2 672 873 Personen. Meine Herren, unter diesen „selbständigen“ Landwirthen befindet sich eine sehr große Zahl, sogar die Mehrheit, kleiner Bauern, die in ihrer Lebenshaltung, in ihrer Thätigkeit nicht anders denn als Arbeiter angesehen werden können,

(sehr richtig!)

deren Einkommen um keinen Groschen höher, ja zum Theil niedriger ist als das Einkommen besser bezahlter Arbeiter.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese als Unternehmer zu rechnen, die im Gegensatz zu den Arbeitern betrachtet werden müßten, ist das denkbar Verkehrteste. Aber, wie steht es nun mit der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter? Auf der einen Seite 2 673 000 selbständige Landwirthe mit ihren Wirtschaftsbeamten, und auf der anderen Seite 5 619 000 Köpfe Arbeiterpersonal, also mehr als die doppelte Zahl. Wie steht es nun in der Industrie und im Gewerbe? In der Industrie und im Gewerbe gab es 1895: 1 774 481 selbständige Gewerbetreibende einschließlich der Geschäftsleiter und daneben 263 747 Betriebs- und Aufsichtsbeamte, in Summa rund 2 038 000 Personen. Unter diesen selbständigen Gewerbetreibenden sind aber auch eine sehr große Anzahl kleiner Handwerker, die in ihrer Lebens-

haltung um kein Jota besser stehen als die Arbeiter: der Beweis dafür ist, daß schon heute zahlreiche kleine Handwerker zur Sozialdemokratie sich zählen und immer mehr derselben in die Arme getrieben werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie die selbständige Stellung der deutschen Handwerker in ihrer Mehrheit beschaffen ist, darüber hat die Statistik Auskunft gegeben, welche die verbündeten Regierungen bezüglich der Lage der Handwerker in Bezug auf die Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen vor einigen Jahren aufgestellt und dem Reichstage vorgelegt haben. Diese Statistik hat allerdings nur den 60. Theil des Deutschen Reiches umfaßt, man hat aber dazu solche Bezirke ausgesucht, die in ihren Verhältnissen als maßgebend auch für die übrigen Bezirke angesehen werden konnten. Die Statistik hat sich erstreckt auf 61 199 selbständige Handwerksmeister. Unter diesen waren nicht weniger als 33 949, also erheblich über die Hälfte, die das Jahr hindurch regelmäßig nicht einmal eine Hilfsperson, nicht einmal einen Lehrling beschäftigten.

(Hört! hört! links.)

Meine Herren, Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß diese Handwerker des kleinsten Kalibers, die oftmals nichts als Tagelöhner sind und theilweise als Hausindustrielle die erbärmlichste Existenz haben, unter die Unternehmer gezählt werden können. Unter den rund 61 200 Handwerksmeistern sind nur 27 250 gewesen, die zusammen 40 000 Gesellen und 21 300 Lehrlinge beschäftigten.

Wie es aber mit einem großen Theile der deutschen Handwerker in Bezug auf das Einkommen steht, dafür will ich Ihnen ebenfalls einen Beweis auführen.

Der bekannte Professor Bücher hat vor einigen Jahren in Leipzig eine Statistik aufgenommen, die sich über das Einkommen von 5617 Leipziger Handwerkern erstreckte. Leipzig ist eine der wohlhabendsten Städte Deutschlands, Leipzig gilt als eine Stadt, von der man im Allgemeinen nicht sagen kann, daß dort der Handwerkerstand sich in einer Art von Nothstand befände. Gleichwohl: wie lauten die Resultate über die offiziellen Angaben der Einkommensteuerverhältnisse dieser 5617 Handwerker? Darunter waren nicht weniger als 2841 oder rund 42 Prozent, die ein Einkommen von rund 800 bis 900 Mark hatten

(Hört! hört! links.)

also die erbärmlichste Existenz besitzen, und es waren nicht weniger als 3415 oder 60,8 Prozent, die weniger als 1250 Mark Einkommen pro Jahr hatten.

(Hört! hört! links.)

Ich meine, solchen Thatfachen gegenüber, die auf offizielle Akten und Belege sich stützen, also nicht von Sozialdemokraten aufgestellt sind, die man vielleicht in den Verdacht haben könnte, die Sache absichtlich schwarz darzustellen, sondern die von Personen ausgingen, die mehr oder weniger interessiert sind an der Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, verdienen die höchste Beachtung. Können solche traurige Resultate festgestellt werden, dann haben wir alle Ursache, uns so zu verhalten, wie wir uns den drohenden neuen Lasten gegenüber verhalten haben.

Nun giebt aber die Gewerbebezahlung auch über die Zahl der Kleingewerbetreibenden in den einzelnen Zweigen sehr beachtenswerthe Nachweise. Diese Nachweise erstrecken sich auf alle Gewerbe. Ich habe bereits in meiner Rede am Samstag angegeben, daß es Gewerbe gebe, die vom Jahre 1882 bis

1895 bis 50 Prozent ihres Bestandes an selbständigen Handwerkern eingebüßt hätten. Ich habe die Sache noch zu günstig hingestellt; nachdem ich meine Notizen zur Hand genommen habe, stellt sich heraus, daß von der Zahl der handwerksmäßigen Spinner in dem Zeitraum von 1882 bis 1895 67 Prozent verschwunden sind; von den Färbern, Druckern, Bleichern 58 Prozent, von den Webern 46 Prozent, von den Nagelschmieden 45 Prozent, von den Mähmachern 43, von den Nablern 35 Prozent, von den Mältern 32 Prozent, von den Gerbern 30 Prozent, von den Böttchern 26 Prozent, von den Seilern 25 Prozent, von den Bräuern 24 Prozent, von den Vergoldern und Lackirern 21 Prozent, von den Seifensiedern 20 Prozent, von den Wuchsenmachern 17 Prozent u. s. w.

(Hört! hört! links.)

Die Mühlen, die im Jahre 1882 sich noch auf 45 255 beliefen, sind im Jahre 1895 auf 30 635 zurückgegangen; 14 620 kleine Mühlen sind im Zeitraum von 13 Jahren verschwunden, trotz der Zunahme der Bevölkerung in diesem Zeitraum um 7 000 000 Köpfe.

(Hört! hört! links.)

Ziehen wir nun noch in Betracht, daß in dieser Zeit die Handwerkerzahl sich eigentlich hätte vermehren müssen, statt sich zu vermindern, so stellen sich die Verhältnisse noch viel ungünstiger dar. Freilich, die Produktion ist deswegen nicht eingeschränkt worden, sie ist gestiegen. Ich bin im Augenblick nicht genau orientirt, ob ich die Zahlen richtig angebe, aber ungefähr werden sie stimmen. So hat die Zahl der gewerblichen Brauereien in der norddeutschen Brausteuergemeinschaft im Zeitraum von 20 Jahren um etwa 4000 abgenommen, aber die Bierproduktion ist in diesem Zeitraum von etwa 17 bis 18 Millionen auf über 30 Millionen Hektoliter gestiegen, d. h., es sind an Stelle der kleinen Brauereien die großen Bierfabriken getreten, die selbständigen kleinen Brauereien sind meist vernichtet worden. Auf der anderen Seite hat das Proletariat, die Zahl der beschäftigten Arbeiter ganz bedeutend zugenommen. Und worauf habe ich meine Ausführungen am Samstag gestützt? Ich habe in allgemeinen Ausführungen nachzuweisen versucht, daß bei dem rapiden Zusammenbruch der Mittelschichten der Gesellschaft, insbesondere in Handel und Gewerbe, auf der anderen Seite eine riesenhafte Vermehrung des Proletariats eingetreten sei, weshalb dessen Interessen in ganz anderer Weise als bisher berücksichtigt werden müssen. Das war die Kardinalforderung, die ich gestellt habe. Ich habe verlangt, daß den deutschen Arbeitern ein volles Maß von Gleichberechtigung mit den übrigen Klassen der Gesellschaft gewährt werde, daß ihnen dieselben Rechte, die jene Klassen in Anspruch nehmen, zu Theil würden. Ich habe dabei insbesondere hingewiesen auf die Dienste, die dieses Proletariat dem Gemeinwesen leistet und die Nothwendigkeit dieses Proletariats für den Weiterbestand der bürgerlichen Gesellschaft.

(Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Das haben Sie gestern allerdings stark bezweifelt.

Meine Herren, ich hatte angegeben, daß die Zahl der Selbständigen in Industrie und Gewerbe 2 380 000 betrug. Ihnen gegenüber stehen zunächst 283 000 Hausindustriearbeiter, die man nicht als selbständige Personen bezeichnen kann; dazu kommen Arbeiter in der Zahl von 5 955 000, gewerbliche und industrielle Arbeiter in Summa 6 219 000 Köpfe, die 2 Millionen Unternehmern gegenüberstehen, wenn man diese letzteren allesamt als Unternehmer betrachtet. Hier steht also die dreifache Zahl der Arbeiter den Unternehmern gegenüber.

Und wie steht es im Handel und Verkehr?

(Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Haben die Arbeiter keine Angehörigen?

(Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Bitte, Herr Paasche, wenn eine Statistik aufgenommen werden würde — und sie ist ja vorhanden — über die Angehörigen der Arbeiter, so würde diese die Zahl der Unternehmer und ihrer Angehörigen übertreffen. Wie steht das also im Handel und Verkehr? Hier haben wir 843 000 Selbständige. Meine Herren, auch von diesen steht eine große, große Zahl vor dem Untergang; die großen Riesengeschäfte, wie sie Wertheim u. s. w. in Berlin und anderswo begründen, richten Zehntausende kleinerer Handeltreibenden in wenigen Jahren zu Grunde. Diesen 843 000 Selbständigen stehen 262 000 Köpfe Komtorpersonal und 1 233 000 anderes Personal gegenüber, also 843 000 Selbständige stehen 1 500 000 Abhängigen gegenüber. Die Zahl der Abhängigen ist fast um das Doppelte so groß, als die Zahl der selbständigen Unternehmer. Ferner ist zu beachten, daß ein großer Theil der kleinen Beamten, die ebenfalls eine proletarische Existenz haben, weil sie ein proletarisches Einkommen besitzen, auch unverhältnismäßig mit zur Last der indirekten Steuer herangezogen wird.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Paasche weiter darauf hingewiesen — und dasselbe that der Herr Graf Posadowsky —, daß in einer Reihe deutscher Staaten den deutschen Arbeitern die direkten Steuern erlassen seien. Das ist geschehen in Preußen und, soviel ich weiß, auch in Hamburg bis zu einem Einkommen von 900 Mark, in anderen Staaten dürfte in ähnlicher Weise kaum vorgegangen worden sein. In Sachsen z. B. besteht die Bestimmung, daß Jeder, der mehr als 400 Mark Einkommen hat, zur direkten Staatssteuer herangezogen wird. Aber aus meiner früheren Thätigkeit im sächsischen Landtage weiß ich, daß die untersten Steuerstufen bis 600 Mark, also ein Einkommen, das in den meisten Fällen nur reicht, die nothdürftigste Existenz zu erhalten — da darf Jemand noch keine Familie haben — nur einen Ertrag geben, der die Erhebungskosten, die der Staat für diese große Masse Steuerpflichtiger ausgeben muß, kaum deckt. Ist man nun in verschiedenen Staaten, darunter in Preußen, dazu übergegangen, die unteren Klassen von der direkten Steuer zu befreien, so wollen Sie beachten, daß mit in Folge der Tendenz des Staats und des Reichs, möglichst viel Verpflichtungen vom Reich und Staat auf die Gemeinden abzuwälzen, die Steuerlast der meisten Gemeinden im Laufe der letzten 20 Jahre in bedeutendem Maße gewachsen ist, und von einer Steuerbefreiung der Arbeiter in den Gemeinden in dem Maße, wie sie im Staate vorlam, keine Rede sein kann. Ich weiß von Gemeinden in der Nähe Berlins, wonach Leute mit einem Einkommen von 700 bis 800 Mark an 20 Mark Gemeindesteuer zahlen müssen, also eine horrende Last. Die Befreiung dieser Leute von der direkten Steuer seitens des Staats kann also nur als etwas Selbstverständliches betrachtet werden gegenüber den Ansprüchen, die der größere Theil der Gemeinden an die Arbeiter stellt.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Paasche in Bezug auf die allgemeinen wirtschaftlichen Ausführungen, die ich gemacht habe, Anschauungen entwickelt und Behauptungen aufgestellt, die in der Art, wie er sie gemacht hat, mich im höchsten Grade überrascht haben. Er hat die Dinge, wie man zu sagen pflegt, auf den Kopf gestellt. Ich möchte wissen, ob im Deutschen Reich auch nur ein Professor der Staatswissenschaften, der Nationalökonomie — selbst Herr Wolff, der berühmte Wolff in Breslau nicht ausgenommen —

(Weiterkeit links)

bereit wäre, die Anschauungen, die Herr Paasche z. B. in Bezug auf die Krisen und die Wirkung der Krisen hier aufgestellt hat, zu unterstützen — sicher keiner!

Was besagt denn der Name „Krise“? Der Name „Krise“ besagt, daß eine Krankheit vorhanden ist, die den ganzen Gesellschaftskörper erfaßt hat. Das Wort besagt ferner, daß der ganze Blutumlauf des Gesellschaftskörpers, der in diesem durch den Waarenverkehr repräsentirt wird, gestört und zum Theil zerstört wurde. Bei der Ueberfütterung des Gesellschaftskörpers mit Lebensmitteln aller Art, die vorliegt, werden die Organe zum Theil zerstört, die das Ueberangebot von Nahrungsstoff unterbringen sollten. Es sind große Mengen Waaren vorhanden, die unverkäuflich und deshalb unkonsumirbar bleiben. Die Unternehmer werden gezwungen, Arbeiter zu entlassen, die Arbeitszeit einzuschränken, und ihren Betrieb theilweise oder ganz einzustellen.

Wenn Herr Paasche mit seinen Ausführungen, die er gestern als national-ökonomische Weisheit den Muth hatte, hier von der Tribüne des Reichstages herunter den deutschen Reichstagsabgeordneten zum Anhören zuzumuthen, gegenwärtig etwa nach Barmen-Elberfeld oder nach dem Oberelsaß oder nach dem Vogtlande und den sächsischen Textilindustriebezirken oder nach Cottbus, Forst u. s. w. in der Lausitz käme und in Arbeiterversammlungen dasselbe sagte, was er gestern über die Wirkung der Krisen hier sagte, die Versammlungen würden ihn mit höhnischem Gelächter empfangen.

(Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie wissen wollen, Herr Kollege Paasche, wie die Krise in einem einzigen Betriebe wirkt, dann gehen Sie einmal in die eben genannten Industriebezirke, jetzt, wo die Textilindustrie nicht etwa an einer akuten, sondern an einer chronischen Krise leidet, alsdann werden Sie das von mir Gesagte bestätigt finden.

Bereits vor 50 Jahren ist diese Anschauung von den Theoretikern des Sozialismus aufgestellt worden, und zwar in dem kommunistischen Manifest, das in den nächsten Wochen das 50jährige Jubiläum seines Erscheinens feiert. Es wird ausgeführt, daß in dem Maße, wie die bürgerliche Gesellschaft die Produktionsmittel verbessert und ihre Produkte über die ganze Erde zu verbreiten sucht, und in dem Maße, wie die kapitalistische Produktionsentwicklung in allen Kulturländern der Erde fortschreitet, und das ist heute der Fall, auch die Krisen immer häufiger und gewaltiger auftreten. Die beständigen Zollkämpfe, die handelspolitischen Streitigkeiten, denen wir in allen Ländern der Erde begegnen, sprechen für diese Auffassung.

In dem Maße, wie die bürgerliche Gesellschaft dem Höhepunkt ihrer Entwicklung zueilt, geht sie einem Zustande entgegen, wo sie überhaupt noch außer Stande ist, die von ihr erzeugten Produktionsmittel in der der bürgerlichen Gesellschaft zu Grunde liegenden Vertheilungsweise unterzubringen. Die Krise wird, mit einem Wort, schließlich eine permanente, und damit kommt die Erkenntniß über die Massen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Die Richtigkeit dieser Auffassung kann bei der Lage, die die Dinge angenommen haben, nicht mehr bestritten werden. Meine Herren, die Textilindustrie gehört zu den entwickeltesten Großindustrien in den verschiedenen Kulturländern der Welt; genau so wie bei uns leidet dieselbe in England. Die englische Unternehmerklasse, die englische Kapitalistenklasse ging eines Tages von der Ansicht aus, daß es ein Unding sei, indische Baumwolle nach Liverpool oder Manchester zu verschicken und dort verspinnen und verweben zu lassen; sie meinte, es sei viel bequemer, diese Baumwolle in Bombay, Calcutta und anderen Städten Indiens zu fertigem Fabrikat verarbeiten zu lassen. Damit

hat sie sich aber eine Konkurrenz für das eigene Land geschaffen, die sie niemals wieder los wird, und die der eignen Baumwollindustrie schließlich den Tod bringt. Ebenso liegen die Dinge in Japan, in Nordamerika. Die Textilindustrie ist die erste große Industrie, die unter dem Gesetz blüht, daß die Vervollkommenung der Produktionsmittel Massenerzeugung an Waare hervorruft, die sie nicht mehr im Stande ist unterzubringen. Die Eisenindustrie wird die zweite große Industrie sein, die diesen Prozeß durchzumachen hat. Darüber kann bei Keinem, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, der geringste Zweifel bestehen, und da kommen Sie nun, Herr Paasche, und behaupten, in der Krise vermehrt sich die Produktion beständig.

(Weiterkeit.)

Die Krise rufe eine größere Nachfrage nach Arbeitern hervor, es würden mehr Arbeiter beschäftigt, als vordem. Wäre das wahr, was Sie sagen, wie wollen Sie sich denn, verehrter Herr Kollege, die Thatsache erklären, daß die günstige Finanzlage, die Sie doch selber anerkannt haben, nur dem Umstande zu danken ist, daß wir seit 2 bis 3 Jahren in einer Periode allgemeiner industrieller und gewerblicher Prosperität uns befinden, die den großen Massen der Bevölkerung wenigstens dauernde Arbeit, und hier und da auch eine kleine Lohnerhöhung zugeführt hat, die sie in die Lage setzt, ihre Konsumtion erweitern zu können, wodurch auf die Reichsfinanzen in der Weise eingewirkt wurde, daß die Einnahmen aus den indirekten Steuern und Zöllen in dem Maße gestiegen sind, wie der Herr Staatssekretär für das Reichsschatzamt es dem Reichstage vortragen konnte. Kommt die Krise, die ich vorausgesagt habe, wozu gar kein Scharfblick gehört, — sie ist schon jetzt im Anzug; in ein, zwei Jahren werden wir uns wieder darüber unterhalten — so ist bei keinem Menschen in diesem Hause, auch bei Herrn Paasche nicht, der geringste Zweifel, daß die Folge dieser Krise eine wesentliche Verminderung der Einnahmen des Reichs sein wird. Wie man angesichts dieser Thatsachen das Gegentheil behaupten, so zu sagen das Blaue vom Himmel herunterstreiten kann, das ist mir einfach unbegreiflich. Das sollten Sie schon um Ihren guten Ruf als Professor unterlassen.

(Große Weiterkeit. Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Ja, Jeder ruiniert seinen Ruf, so gut er kann.

(Weiterkeit.)

Weiter war es besonders der Hinweis auf die Entwicklung der Kohlenindustrie, die dem Herrn Abgeordneten Paasche für seine Ausführungen einen gewissen Boden geben sollte. Er hat die Lage der Kohlenindustrie in den vergangenen Jahren in einer Weise dargestellt, daß selbst hier auf der sozialdemokratischen Seite sich ein laises Mitleid mit den armen Kohlenbaronen gerührt hat

(Weiterkeit);

es war wirklich gar zu rührend, fast zum Weinen, wie traurig die Lage der Kohlenbarone gestern von Ihnen geschildert worden ist, sie hätten lange Jahre nur $\frac{1}{2}$ Prozent Dividende bekommen, und das sei doch wenig. Ja, das gebe ich zu, das ist sehr wenig, der Entbehrungslohn ist gar zu klein, als daß dafür das Kapital, wie man zu sagen pflegt, arbeiten sollte. Es ist aber nicht wahr, was Herr Dr. Paasche da behauptet hat; das muß er erst beweisen. Bei dieser ganzen Dividendenrechnung wird nur übersehen und unbeachtet gelassen, daß die guten Werke, um nach außen ihren Profit nicht gar zu günstig erscheinen zu lassen, große Abschreibungen in ihren Büchern vornehmen

und Anhäufungen von Reservefonds. Die Kohlenindustrie ist seit einer langen Reihe von Jahren die bestrentirte Industrie, und es ist zweifellos, daß in keinem Industriezweige die Konzentration der Betriebe in dem Maße zugenommen hat wie gerade in der Kohlenindustrie. Es ist Thatsache, daß die Kohlenindustrie für den Absatz, den sie im Inlande nicht finden konnte, einen bedeutenden Absatz im Auslande sich verschafft hat, so daß es genau wie beim Zucker auch hier vorkommt, daß das Ausland für deutsche Kohlen billigere Preise zu bezahlen hat als das Inland.

(Sehr wahr! links.)

Das wird dabei Alles außer Acht gelassen, und doch sind das wesentliche Faktoren bei dieser Sache. Meine Herren, die deutschen Kohlenbarone haben insbesondere in den letzten Jahren ausgezeichnete Geschäfte gemacht, und von diesem Gesichtspunkt aus habe ich ganz wesentlich auch gefordert, daß angesichts der traurigen Lage der Bergarbeiter und der schweren Opfer, die sie an Leib und Leben zu bringen haben, auch für diese Arbeiterschaft es angezeigt wäre, daß die Gesetzgebung in ganz anderem Maße und mit ganz anderer Fürsorge für sie eintrete, als es bis jetzt beliebt worden ist.

Ich komme nun zu den Ausführungen des sächsischen Bundesrathsbevollmächtigten, des Herrn Grafen von Hohenhausen. Der Herr hat seine Rede damit eingeleitet, daß er um Entschuldigung bat, daß er das Wort nahm. Er hielt es der Würde des Reichstags entsprechend, hier sich zum Wort zu melden. Ich glaube, wenn er sich nicht gemeldet hätte, hätte der Reichstag auch nichts dabei verloren

(Sehr richtig! Weiterkeit links.)

namentlich um bezwillen nicht, weil das, was er richtig gestellt hat, das nicht traf, was ich gesagt, und wenn er beachtet hätte, was ich gesagt hatte, würde er zu einer Berichtigung keine Ursache gehabt haben. Ich habe zunächst nicht gesagt, — das beweist der offizielle Wortlaut meiner Rede — daß in Sachsen 10 000 Familien durch die Wassernöthe an den Bettelstab gekommen seien; ich habe wörtlich gesagt: „in Schlesien, Sachsen u. s. w. sind Zehntausende von Familien durch die Wassernöthe an den Bettelstab gekommen“. Wieviel davon auf Sachsen entfallen, weiß ich nicht; daß es aber immerhin einige Tausende sind, wird auch der Herr Bevollmächtigte für Sachsen mir nicht bestreiten. Ich habe nun weiter anerkannt, daß zwar Sachsen jetzt bereits an den Landtag herangegangen sei, um eine Unterstützung für die von der Wasserkalamität Betroffenen zu heischen, daß aber das auch nicht genügt, weil nach meiner Meinung sofort mit der Energie, Umsicht und Gründlichkeit, mit der die Militärverwaltung jede ihr nothwendig erscheinende Reform vor den Reichstag bringt, Millionen und Millionen dafür fordert und, wenn sie bewilligt sind, auch sofort die Reform ins Werk setzt, weil, sage ich, ich gewünscht hätte, daß man mit der gleichen Energie, Umsicht und Thatkraft, die die Militärverwaltung auf ihrem Gebiet entwickelt, auch seitens der Zivilverwaltung einmal hier hätte vorgehen sollen. Davon hat man weder in Sachsen noch in Preußen gehört, obgleich ich auch hier zugebe, daß Sachsen Preußen gegenüber wieder um drei Nasenlängen voraus ist.

(Weiterkeit. Sehr richtig! links.)

Ich will weiter das gleich damit abmachen, was der Herr Graf von Posadowsky in derselben Sache mir erwiderte. Er hat ebenfalls auf meine Ausführungen geantwortet und mit erhobener Stimme dem Reichstag und der Welt verkündet, daß der preussische Staat, nachdem zwei Millionen auf dem

Wege des Sammelns, zu deutsch gesagt, des Bettelns zusammengekommen waren, die Großmuth hatte, aus seinen Mitteln auch zwei Millionen zu bewilligen. Da hat wieder einmal der preussische Staat eine Knickrigkeit gezeigt, die man in Preußen von jeher auf diesem Gebiet gewohnt ist.

(Sehr richtig! links.)

Dort hat man zu allen anderen Zwecken, nur nicht zu Kulturzwecken die Mittel. Nicht zwei Millionen, sondern 20 Millionen wären nöthig gewesen. Es ist eine traurige Thatsache, daß die Provinz Schlesien, die in diesem Jahre wieder von diesem Element so furchtbar zerstört worden ist, seit nahezu einem Jahrhundert ungemein häufig Ueberschwemmungen und Zerstörungen ausgesetzt gewesen ist. Es hätte bereits vor Jahrzehnten der preussische Staat, wenn er ein Kulturstaat sein wollte, es für seine vornehmste Aufgabe erachten müssen, durch ausgiebige Wasserbauten und ausgiebige Schutzmaßregeln dafür zu sorgen, daß diese dort in weiten Gegenden lebende dichte Bevölkerung nicht immer wieder der Gefahr, an den Bettelstab gebracht zu werden, nachdem sie sich eben erst ein Wenig erholt hatte, ausgesetzt ist.

(Sehr richtig! links.)

Ich erinnere Sie daran, daß allein in den 90er Jahren, soviel ich mich erinnere, nicht ein Jahr vergangen ist, daß nicht der Bober, der Queis, die Neiße und andere Flüsse in der Provinz Schlesien, große Ueberschwemmungen gebracht und damit eine Unmasse von Noth und Elend und Zerstörung von menschlichen Existenzen erzeugt hat, ohne daß der preussische Staat, wie es, ich wiederhole das, wenn er ein Kulturstaat sein wollte, seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, in ausreichendem Maße eingegriffen hätte. Da könnten Sie von den Hunderten von Millionen, die Sie auf einmal für die Flotte übrig haben, 50 Millionen nehmen; da würden Sie sich Steuerzahler erhalten, da würden Sie menschliches Glück herbeiführen, menschliches Elend verhindern; aber handelt es sich um neue Zerstörungsmittel für Menschen, dann sind die Millionen im Uebermaß vorhanden, sonst nicht.

(Sehr gut! sehr wahr! links.)

Der Herr Bundesrathsbevollmächtigte für Sachsen hat sich weiter geäußert, ich hätte Angriffe auf die sächsische Regierung gemacht, d. h. auf ihr Verhalten in der Koalitionsangelegenheit. Auch das entspricht nicht den Thatsachen. Ich habe ausdrücklich erklärt, als ich das korrekte Verhalten der bayerischen Regierung und anderer kleinstaatlicher Regierungen hervorhob, daß auch Sachsen der Form gerecht geworden sei. Ich habe aber hinzugefügt auf einen Zuruf von dieser Seite — von meinen Freunden —, ob es sich freilich bei dieser Vorlage bewenden werde, das sei eine andere Frage. Bei dem reaktionären Herrn des Herrn von Meisch sei zu befürchten, daß er dem Drängen seiner konservativen Freunde im Landtage nachgebe, um das sowieso schon unreaktionäre Vereins- und Versammlungsgesetz, das gestern sogar den Beifall und die freudige Zustimmung des Herrn von Stumm gefunden hat, der sagte: ja, wenn das preussische so wäre, so würden Sie die Koalitionsbestimmung ohne Weiteres angenommen haben —, noch schlechter zu machen. Ich gebe zu, dies ist noch nicht geschehen, ich gebe sogar zu, daß, nachdem ich heute die offizielle Rede des Herrn Ministers von Meisch vom 30. November gelesen habe, bei mir noch eine ganz leise Hoffnung besteht, daß Herr von Meisch dem Andrängen seiner konservativen Freunde widerstehen wird; aber es ist nur eine sehr leise Hoffnung. Viele meiner Freunde in Sachsen glauben so wenig daran, daß im gegenwärtigen Augenblick unter der arbeitenden Bevölkerung Sachsens eine

große Agitation im Werke ist, indem sie Protestversammlungen gegen das Bestreben der sächsischen Kammermehrheit, das bestehende Vereins- und Versammlungsgesetz noch zu verschlechtern, arrangirt. Immerhin ist es interessant und nothwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß gestern Herr von Stumm ausdrücklich erklärte, mit Bestimmungen, wie sie im bayerischen und sächsischen Vereinsgesetz stünden, würden sie sich im preussischen Landtage begnügt haben. Während man in Sachsen von Seiten seiner Freunde es noch verschlechtern will, ist man umgekehrt in Bayern dazu bereit, das dortige Gesetz noch weiter zu verbessern, und die bayerische Regierung hat nach dieser Richtung hin der Kammer eine bindende Zusage gemacht. Der Herr sächsische Bundesrathsbevollmächtigte hatte auch keinen Grund, zu erklären, daß seine Regierung sich weder durch meine Reden noch durch meine Broschüren noch durch sonstige Angriffe von meiner oder von unserer Seite abhalten lassen werde, den Gesetzen Achtung zu verschaffen. Meine Herren, Gesetze mögen so reaktionär sein wie sie wollen, bestehen sie einmal, dann müssen sie beachtet werden. Das erkennen auch wir Sozialdemokraten an. Aber wir sind der Meinung, daß in erster Linie es Aufgabe einer Regierung ist, diese Gesetze zu achten. Nun halten Sie fest, daß dieses Gesetz vor nahezu 50 Jahren ins Leben trat, also in der reaktionärsten Periode, und deshalb wahrhaftig allen Ansprüchen an reaktionäre Bestimmungen wohl entsprechen könnte und thatsächlich entspricht. Worin gipfelten aber meine Anklagen in der Broschüre, die ich bei Ihnen vertheilen ließ? Sie gipfelten darin, daß nach den eigenen Ausführungen des Herrn Ministers von Meisch in der sächsischen Kammer das sächsische Vereins- und Versammlungsrecht mit zweierlei Maß gehandhabt werde

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

daß die besitzenden Klassen, die liberalen und konservativen Parteien ganz anders behandelt würden auf Grund desselben Gesetzes als die sozialdemokratische Partei. Das heißt doch nicht Achtung dem Gesetze schenken, das ist genau das Gegentheil. Eine Regierung soll in erster Linie die Fälle achten und auf seine Respektirung halten; aber wenn sie durch den Mund ihres ersten Ministers erklären läßt: das Gesetz soll mit zweierlei Maß gehandhabt werden, dann ist das doch etwas anderes. Auch nach einer anderen Richtung hin ist das Gesetz nicht mit gleichem Maße für alle Parteien gehandhabt worden. Auf Seite 157 bis 164 dieser Broschüre — ich will die Fälle nicht einzeln anführen — habe ich eine Reihe von Fällen zitiert, wonach durch öffentliche Einladungen in öffentlichen Blättern, die also den Behörden, der Polizei und der Staatsanwaltschaft vor die Augen kamen, zu öffentlichen Zusammenkünften und Versammlungen der verschiedenen politischen Vereine eingeladen wurde. Es wurden also die klaren Bestimmungen des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes in Bezug auf das Verbot für politische Vereine, miteinander zu verkehren, von Seiten dieser Vereine und Parteien übertreten, ohne daß man bis zum heutigen Tage von Seiten einer sächsischen Polizeibehörde, oder von Seiten eines sächsischen Staatsanwalts gehört hat, daß gegen Vereine dieser Parteien gerichtlich eingeschritten worden wäre.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das habe ich nicht nur behauptet, das habe ich auf Grund der Thatsachen in meiner Broschüre bewiesen, und ich kann nur wünschen, daß seitens der sächsischen Regierung verwirklicht wird, was der Herr Bundesrathsbevollmächtigte ankündigte, nämlich daß dem Gesetz Achtung verschafft werde, d. h. daß das Gesetz gegen Sozialdemokraten nicht anders angewendet werde als gegen Liberale oder Konservative.

Meine Herren, da ich einmal bei diesem Kapitel bin, so will ich gleichzeitig auch weiter auf die Erörterungen eingehen, die hier in Bezug auf die Aufhebung des Koalitionsverbots gepflogen wurden und in Verbindung mit der Erklärung des Herrn Reichskanzlers eine gewisse Bedeutung in unseren Beratungen erlangten. Der Herr Reichskanzler hat am Samstag und wiederholt am Montag ausdrücklich erklärt, daß er nicht in Aussicht gestellt habe, daß das Koalitionsverbot durch die einzelstaatlichen Regierungen aufzuheben bei den Landtagen glatt beantragt werden solle. Er hat am Montag wörtlich erklärt, er habe zwar den Wunsch gehabt, daß dies möglich sei, aber er habe nicht die Hoffnung gehabt, daß er das durchführen könne. Meine Herren, hätte am 27. Juni des vorigen Jahres der Herr Reichskanzler eine solche Bemerkung gemacht, zweifellos würde die Majorität des Reichstags für unseren Antrag gestimmt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten);

dann wäre unser Antrag in das bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen worden. Der Herr Reichskanzler hat also etwas verschwiegen, was er wußte, um uns in dem Glauben zu erhalten, daß die Beseitigung des Koalitionsverbots ohne Hintergedanken durchgeführt werde.

(Sehr wahr! links.)

Neben den Erklärungen des Reichskanzlers kommen auch die Erklärungen des Herrn von Boetticher in Betracht, und die Erklärungen des Herrn von Boetticher sind nach dieser Richtung so deutlich und so klar, daß es gar keine Ausreden mehr giebt. Es ist bekanntlich der Abgeordnete Hausmann gewesen, der seine großen Bedenken aussprach, ob das Koalitionsverbot glatt aufgehoben werden möchte, oder ob es nicht beruht werden sollte, um weitere reaktionäre Verschlechterungen bei den Vereinsgesetzen durchzusetzen. Daraus antwortete Herr von Boetticher wörtlich — der Herr Präsident wird mir erlauben, daß ich die Sätze vortrage —:

Meine Herren, ich bitte Sie, entgegen der Aufforderung des Herrn Vorredners

— daß war der Herr Abgeordnete Hausmann — dem Antrage Auer keine Folge zu geben. Ich bin der Meinung, daß die von dem Herrn Reichskanzler abgegebene Erklärung rechtlich und politisch unanfechtbar ist.

(Hört! hört! links.)

Kann man sich klarer und deutlicher, bindender aussprechen? Der Herr von Boetticher geht weiter dazu über, nachzuweisen, warum es bei einer derartigen Lagerung der Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungswesen in Deutschland notwendig sei, die Sache nicht im Reichstag, sondern in den Landtagen zu erledigen, und fährt dann fort:

Und, meine Herren, nach dem, was vorgenommen ist, sehe ich auch vom Standpunkt der Herren, die eine beschleunigte Beseitigung des Verbots, wie es in § 8 des preussischen Vereinsgesetzes enthalten ist, wünschen, durchaus keinen Grund zur Besorgniß. Die Regierungen aller Bundesstaaten, für welche solche Verbote — sie sind nicht alle übereinstimmend — bestehen, haben sich sämtlich anheischig gemacht, das Verbot außer Wirksamkeit zu setzen. Also wir werden die erforderlichen Schritte dazu thun, daß ein Zustand herbeigeführt wird, wonach künftig Vereine untereinander in Verbindung treten können.

(Hört! hört! links.)

Meine Herren, auch diese Erklärung des Herrn von Boetticher beweist aufs Schlagendste, wie damals seitens der Bundesrathsmitglieder die Erklärung des Herrn Reichskanzlers aufgefaßt wurde. Aber wenn das Alles noch nicht genügend beweist, was ich durch meine Ausführungen beweisen zu haben glaube, dann habe ich hier die offizielle Rede des sächsischen Ministers des Innern vom 30. November, des Herrn von Mehse, welcher in Bezug auf das Vorhaben der Konservativen, das Gesetz zu verschlechtern, sagte:

Ich glaube, es genügt vollständig, zu konstatiren, daß die Regierung in der Lage gewesen ist, eine Zusage einzulösen, die in ihrem ausdrücklichen Antrage der Herr Reichskanzler seinerzeit dem Reichstage gegenüber bewirkt hat.

(Hört! hört! und Bewegung bei den Sozialdemokraten und links.)

Meine Herren, ich frage: Kann man sich klarer ausdrücken? Der Bundesrath, die sächsische Regierung haben den Reichskanzler beauftragt, vor dem Reichstage zu erklären, daß die verbündeten Regierungen, soweit das Koalitionsverbot in den Vereinsgesetzen der Einzelstaaten bestünde, glatt aufgehoben würde ohne jede andere Bedingung.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)

Weiter sagt Herr von Mehse gegen die Zumuthung der konservativen Seite: Die Regierung hat sich einfach auf den Standpunkt gestellt, daß sie das thun müsse, was sie versprochen hat.

(Hört! hört! links.)

Es ist versprochen worden durch den Mund des Reichskanzlers, vor dem Reichstag, nicht vor dem sächsischen Landtag — der war damals nicht zusammen.

Da ist also Alles so klar, wie nur irgend etwas klar sein kann. Klarer kann kaum dargethan werden, daß damals bei den verbündeten Regierungen einmüthig die Ueberzeugung vorhanden war, es bestehe die Abmachung, daß nur solche Verbindungsverbote glatt aufgehoben werden sollten.

(Sehr richtig! links.)

Nun aber weiter! Am Samstag erklärte der Herr Reichskanzler — beachten Sie die Widersprüche innerhalb dreier Tage! — mir gegenüber, daß über den Antrag auf Erlass eines deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzes zur Aufhebung des Verbindungsverbotes sich bei späterer Gelegenheit reden lassen werde, und am Montag, vorgestern, erklärte der Herr Reichskanzler dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber, er hoffe, daß noch vor 1900 im preussischen Abgeordnetenhaus eine Vereinbarung der Mehrheit mit der preussischen Regierung zu Stande komme, wobei natürlich eine Menge reaktionärer Verschlechterungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes durchgesetzt werden sollen. Am Samstag sollte die Sache von dem Reichstag entschieden werden, am Montag von dem preussischen Landtag. Meine Herren, was soll man zu solchen Widersprüchen von den höchsten Reichsbeamten binnen dreier Tage sagen? Da wundert man sich nicht, daß Versprechen, die vor einem Jahre gemacht wurden, in Vergessenheit gerathen.

(Weiterkeit links.)

Aber, wenn etwas dazu beiträgt, die Reichsregierung und namentlich den deutschen Reichskanzler im In- und Auslande zu diskreditiren, so ist es sein Verhalten in dieser Angelegenheit.

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)

Es ist ferner sehr charakteristisch, daß auch der Herr Graf von Posadowsky in seinen Ausführungen am Montag, indem er das nachholte, was er am Samstag gegen mich nicht mehr sagen konnte, nachdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Aufhebung des Koalitionsverbots für die deutschen Arbeiter angesichts des eingeführten gleichen allgemeinen direkten Wahlrechts nur nebensächliche Bedeutung habe, gegenüber solchen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht nicht existiere. Wie kann eine solche Auffassung bestehen! Meine Herren, ich kann es mir bei dem Herrn Grafen von Posadowsky nur aus der Lebensstellung erklären, die er einnimmt. Er hat den größten Theil seines Lebens in den östlichen Provinzen Preußens zugebracht, wo leider noch heute eine Arbeiterklasse existiert, die in Bezug auf ihre Kulturansprüche, ihre Bildung, ihre politische Befähigung außerordentlich tief steht. — Daß die preussische Regierung die Hauptschuld trägt, daß ein solcher tiefliegender Bildungsgrad bei der Arbeiterklasse im östlichen Deutschland vorhanden ist, ist zweifellos. — Herr Graf von Posadowsky hat sich in diesen Kreisen bewegt, sein ganzes Herz ist ein heiß agrarisches Herz, er hat das lebhafteste Mitgefühl für die Schmerzen der Junker; mögen dieselben noch so kühn und anmaßend sein, niemals wird ein Wort des Tadelns oder der Klage aus seinem Munde kommen; immer wird er diesen gegenüber die Dinge von der schönsten wohlwollendsten Seite betrachten. Aber der Herr Staatssekretär, der in der Hauptsache mit ländlichen Arbeitern zu thun hatte, die kein Koalitionsrecht haben, kein Versammlungs- und Vereinsgesetz brauchen dürfen, die heute noch die Heloten ihrer Arbeitgeber sind, Varias der Gesellschaft im schlimmsten Sinne des Wortes, — deren Kulturgrad, Bedürfnisse und Anforderungen glaubt er auch als Maßstab für die industriellen Arbeiter in Mittel-, Süd- und Westdeutschland anlegen zu können. Er vergißt, daß hier eine ganz andere Arbeiterklasse vorhanden ist, die ganz andere Ansprüche an das Leben und den Staat stellt als die Arbeiterklasse des Ostens; und wir halten uns für verpflichtet, indem wir für die Verbesserung der Arbeiterklasse überhaupt kämpfen, auch für die Verbesserung der Arbeiterlage der Ärmsten im Osten einzutreten. So erkläre ich mir diese reaktionären, kaum glaubhaften Ausführungen, wie er sie vorgestern hier gemacht hat.

Meine Herren, wenn die deutschen Arbeiter weder die Aufhebung des Koalitionsverbots in Bezug auf politische Vereine noch die Handhabung des Koalitionsrechts in Bezug auf die Gewerbeordnung nöthig haben sollen, dann heben Sie die Bestimmungen der Gewerbeordnung hierbei doch gleich auf, und führen Sie wieder die alten Bestimmungen über das Koalitionsverbot ein!

(Sehr wahr! Sehr richtig! links.)

Dann ist reiner klarer Tisch, dann wissen wir, was wir von Ihnen zu erwarten haben, dann täuschen wir uns nicht mehr, dann ist die schwarze Reaktion offen vor aller Welt da! Wenn diese Verhandlungen ein gutes Resultat hatten, dann das, daß von diesen Tagen ab in der ganzen deutschen Arbeiterklasse nicht mehr der geringste Zweifel besteht, was sie von dieser Regierung und speziell von dem Sozialreformminister Grafen von Posadowsky zu erwarten hat.

(Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darüber ist endlich volle Klarheit geschaffen worden. Und wenn nur das eine Resultat diese langen Verhandlungen über den Etat ergeben hätten, so wären wir damit zufrieden. Nichts kann uns erwünschter sein, als klar zu sehen, endlich einmal zu wissen, woran wir sind.

Der Herr Reichskanzler hat weiter geäußert, daß er die Bäckereiarbeiter nicht empfangen habe, das sei geschehen, weil die Aufhebung der Bäckereiverordnung, deren Aufhebung Sie wünschten, garnicht in Frage komme. Meine Herren, mich hat diese Erklärung des Herrn Reichskanzlers ebenfalls außerordentlich überrascht. Ich habe mir gesagt: weiß denn der Herr Reichskanzler nicht, daß seit einer ganzen Reihe von Monaten die verbündeten Regierungen auf dringenden Wunsch der Bäckermeister und der konservativen Parteien dieses Hauses damit sich beschäftigen, Erhebungen anzustellen, über die angeblichen Schäden, die die Einhaltung der Bäckereiverordnung dem Bäckereigewerbe zufügen soll. Der Herr Reichskanzler schien in diesem Augenblicke sich nicht einmal zu vergegenwärtigen, daß er einige Wochen zuvor die Bäckermeister empfangen hat und denen ausdrücklich eine möglichste Berücksichtigung ihrer Wünsche in Bezug auf die Abänderung der Bäckereiverordnung zugesagt hat. Hier wird im Gegentheil erklärt: von der Aufhebung der Bäckereiverordnung kann keine Rede sein. Ich bin ja sehr zufrieden damit, wenn es in Wirklichkeit sich so verhalten sollte. Dann wäre es aber auch wünschenswerth gewesen, daß in einer klaren Andeutung in dem Schreiben des Herrn von Boettke den armen Bäckereiarbeitern das gesagt worden wäre. So geriethen die Leute geradezu in Verzweiflung, sie haben die kurze schroffe Abweisung, die in dem Brief enthalten war, aufgefaßt, als sei nunmehr ihre Sache verloren, die Reichsregierung sei bereit, die Forderung der Bäckermeister zu bewilligen, und damit wären sie, die armen Leute, aufs Schwerste geschädigt.

Nun war mir auch interessant, und das charakterisirt auch den Standpunkt, den der Herr Graf Posadowsky gegenüber dieser Frage einnimmt, daß er auf meine Ausführungen am Samstag, worin ich, ähnlich wie heute, nur nicht in der Ausführlichkeit, und nicht mit dem Zahlenmaterial nachwies, daß das Kleingewerbe mehr und mehr zertrümmert werde, daß dagegen das Bäckerei- und Fleischereigewerbe sich als Gewerbe herausstellten, die noch garnicht von dieser modernen Entwicklung berührt seien, also auch am ersten sozialreformatorische Schutzmaßregeln für die Arbeiter vertragen könnten, — daß er darauf sich also äußerte:

Zugegeben, daß dem so sei, so vergäße ich

— und er glaubte damit einen Haupttrumpf gegen mich auszuspielen —

daß im Jahre 1895 die Bäckereiverordnung noch nicht in Kraft gewesen sei.

Mit anderen Worten, Herr Graf von Posadowsky wollte damit sagen — sonst hätte seine Ausführung keinen Sinn —: mittlerweile hat aber die Bäckereiverordnung das ruiniert, was der Kapitalismus nicht hatte ruiniren können. Meine Herren, dieser Auffassung gegenüber muß ich aus den Organen der Bäckermeister konstatiren, daß die Bäckereiverordnung bis heute auf dem Papier steht, daß sie nicht eingehalten wird, daß nur eine kleine Minderheit wohlwollender Bäckermeister sie respektirt, daß ferner die Polizei geradezu mit unverantwortlicher Lässigkeit die Kontrolle dieser Bäckereiverordnung ausübt.

(Zuruf vom Bundesrathstisch.)

— Herr von Boettke, Sie leugnen das; Sie sind doch von Amtswegen verpflichtet, das Verhalten der Unternehmer gegenüber Ihren Verordnungen einigermaßen zu verfolgen, und da müssen Sie wissen, daß wahr ist, was ich sage. Aber an Ihnen haben die Unternehmer ihre Hauptstütze.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter können von dem gegenwärtigen Vorstehenden der Kommission für Arbeiterstatistik blutwenig erwarten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr Herz ist bei dem Zentralverein der deutschen Großindustriellen.

(Heiterkeit. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun, meine Herren, was haben die Bäckermeister im vorigen Jahre hier in Berlin in ihrer Generalversammlung beschlossen, damals, als sie hier zusammenkamen zur 500jährigen Jubiläumsfeier der Berliner Bäckerinnung? Sie erklärten: in Anbetracht der enormen Schädigung u. s. w. verlangen wir, daß die Verordnung wieder aufgehoben werde. Dann sagen sie wörtlich:

Die Erfüllung dieser Bitte dürfte um so gerechtfertigter sein, als der Meister vollständig von dem guten oder bösen Willen der Gesellen und Lehrlinge abhängig ist. Der Meister bleibt daher nur so lange unbestraft, als sein Personal dies will.

(Hört! hört! links.)

Mit anderen Worten: wir Meister übertreten Tag für Tag die Bäckerverordnung, und wir bleiben nur so lange von den gerechten Strafen des Gesetzes verschont, als unsere Arbeiter uns nicht der Polizei gegenüber denunzieren. Ich meine: wenn jemals nachgewiesen worden ist, daß eine Unternehmerklasse systematisch und mit Absicht ein Reichsgesetz fortgesetzt zum Schaden ihrer Arbeiter übertritt, dann ist es durch diese Resolution klar und deutlich gemacht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Sie brauchen nur einen Blick jede Woche in die Bäckerei-meisterzeitungen zu werfen, und Sie werden dort ähnliche Angaben in Fülle und Fülle finden. Nun habe ich aber auch am Samstag gesagt, daß ein Theil der Bäckermeister sogar so weit ginge, daß sie ihre eingenen Fachgenossen unterrichteten, wie sie bei den jetzt vorgenommenen Erhebungen die Behörde über die Wirkung der Bäckerverordnung täuschen könnten. Das hat gestern den Abgeordneten Zimmermann, der als antisemitischer Abgeordneter sich als den berufensten Vertreter der kleinen Handwerker, speziell der Bäckermeister, ansieht, veranlaßt, zu erklären, daß er gegen eine solche Verdächtigung des ehrenwerthen Bäckermeisterstandes protestiren müsse. Wenn ich eine solche Behauptung aufstellte, kann ich sie auch beweisen. In München sind Erhebungen gemacht worden auf Veranlassung der bayerischen Regierung. Darauf gab die Bäckerinnung den Bäckermeistern folgende Anweisung für die Beantwortung. Sie sollten sagen:

1. Seit Einführung dieser Verordnung muß meine Magd viel mehr Arbeit leisten und ich ihren Lohn bedeutend erhöhen, weil der Lehrling die Arbeit innerhalb der gesetzlichen Zeit nicht mehr verrichten kann.

(Heiterkeit.)

2. Seit Einführung der Verordnung sind meine Gehilfen viel mehr im Wirthshause als früher, weil dieselben bei mir keine Kost mehr erhalten. In Folge dessen kommen sie meistens erst zu Beginn der Arbeitszeit nach Hause und machen schlechte, gleichgültige und nachlässige Arbeit, was meinem Geschäfte Schaden bringt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

3. Durch diese Verordnung habe ich einen größeren Wechsel unter meinen Gehilfen zu verzeichnen als früher, weil ihr ganzes Trachten nur dahin geht, schnellstens fertig zu sein; sie denken nicht mehr bei der Arbeit, erwerben sich demnach auch keine richtigen Kenntnisse mehr und werden schlechte Arbeiter, was wiederum der Meister büßen und empfinden muß.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Dies waren die Regeln, die man den Bäckermeistern zur Beantwortung der Fragen der Regierung gab. Schließlich äußerte sich die Innung über das Unbedenkliche, ihren Rath zu befolgen, also:

Sie haben durch diese Beantwortung nicht im Geringsten etwas zu befürchten, da die Namen nicht genannt und nicht veröffentlicht werden.

(Hört! hört! Große Heiterkeit.)

Ich denke, daß ist doch die schönste Anweisung von Seiten eines deutschen Arbeitgeberverbandes über die Art, wie man die Behörden belügen und betrügen soll.

(Sehr wahr! Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Aber wie es in Bezug auf die Schädigung der Bäckermeister durch die Bäckerverordnung aussieht, dafür spricht folgendes Vorkommniß — und das mag sich der Herr Graf Posadowsky ganz besonders merken; denn nach seinen Anschauungen sind die Bäckermeister durch die Verordnung aufs Schwerste geschädigt. — Vom 13. bis 16. Juni dieses Jahres haben die Bäckermeister des Verbandes „Nordwest“ in Osnabrück ihren Bäckermeistertag gehabt. Bei dieser Gelegenheit werden stets eine Reihe Festlichkeiten veranstaltet und auch ein gemeinsames Festessen. Bei dem letzteren wurde ein Lied gesungen, in welchem folgende schönen Verslein vorkommen:

Die erste Regel muß es sein,
Daß Brod zu backen zierlich klein.
Je kleiner 's Brod, je größer dann
Ist immer der Verdienst daran.
Bei bill'gem Mehl und kleinem Brod —
Da leidet nie ein Bäcker Noth.
Er mäktet sich, wird kugelrund —
Fast Jeder wiegt zweihundert Pfund.

(Große Heiterkeit.)

Das sind die nothleidenden Bäckermeister. So halten die Bäckermeister die Regierung zum Narren. Kann man sich eine größere Trivollität denken als die, darüber zu schreien und zu jammern, daß die Bäckerverordnung das ganze Bäckereigewerbe ruinire, und dann machen die Herren unter sich schlechte Witze über ihre angebliche schlechte Lage und geben sich gegenseitig den Rath das Brod klein zu backen, damit der Profit möglichst groß werde? Diese Vorkommnisse werden auch wohl dem Herrn Grafen von Posadowsky sein bürgermeisterfreundliches Herz ein wenig rühren und zwar nach der Seite der Arbeiter hin; sie werden ihn belehren, daß hier die Dinge doch anders liegen als er sie sich bis jetzt vorgestellt hat.

Ich komme dann zu den Ausführungen des preussischen Handelsministers Herrn Bresfeld. Herr Bresfeld hat, genau wie die anderen Herren vom Bundesrath, sich gegen eine Reihe von Äußerungen gewandt, die in der Weise, wie er sie auszulegen beliebt, von mir nicht gemacht worden sind.

zunächst, meine Herren, habe ich kein Wort darüber gesagt, daß die Zahl der Todesfälle in den Bergwerken in Preußen eine besonders große sei; davon habe ich kein Wort gesagt, obgleich es wahr ist. Ich habe nur die große Zahl der Todesfälle nicht bloß im preussischen, sondern im deutschen Bergbau einschließlich des Salinenbaues angeführt, um auch dadurch nachzuweisen, wie nothwendig es sei, daß in viel höherem Grade als bisher die Reichsregierung und die Reichsgesetzgebung sich mit dem Schutz der deutschen Arbeiter beschäftigen müsse.

Ich habe an diese Ausführungen weiter die Thatsache geknüpft zur Charakterisirung der christlichen Sozialreform in diesem christlichen Staate, daß noch heute, nach vier Jahren, eine große Anzahl von Arbeitern im Saarrevier von der königlichen Bergwerksverwaltung nicht beschäftigt wurden, weil sie im Jahre 1893 an dem Streik sich betheiligte hätten. Diese Mittheilung hat im Reichstag erheblichen Eindruck gemacht; sie hat sogar beim Grafen Posadowsky Eindruck gemacht, denn er hat am Samstag ausdrücklich erklärt, auch diese meine Mittheilung werde er widerlegen. Er hat sie nicht widerlegt, er konnte sie nicht widerlegen — er hat dieses Geschäft seinem Kollegen, dem preussischen Handelsminister, überlassen. Und der preussische Handelsminister hat die Sache damit vor dem Reichstag und der Welt zu rechtfertigen gesucht, daß er auf den Streik von 1893 zurückgriff, auf die Vorgänge bei jenem Streik, und daraus debuzirte, daß Leute, die sich solcher Dinge wie sie damals vorgekommen seien, schuldig gemacht hätten, in einem staatlichen Bergwerk, in einem Staatsbetrieb nicht mehr beschäftigt werden dürften. Er hat sich dazu bezogen, daß damals Beamte beleidigt worden seien, daß man jenen Beamten die Fenster eingeworfen habe — vielleicht hat Herr Bresfeld auch einmal als Student einem mißliebigen Professor die Fenster eingeworfen —

(oho!)

daß Arbeiter, die arbeiten wollten, beschimpft worden seien, daß sogar ein Pulverattentat gemacht worden sei u. s. w. Aber, meine Herren, was Herr Bresfeld nicht sagte, ist, daß die Arbeiter damals durch Maßregeln der königlich preussischen Bergwerksverwaltung zur Arbeitseinstellung gereizt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nach den eigenen Erklärungen des Herrn von Berlepsch damals im Reichstage, wo die Angelegenheit uns mehrere Tage beschäftigte, ausdrücklich anerkannt worden, daß die Bergwerksverwaltung den durchschnittlichen Lohn von 3,89 Mark auf 3,7 Mark herabgesetzt habe. Es hat weiter zu dem Streik beigetragen die neue Arbeitsordnung, die eine Anzahl von Bestimmungen enthält, die einen großen Theil der Arbeiter auf das Lebhafteste empörte, weil sie sich in ihren materiellen Interessen schwer davon getroffen fühlten, insbesondere durch die Bestimmungen über das Häuerwerden.

Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen; ich konstatire aber, daß in jenem Revier, wo damals so gut wie gar keine Sozialdemokraten existirten, sogar die Arbeiterfrauen in einer Weise an jener Bewegung sich betheiligten, wie wir es bis dato bei uns in Deutschland noch niemals ähnlich gesehen haben. Ein Beweis dafür, daß auch die Frauen, die sonst stets geneigt sind, ihren Männern von einem Streik abzurathen, von der Nothwendigkeit des Streiks überzeugt waren. — Die Arbeiter waren also gereizt, und daß in solchen Fällen Dinge vorkommen, die nicht zu billigen sind, ist doch menschlich erklärlich. Ich meine, daß also schon vom rein menschlichen Standpunkt — nicht zu sprechen vom christlichen Standpunkt — endlich das Verzeihen für so

kleine Vergehen in der Ordnung gewesen wäre. Sind diejenigen, die damals die Fenster eingeworfen haben, die Beamte beleidigt haben, die sonstige Dinge thaten, erkannt worden — und das scheint ja nach den Darlegungen des Herrn Witkniers der Fall gewesen zu sein — dann wurden sie auch auf Grund der Gesetze bestraft, und wenn Jemand bestraft wurde, ist damit auch die Sühne eingetreten für sein Vergehen. Dann sollte ein anständiger Mensch und in erster Linie eine Staatsverwaltung, die erst drei Jahre vorher einen kaiserlichen Erlass veröffentlichte, in dem es hieß: die staatlichen Bergwerke sollten Musterbetriebe werden, sich verpflichtet gehalten haben, Nachsicht zu üben und die Leute wieder in Arbeit zu nehmen, namentlich jetzt, wo die Arbeitskräfte von allen Seiten, sogar aus den Gefängnissen, geholt wurden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine auch weiter, wenn es die staatliche Würde nicht beeinträchtigt, ja die kaiserliche Gnade sogar in besonders schönem Glanze leuchtet, wenn Duellanten, die einen Nebenmenschen aus einer frivolen Ursache ermordet haben, begnadigt werden, oder Polizeibeamte, welche die schwersten Mißhandlungen an Personen sich haben zu Schulden kommen lassen und zu Jahre langem Zuchthaus verurtheilt wurden, nach wenigen Monaten begnadigt werden, oder hochstehende Sittlichkeitsverbrecher, zu langjährigem Gefängniß verurtheilt, nach kurzer Zeit begnadigt werden, wenn das Alles in der Ordnung ist, dann sollte man auch diesen Arbeitern billigerweise eine Art Begnadigung zu Theil werden lassen, indem man sie wieder in die Arbeit aufnahm.

(Lebhaftes Sehr richtig; Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn etwas das zweierlei Maß charakterisirt, mit dem heute im Deutschen Reich und namentlich im leitenden Reiche Preußen auf der einen Seite die oberen Klassen und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse behandelt wird, so ist das hiermit in der klarlichsten Weise bewiesen.

(Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nunmehr zu den Ausführungen des Herrn Kriegsministers. Seine Ausführungen würden mich zu einer längeren Rede nöthigen, und dazu will ich heute Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen. Ich werde diese Ausführungen bei dem Militäretat machen. Es betrifft die Darlegungen, die er mir gegenüber in Bezug auf unseren Programmpunkt, betreffend die Volkswehr, machte. Der Herr Kriegsminister hat sich am Samstag mir gegenüber als schlechter Stratege gezeigt; ich hoffe nicht, daß er einmal in Kriegszeiten ein ebenso schlechter Stratege sein wird. Er hat mir gegenüber gegen etwas polemisiert, was ich garnicht gesagt habe. Ich habe in meiner Rede kein Wort von der Volkswehr gesprochen; er hat aber vermuthet, ich würde darüber sprechen, und da hat er sich seine Rede vorher zurechtgelegt.

(Heiterkeit links.)

Nun sind meine Ausführungen ausgeblieben; aber die Rede mußte an den Mann gebracht werden, und so haben wir zu hören bekommen die wunderbaren Summen, die für die Volkswehr an Kosten aufgebracht werden müßten. In dem Augenblick, in dem der Herr Kriegsminister seine Mußestunden benutzte, um auszurechnen, was für enorme Summen die Einführung der Volkswehr Deutschland kosten würde, habe auch ich meine Mußestunden benutzt, um zu berechnen, was die Volkswehr einzurichten, im Vergleich zu dem stehenden Heere kosten würde, und da bin ich zu ganz anderen Resultaten gekommen. Ich habe auch die Absicht, dieselben in Form einer Broschüre zu veröffentlichen und, wenn der Herr Kriegsminister es erlaubt, werde ich ihm ein Exemplar dediziren.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls aber werde ich das Hauptergebnis der Resultate, zu denen ich gekommen bin, bei Gelegenheit des Militärstats vorbringen, um ihn zu widerlegen.

Dagegen hat es mich angenehm berührt — d. h. angenehm nur in einer Beziehung —, daß ich mit meinen Samstagausführungen doch in dem Punkte Recht bekommen habe, daß der Herr Kriegsminister gestern, also nach 9 Tagen bereits, erklärte, eine neue Artilleriesvorlage sei in Aussicht. Am Samstag schien das noch nicht der Fall zu sein; da wurden meine Bemerkungen so dargestellt, als seien sie grundlos. Also die neue Artilleriesvorlage kommt, sie bedeutet eine erhebliche Verstärkung der Artillerie, sie bedeutet aber auch einen großen Posten Aufgaben für einmalige Verwendung und eine erhebliche Steigerung der regelmäßigen Ausgaben. Es ist sehr angenehm und dankenswerth, daß diese Mittheilungen gemacht wurden in einem Moment, wo ein großer Theil des Reichstages, der bereit ist, die neue Marinevorlage zu bewilligen, sich den Kopf zerbricht, woher künftig die Steuern kommen sollen. Aber, meine Herren, die Mittheilungen haben mich auch noch zu anderen Gedanken gebracht. In der Thronrede wurde mit Genugthuung konstatirt, daß die Beziehungen zu allen übrigen Mächten die allerbesten seien, daß also die Aussicht bestehe, daß auch fernerweit der europäische Friede erhalten werde. Ich erinnere mich ferner, im Laufe dieses Sommers eine Reihe von Reden gelesen zu haben von den verschiedenen europäischen Fürsten in Petersburg, Budapest, Hamburg u. s. w., wo nacheinander die Potentaten der europäischen Großstaaten zusammenkamen, und da hat mir insbesondere eine Rede imponirt. Das war jene Rede in Petersburg in der es hieß, wenn der Friede gestört werden sollte, dann werde der Deutsche Kaiser an der Seite des Kaisers von Rußland mit seiner gesammten Macht stehen, um den Friedensstörer niederzuschmettern. Meine Herren, das ist ein schönes Wort, aber wenn die Sache so steht, daß man diese Erklärung abgeben kann, wenn überall, wo europäische Fürsten die Häupter der Großstaaten zusammenkommen, sie allesamt erklären — wissen das Herz voll ist, daß geht der Mund über —, daß sie den Frieden erhalten wollen, daß sie jeden Friedensstörer sogar gemeinsam niederzuschlagen bereit seien, wozu denn aber die fortgesetzten kolossalen Rüstungen — wie können Sie denn das noch rechtfertigen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wer ist denn eigentlich der Friedensstörer? Ist es das Volk? Darüber möchte ich Antwort haben, bisher weiß ich nicht, daß die Völker die Kriege provoziert haben, wohl aber diejenigen, die an der Spitze der Völker stehen, und wenn diese nuncmehr, wie es aus den erwähnten Reden hervorgeht, Alle darin übereinstimmen, keinen Krieg zu wollen, Alle entschlossen sind, den Frieden aufrecht zu erhalten, meine Herren, dann brauchen wir keine Flottenrüstungen mehr, dann brauchen wir keine neue Artilleriesvorlage, dann können wir statt auszurüsten viel eher an das Abrüsten denken.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es sind unlösbare Widersprüche, die in dem herrschenden System in der kraßesten Weise zu Tage treten.

Ich muß weiter auf die Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky am Sonnabend zurückkommen. Er hat namentlich heftig meine damaligen Ausführungen in Bezug auf die Nichtwiedereinbringung des Unfallversicherungsgesetzes bekämpft; er sagte, zum Schein hätten sie die Vorlage allerdings nicht einbringen wollen, auch sei nothwendig, daß, wenn ein solches Gesetz neu eingeführt werde, man die Gewißheit habe, daß die Unfallversicherungsgesellschaften freudig dasselbe ausführen. Meine Herren, ich konstatire, daß in der

Kommission über die Unfallversicherungsvorlage, deren erste Lesung, wenn ich nicht irre, am 1. März endete, und deren zweite Lesung am 10. März begann, in der Zwischenzeit zwischen der Mehrheit der Unfallversicherungskommission und den verbündeten Regierungen Abmachungen getroffen wurden über die Punkte, die in der zweiten Lesung geändert werden sollten, worauf alsdann die Aussicht bestand, daß diese so in der zweiten Lesung zu Stande gekommene Vorlage dem nächsten Reichstag vorgelegt werden, so daß er verhältnismäßig leicht über sie wegkommen könne. Das ist damals in Aussicht gestellt worden. In diesem Glauben ist die Unfallversicherungskommission auseinander gegangen. Daß wir Sozialdemokraten diesem Gesetz, wie es vereinbart war, nicht zugestimmt haben würden, das hat auf die Kritik, die wir an dem Verfahren der Regierung zu üben haben, gar keinen Einfluß. Ich konstatire nun, daß die Regierung darauf diese Vorlage den Unfallgenossenschaften zur Beurtheilung unterbreitete; das heißt, meine Herren, eine Vorlage, welche die Kommission des Reichstages bereits erörtert hat, ist nachher Gegenstand der Erörterungen insbesondere im Zentralverein der Großindustriellen gewesen. Und die Aufmerksamkeit, welche die verbündeten Regierungen diesen Beratungen schenken, mag daraus hervorgehen, daß nach einer mir gemachten Mittheilung nicht weniger wie zehn Regierungskommissare jener Generalversammlung beigewohnt haben.

(Hört! hört! Zuruf links.)

— Es waren keine Bäckergeffen, ganz richtig! Was sagt aber der Zentralvorstand des Vereins der deutschen Industriellen über diese Vorlage? Jetzt werden Sie auch die Gründe erfahren, weshalb die Regierung mit der Vorlage an den Reichstag nicht mehr kam. Man erlaube mir, die wenigen Sätze vorzulesen:

Das Streben der Reichsbehörden, jenen Mangel zu beseitigen, hat der Zentralverband seinerzeit dankbar anerkannt; er hat aber weiter erkennen müssen, daß jeder dahin zielende Versuch von der Sozialdemokratie und den in dieser Beziehung und in Feindseligkeiten gegen die Betriebsunternehmer gleich oder ähnlich gesinnten Parteien dazu benutzt worden ist und auch wohl künftig benutzt werden wird, das ganze Gesetz in seinen grundlegenden Bestimmungen in einer weit über die Absichten der verbündeten Regierungen hinausgehenden Weise zu ändern. Daher hält es der Zentralverband für wünschenswerth und besser, daß, solange die geschilderten Gefahren in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages fortbestehen, auf einen Versuch gänzlich verzichtet werden möchte, die Mängel zu beseitigen, durch welche die im höchsten Grade segensreiche Wirksamkeit der Gesetze für die Versicherten, das heißt die gesammte deutsche Arbeiterschaft, bisher in keiner Weise beeinträchtigt worden ist.

(Hört! hört! links.)

Daß der letztere Satz von Seiten der Industriellen natürlich ist, versteht sich; aber hören Sie: der Einfluß der Sozialdemokraten und der in dieser Beziehung ebenfalls in Feindseligkeit gegen die Betriebsunternehmer gleichgesinnten Parteien im Reichstag hat eine Vorlage geschaffen, die für den Zentralverband der Großindustriellen und damit auch wahrscheinlich für die Regierung unannehmbar ist.

Nun theile ich Ihnen aber mit, daß bei jenen Besprechungen für die zweite Lesung der Kommission auch die Mitglieder der nationalliberalen Partei dabei waren und ihre Zustimmung dazu gegeben haben.

(Hört! hört! links.)

Und jetzt wird diesen gesagt, daß sie vereint mit den Sozialdemokraten Feindseligkeit gegen die Unternehmerklasse plant!

(Weiterkeit.)

Es ist im Deutschen Reich weit gekommen, wenn diese Herren maßgebenden Einfluß auf die soziale Gesetzgebung erlangen, wenn sie, sozusagen, bei der Reichsregierung die oberste Instanz bilden. Dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit protestieren.

Was für Folgen weiter eingetreten sind, mögen Sie daraus entnehmen, daß auch durch die Stellungnahme der deutschen Berufsgenossenschaften zu der Kommissionsvorlage unser Kollege Roesicke, der doch wahrhaftig nicht in dem Verdachte steht, Sozialdemokrat zu sein, außer bei Herrn von Stumm

(Weiterkeit.)

— ich sage, daß der Kollege Roesicke sich veranlaßt sah, in Folge der Differenzen, die aus seiner Haltung in der Kommission des Reichstages mit den Berufsgenossenschaften hervorgingen, vom 1. Januar den Vorsitz in dem Verbands der Berufsgenossenschaften niederzulegen.

(Hört! hört! links.)

Also ein Mann, wie Herr Roesicke, ist bereits den Herren zu radikal. Dieser hat eine Arbeiterfreundlichkeit, die sie nicht mehr ertragen können; dabei könnten ja ihre Profite etwas in die Brüche gehen.

Nun hat man auch hingewiesen auf die enormen Lasten, die die deutsche Industrie durch die Versicherungsgesetze trage, und daß es demgemäß nicht angebracht sei, die Lasten noch zu erhöhen. Zu dieser Anschauung steht doch stark in Widerspruch die Thatsache, daß die Profite der deutschen Unternehmerklasse und namentlich der Angehörigen des Zentralverbandes der deutschen Großindustriellen in den letzten Jahren eine Höhe erreicht haben, wie sie seit Bestehen des Deutschen Reichs noch nicht vorgekommen sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine also, wenn in der That die Lasten dieser sozialen Gesetzgebung so große wären, könnten diese Riesenprofite nicht gemacht werden. Und sie sind auch nicht so gewaltig, wie sie scheinen.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Graf von Posadowsky sagte: jeden Tag wird eine Million für diese Zwecke aufgewendet. Er hat aber nur vergessen zu sagen, daß die Hälfte dieser Lasten von der Arbeiterklasse selbst getragen wird

(Sehr richtig! links.)

daß die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Versicherungsgesetzgebung im Jahre 1895 ungefähr 184 Millionen, während die Unternehmerklasse etwa 158 Millionen beigetragen hat, hervorgerufen wesentlich dadurch, daß der größere Theil der Unfallkosten auf ihre Schultern kommt. Aber das ist doch auch in der Ordnung. Es ist in der Ordnung, daß die Industrie die Unfallversicherung für ihre Arbeiter ebenso trage, wie sie die Prämien gegen Feuergefahr und sonstige Gefahren zu tragen im Stande sein muß. Auch sind wir keineswegs in Europa der einzige Staat, der diese Versicherung besitzt. Die Schweiz hat ein viel besseres Haftpflichtgesetz als das Deutsche Reich. In Frankreich und England ist man ebenfalls daran, sehr umfassende Arbeiterversicherungsgesetze zu erlassen. Wir haben also gar keine Ursache, uns zu brüsten. Die deutsche Unternehmerklasse sollte zufrieden sein, daß sie diese Last zu tragen hat, indem sie so wenigstens einigermaßen beweist, daß sie die große Schuld, die sie gegen

die Arbeiterklasse hat, wenigstens ein wenig zu bedeu gewillt ist. Die Mehrausgaben, die ihr dadurch entstehen, betragen, an der Lohnhöhe bemessen, keine 5 Prozent des Lohnes. Darüber braucht man also kein Geschrei zu machen. Dabei entsteht auf der anderen Seite die Gefahr, daß in so und so viel Fällen, wo die Arbeiter an die Unternehmer das Ersuchen stellen, ihre Lohnlage zu verbessern, diese mit Gemeinweis auf die Opfer, die die soziale Gesetzgebung ihnen auferlegt, dieselben zurückgewiesen haben.

Meine Herren, nun haben auch in den Ausführungen vom Grafen von Posadowsky vom Samstag und auch später namentlich die Verhältnisse auf dem platten Lande eine große Rolle gespielt. Sowohl Herr Graf von Posadowsky wie die Gleichgesinnten haben sich in Erörterungen darüber ergangen, wie ungünstig die deutsche Landwirtschaft im Verhältniß zur deutschen Industrie und zum deutschen Gewerbe stehe, wie die Arbeiter immer mehr dem Lande den Rücken kehren, und wie die Landwirthe nicht mehr in der Lage seien, die nöthigen Arbeitskräfte aufzubringen. Daß gesammte landwirtschaftliche Gewerbe werde immer ungünstiger gestellt, und deshalb sei es notwendig, daß es in dem Maße durch die Reichsregierung und den Staat geschützt werde. Nach dem, was auf diesem Gebiete Herr Graf von Posadowsky ausgeführt hat, hat er sich jedenfalls die Herzen unserer Agrarier im Sturm erobert.

(Sehr wahr! links.)

Er hat mit einer Klarheit und Bestimmtheit, wie es bis jetzt noch nie im Deutschen Reichstag der Fall war, denselben die schönsten Aussichten in Bezug auf die Wahrung ihrer Interessen gemacht. Nun, meine Herren, habe ich schon in meiner Samstagsrede ausgeführt, daß allerdings bei einem Theile der deutschen Landwirtschaft ein gewisser Nothstand vorhanden sei, aber ich bestreite, daß dieser allgemein im Lande vorhanden ist, wie er es dargestellt hat. Ich habe weiter hervorzuheben, daß auf dem Lande in Bezug auf die Arbeiterzustände, in Bezug auf die Arbeiterbehandlung, kurz in Bezug auf die gesammten Arbeiterverhältnisse Zustände existieren, die es erklärlich machen, daß der natürliche Trieb der Landbevölkerung nach der Stadt zu ziehen, dadurch in hohem Grade angereizt und befördert wird.

Zunächst steht uns nach den Darlegungen des Herrn Grafen von Posadowsky in Aussicht, daß bei dem Abschluß der neuen Handelsverträge höchstwahrscheinlich eine bedeutende Erhöhung der Agrarzölle eintritt, d. h. also, eine bedeutende Vertheuerung der Lebens- und Genußmittel der arbeitenden Klassen. Die arbeitenden Klassen, deren Lohn schon heute kein übermäßiger ist, werden gezwungen, unter verhältnißmäßig ungünstigeren Bedingungen dieselben Leistungen der Industrie gegenüber auszuführen. Damit werden Sie die gesammte industrielle und gewerbliche Arbeiterklasse und auch die Kleinunternehmer gegen die Agrarpolitik in die Schranken rufen. Sie werden hier die größte Opposition gegen sich hervorrufen, weil man nie anerkennen wird, daß es eine gerechte und vernünftige Politik ist, die breiten Schichten der Bevölkerung durch solche Maßnahmen weiter zu belasten.

Aber noch etwas anderes. Ich begreife eine solche Politik von dem Gesichtspunkte nicht, daß Sie doch nach Ihrem eigenen Geständniß — das ist bei der Flottenfrage wiederholt betont worden — die Nothwendigkeit empfinden, den deutschen Ausfuhrhandel nach allen Richtungen hin zu begünstigen. Nun, der deutsche Ausfuhrhandel besteht fast ausschließlich aus deutschen Industrie- und gewerblichen Erzeugnissen.

Wenn wir aber auf der einen Seite Industrie- und Gewerbeerzeugnisse ausführen, müssen wir auf der anderen Seite Einfuhrartikel in Kauf nehmen. Das sind entweder Rohmaterialien für Industrie und Gewerbe oder noth-

wendige Lebensmittel, die wir brauchen und nicht selber herstellen können. In dem Maße, wie aber durch hohe Zölle, namentlich agrarische Zölle die Gefahr entsteht, die Einfuhr dieser Artikel zu erschweren, in demselben Maße werden diejenigen Staaten, auf deren Zustimmung Sie bei den Zollabmachungen rechnen, für die Einfuhr von Industrieartikeln zu niedrigen Zöllen nicht zu haben sein. Die Folge ist aber, daß auch der deutsche Handel und die deutsche Industrie durch solche Maßnahmen gewaltig geschädigt werden.

(Zuruf vom Bundesrathstisch.)

— Daß warten wir allerdings ab, Herr Graf Posadowsky. Ich kann Ihnen nur sagen, mir hat gestern das Herz im Leibe gelacht, wie ich Ihre bezüglichen Ausführungen gehört habe; denn niemals ist der Sozialdemokratie ein besseres Agitationsmaterial geliefert worden als durch Ihre Reden.

(Zuruf. Zustimmung links.)

Meine Herren, es ist ja wahr, daß ein Theil der Landbevölkerung sozusagen nach der Stadt eilt; es ist ferner wahr, daß die Landbevölkerung oder richtiger ausgedrückt, der Theil der Bevölkerung, der hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt, nicht nur absolut, sondern auch relativ eine bedeutende Verminderung gegenüber früher aufweist. Es ist Thatsache, daß die landwirthschaftliche Bevölkerung in den letzten 20 Jahren sich vermindert hat, während umgekehrt die Bevölkerung der Städte, die Industriebevölkerung und die im Handel und Verkehr beschäftigte Bevölkerung gewaltig gewachsen ist. Die Gewerbebezahlte des Jahres 1895 hat ergeben, daß, während im Jahre 1882 von der Landwirtschaft noch 19 225 000 Personen lebten, im Jahre 1895 nur noch 18 550 000 davon lebten, d. h. drei Viertel Millionen weniger, obgleich wir in diesem Zeitraum im Deutschen Reiche 7 Millionen Menschen mehr bekommen haben. Dagegen ist die Zahl der von Industrie und Gewerbe lebenden Menschen in diesem Zeitraum von 16 Millionen auf 20 1/4 Millionen gewachsen und ebenso die vom Handel und Verkehr lebende Bevölkerung von 4 1/2 Millionen auf 6 Millionen. Das ist eine vollständige Revolutionirung der Bevölkerung in Bezug auf ihre soziale Existenz und ihre soziale Lage. Meine Herren, aber dieser Entwicklung zu steuern, sind Sie auf die Dauer nicht im Stande; es widerspricht der Natur der Dinge, daß künstlich agrarische Zustände aufrecht erhalten werden, die im Widerspruch stehen mit der übrigen Entwicklung. Sie müssen machen, was Sie wollen, und die Erscheinungen, die Sie zu Klagen veranlassen, sprechen für diese meine Auffassung. Sie werden solche Zustände, wie Sie dieselben wünschen, auf dem Lande niemals mehr herbeiführen können. Daß aber selbst die starren Abspermmaßregeln, die in Bezug auf die Vieh- und Schweineeinfuhr in den letzten Jahren seitens der verbundenen Regierungen im Interesse der Landwirtschaft systematisch durchgeführt wurden, nicht nur eine schwere Schädigung für die industrielle Bevölkerung sind, sondern auch vom Standpunkte der landwirthschaftlichen Bevölkerung selbst nicht nöthig sind, beweisen die Resultate der Viehzählungen aus den Jahren 1873, 1883 und 1892. Nach den statistischen Resultaten ist die Zahl des Rindviehs im Deutschen Reiche im Vergleich zu 1873 um 1 779 000 Stück gewachsen, die Zahl der Schweine von 7 124 000 auf 12 174 000. Meine Herren, diese riesenhafte Steigerung der Zahl der Schweine beweist, daß diese rücksichtslosen Schweineeinfuhrverbote, wie sie gegenwärtig gehandhabt werden, nicht am Plage sind, daß die deutsche Landwirtschaft auch ohne solche Verbote auskommen kann, und ich bestreite auf das Entschiedenste, daß es wahr ist, was Herr Graf Posadowsky gesagt hat, daß das Schwein vorzugsweise der kleine Mann auf dem Lande züchtet, daß es dasjenige Thier sei, aus dem er hauptsächlich das notwendige Geld ziehe. Gewiß mag ein Theil dieser kleinen

Leute auch Schweine verkaufen, der weitaus größte Theil derselben aber züchtet sich das Schwein, um es selbst zu schlachten, weil es das einzige Fleisch liefert, das er bei seinen kümmerlichen Verhältnissen für sich und seine Familie erwerben kann. Auf der anderen Seite sind es die großen Schweinezüchter, die von diesem Ausfuhrverbot den größten Vortheil haben.

Weiter: daß die Zustände auf dem Lande zum Theil so sind, daß Sie Ihre Arbeiter mit aller Macht in die Industriebezirke treiben, werden Sie auch selbst nicht bestreiten können. Wie können Sie denn glauben, daß ein Mensch, der halbwegs Anspruch darauf macht, als Kulturmensch behandelt zu werden, sich einen Zustand gefallen läßt, wie er durch die bestehende Gesindeordnung für die Arbeiter auf dem Lande geschaffen ist?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ein Zustand, den die Arbeiter sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, dem sie auf die Dauer zu entkommen suchen. Wenn irgendwo in Deutschland heute noch gegen die Arbeiter die körperliche Züchtigung im täglichen Gebrauch ist, so ist es in Ostdeutschland, auf den großen Gütern ostwärts der Elbe. Daß eine Arbeiterschaft sich eine solche Behandlung auf die Dauer nicht gefallen läßt, ist selbstverständlich, besonders dann, wenn solche Arbeiterschaft in den Kasernen der Städte zwei bis drei Jahre zugebracht und das Leben der Städte kennen gelernt hat. Dann können Sie diese Arbeiter nicht mehr auf das Land hinausbringen. Derselbe Militarismus, den Sie, meine Herren (nach rechts), mit aller Kraft unterstützen, trägt dazu bei, Sie zu ruinieren, weil er die Arbeiter veranlaßt, nach der Entlassung vom Militär in der großen Stadt, in den Industriebezirken zu bleiben und nicht mehr auf das Land hinauszugehen.

Ich habe hier einen Artikel eines ostelbischen Bauern in den „Deutschen Sozialen Blättern“, der ausführt, daß wesentlich auch der Umstand schuld sei, daß die Arbeiter auf dem Land nicht mehr bleiben wollen, weil sie unheimlich lange arbeiten müßten. Der Mann sagt: das ist nicht notwendig, ich habe die Erfahrung gemacht, daß man mit einer weit kürzeren Arbeitszeit auskommen kann; meine Leute leisten bei einer kürzeren Arbeitszeit nicht nur dasselbe, sondern mehr, wodurch sie und ich zufriedener sind; ich rathe meinen Standesgenossen, daß sie die Arbeitszeit auf dem Lande verkürzen. Im Jahre 1871 hat eine Agrarkonferenz in Eisenach, an welcher der bekannte Dr. Rudolph Meyer, der verstorbene Regierungsrath Wagener, Herr Schumacher-Barchlin aus Mecklenburg und eine Reihe anderer norddeutscher Gutsbesitzer theilnahmen, beschlossen, von Gesezeswegen für die Landwirtschaft einen zehnstündigen Normalarbeitstag einzuführen.

(Hört! bei den Sozialdemokraten)

bergestalt, daß während der Erntemonate die Arbeitszeit auf 12 Stunden und während der Wintermonate auf 8 Stunden per Tag festgesetzt werde. Die Sachverständigen erklärten damals, die deutsche Landwirtschaft würde damit auskommen und am besten in der Lage sein, ihre Arbeiter zu erhalten. An diesen Beschluß einer längst vergangenen Zeit denkt heute kein Agrarier mehr! Wenn von unserer Seite heute die Forderung gestellt würde, einen solchen Normalarbeitstag auf dem Lande einzuführen — Sie würden die größte Opposition dagegen erheben.

Als einen zweiten Grund, daß die Arbeiter nach den Städten ziehen, hebt der erwähnte Bauer die schlechte Kost hervor. Die Kost der Arbeiter auf dem Lande sei meistens eintönig, eine solche, daß ihrer die Arbeiter allmählig überdrüssig würden. Die Frau des Landwirths gebe sich zu wenig Mühe in

Bezug auf Herstellung der Kost. Er legt dar, daß auf den Magen der Arbeiter mehr Rücksicht genommen werden müßte, als es bis jetzt der Fall sei. Ins- besondere aber hebt auch der Mann hervor, daß die Schlafräume der Land- arbeiter zum großen Theile die allertraurigsten seien. Nach dieser Richtung hin könnte ich Ihnen ein sehr ausgiebiges Material vorführen, aus dem hervorgeht, daß die Lebensweise, und namentlich die Schlafweise der Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Lande, gerade grauenhafte Zustände aufweist. Meine Herren, es genügt, darauf hinzuweisen, daß ein Mann wie Pfarrer Göhre auf Grund seiner Kenntniß der Lage der ostelbischen Landarbeiter zu dem Ausdruck kommt:

Es giebt nur eine Erlösung für das arme Volk: das ist die wirth- schaftliche und politische Vernichtung ihrer Herren, dieses brutalen ostelbischen Herrschervolkes, das solche Zustände verschuldet und duldet. Erst, wenn diese wirthschaftlich und politisch gebrochen sind, wird dieses arme verflaute und verelendete Landvolk frei sein. Und wer an diesem Befreiungskampf mit Theil nimmt, der wird sich für Zeit und Ewigkeit einen Gotteslohn verdienen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So sagt Herr Göhre und so schreibt ähnlich sein Freund Herr von Gerlach in einem Artikel, worin er die Zustände, unter denen die sogenannten Sachsen- gänger in der Provinz arbeiten und leben, schildert. Es sind entsetzlich traurige Zustände, die er beschreibt.

Auch wird in dem Aktienstück, das Ihnen von Seiten der preussischen Regierung vorgelegt wurde, worin die Maßregeln aufgeführt werden, die ergriffen worden sind, um der Landwirthschaft aufzuhelfen, ausdrücklich hervor- gehoben, daß namentlich in den östlichen Provinzen zahlreiche Arbeiterwohnhäuser beständen, welche nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen genügen.

(Hört! hört! links.)

Dasselbe ist durch eine Untersuchung constatirt worden, die der Verein preussischer Medizinalbeamten im vorigen Jahre in Bezug auf die Wohnverhältnisse der ländlichen Arbeiter in Preußen vorgenommen hat. Darin werden in Bezug auf die Wohnweise und Schlafweise der Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Lande einfach schauerhafte Zustände enthüllt: die Häuser befinden sich zum größten Theil in dem aller elendesten, erbärmlichsten Zustande, von Diefung und ordentlichen Fenstern ist fast nirgends die Rede. In der Provinz Posen wurde constatirt, daß zahlreiche Familien auf den dortigen Gütern in förmlichen Erdhöhlen wohnen

(Hört! hört! links.)

die als Fenster Luftlöcher haben, damit ein wenig Luft hineindringt; diese Höhlen sind nicht mehr menschliche Wohnungen zu nennen.

Angesichts eines solchen Zustandes, meine Herren, brauchen Sie sich wahrhaftig nicht zu wundern, daß, wenn die Dinge bezüglich der Arbeiter sich so gestalten, wie sie sich gestaltet haben. Es wird sogar noch schlimmer für Sie werden. Mögen Sie Schutzzölle für die Agrarprodukte einführen so viel wie Sie wollen; solange Sie nicht daran gehen, Ihren Arbeitern ihre Heimath angenehm und lieb zu machen, werden Sie niemals auf einen grünen Zweig kommen, werden Ihnen stets die Arbeiter fehlen.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, daß die Zustände im Osten Deutschlands die denkbar traurigsten sind, das beweist zugleich die Thatsache, daß, obgleich man dort

seit geraumer Weile in der Hauptsache mit galizischen, polnischen und russischen Arbeitern arbeitet, die wahrhaftig nicht an allzugroße Lebensansprüche gewöhnt sind, sogar diese Arbeiter nach kurzer Zeit in Schaaren die Arbeitsstelle ver- lassen und in die Heimath wieder zurückzukehren oder mehr nach Westen wandern. Unter solchen Verhältnissen werden Sie es niemals fertig bringen, die ländlichen Zustände zu konsolidiren. Mit Nothwendigkeit werden sie schlechter und immer schlechter werden.

Der Herr Graf von Posadowsky hat aufs Neue sein Verhalten in der bekannten Hülfe'schen Schundliteraturfrage zu rechtfertigen gesucht. Er hat be- hauptet, daß nach seiner Kenntniß in dieser Literatur keine Angriffe auf politische Parteien vorkämen; er hat bemerkt, daß nur ein einziger Angriff auf die Sozialdemokratie ihm mißfallen haben, weil er eine direkte Unwahr- heit enthielt.

Meine Herren, ich will Sie bei der weitvorgesrittenen Zeit und bei der Länge meiner Ausführungen nicht noch damit unterhalten, daß ich Ihnen Exzerpte aus jener Schundliteratur, die die offizielle Empfehlung des Herrn Graf von Posadowsky erhalten hat, weiter vorlese. Ich kann Ihnen nur sagen, es ist einfach skandalös, es ist gemein

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

wie insbesondere meine Partei in dieser Literatur behandelt wird. Aber, meine Herren, ich muß weiter darauf aufmerksam machen, daß es scheint, als wolle man in der gesamten Reichsverwaltung nunmehr dazu übergehen, den in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern offiziöse Literatur als Lesefutter zu verabreichen, d. h., daß man die Nachstellung, die man als Arbeitgeber über die Arbeiter gewinnt, mißbraucht, indem man sie moralisch zwingt, nach- dem sie so und so viel Stunden im Dienst des Unternehmers arbeiteten, eine bestimmte Literatur zu kaufen. Man sucht sie auch noch geistig in einer be- stimmten Richtung zu bearbeiten und für bestimmte politische Zwecke breit zu schlagen. Am gestrigen Tage hat der „Vorwärts“ ein Zirkular veröffentlicht, daß der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts, also Herr Tirpitz, am 26. November 1897 an die Kaiserlichen Werften gerichtet hat, unterzeichnet: „In Vertretung des Staatssekretärs: Sack“. Darin wird mitgetheilt, daß vom 4. Dezember an ein neues Blatt: „Der Werft- und Hafenbote, vaterländische Zeitung für Angehörige von Werften und Hafenbetrieben und verwandte Berufswege“ erscheinen wird. Darin wird weiter aufgefodert, daß die Beamten sich angelegen sein lassen möchten, diese Zeitschrift unter den Werft- arbeitslern zu verbreiten, um die Werftarbeiter zu gewinnen für patriotische Gesinnung, für die nöthige Begeisterung für Kaiser und Reich. Weiter wird gesagt, daß man auch den Annoncentheil unterstützen solle. In Annoncen- theil sollen solche Annoncen Aufnahme finden, die für die Arbeiter Interesse hätten; dahin gehörten namentlich auch den Arbeitsmarkt betreffende Anzeigen. Solche Annoncen dem Blatte zuzuwenden, sei erwünscht. Weiter wird der Redakteur genannt: Herr Bart, S.W. Schützenstraße 12, wohin Nachrichten und Mittheilungen zu richten seien, — kurz, es ist ein Zirkular, in welchem in vollendetster Weise den Marinebehörden Auftrag gegeben wird, die Arbeiter zu beeinflussen, daß sie einen Theil ihres Geldes in einem solchen Schund- blatte anlegen; denn als solches bezeichne ich es. Ich frage: wenn nun ein solches Blatt Defizit hat, wer bezahlt dieses Defizit? wo kommen die Mittel her, um ein solches Blatt ins Leben zu rufen? wird daß auch aus dem Preß- fonds des Marineamts bezahlt? woher kommt aber wieder dieser Preßfonds? Ich weiß nicht, daß im Marineetat Ausgaben für einen Preßfonds bewilligt sind, darüber werde ich mir Aufklärung erbitten in der Budgetkommission.

Jedenfalls würde es ein schöner Zustand werden, wenn dem Beispiel des Marineamts nunmehr der Kriegsminister, der Postminister, der Eisenbahnminister, und weiß ich alles wer, Folge leisten wollte, wenn also die Beamten und Arbeiter, die im Dienste des Staates arbeiten, allesamt moralisch genötigt werden sollten, eine solche Literatur anzuschaffen. Einmal sind es Zeitungen, dann Flugblätter, ein drittes Mal Flugschriften. So sucht man im patriotischen Interesse die Arbeiterklasse auch nach dieser Richtung zu pflandern. Dagegen müssen wir uns auf das Entschiedenste verwahren. Dazu haben Sie kein Recht, dazu sind Sie nicht autorisiert, das geht weit über Ihre Befugnis hinaus.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme zum Schluß noch auf einige Bemerkungen, die in den Schlüssen der Rede enthalten waren, die Herr Graf von Posadowsky gegen mich und meine Parteigenossen gehalten hat. Er sprach darin von den Phantasmen der Sozialdemokratie: ein Theil der Sozialdemokraten scheine von diesen Phantasmen zurückzukommen. Merkwürdigerweise scheint er mich dazu zu rechnen

(Heiterkeit),

denn er zitierte sofort einen von mir in Hamburg gebrauchten Satz, in dem ich geäußert: ohne Profit raucht kein Schornstein. In dieser banalen bürgerlichen Wahrheit sieht der Herr Graf von Posadowsky eine Umkehr von meiner sozialdemokratischen Gesinnung.

(Heiterkeit),

Meine Herren, wenn ihm das Vergnügen macht zu glauben, will ich dieses kleine Vergnügen ihm gönnen. Ich fürchte nur, wenn er nach Hamburg noch die Hoffnung hatte, daß ich einen solchen Kanoffagang antreten könnte, er nach meinen Reden vom Samstag und heute schwerlich noch diesen Glauben besitzt. Was ich damals gesagt habe, ist volle Wahrheit innerhalb der Zustände der bürgerlichen Welt. Dieser Satz von mir ist entsprungen einer Opposition von meiner Seite gegen das Verlangen, bestimmte Parteiunternehmen noch dadurch zu unterstützen, daß Parteidruckereien gegründet werden sollten. Da habe ich erklärt:

Wenn Ihr glaubt, daß wir aus solchen Unternehmungen einen großen Gewinn machen könnten, täuscht Ihr Euch, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, wenn wir eine Produktivgenossenschaft gründen, selbstverständlich wir alsdann den Arbeitern Arbeits- und Lebensbedingungen gewähren müssen, viel höhere wie bei jedem Privatunternehmen. Damit wird aber selbstverständlich der Unternehmergewinn auf ein Minimum reduziert.

Meine Herren, soweit wir solche Genossenschaftsdruckereien haben — und wir haben sie in Deutschland mehrfach — ist bei uns der achtstündige Normalarbeitstag seit Jahren eingeführt, werden Arbeitslöhne gezahlt, die 10 bis 20 Prozent höher sind als die höchsten Löhne, die in gleichartigen Geschäften der Konkurrenz gezahlt werden, erhält jeder Arbeiter im Laufe des Sommers acht Tage Ferien, und es wird ihm während dieser Ferienzeit der volle Lohn ausgezahlt; kurz, es sind Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen, die naturgemäß den Unternehmergewinn in solchen Unternehmungen verhältnißmäßig klein erscheinen lassen. Das habe ich ausgeführt und habe daran anknüpfend geäußert: wenn wir bei einem Privatunternehmer unsere Zeitungen drucken lassen, wie es z. B. mit dem „Vorwärts“ geschieht, dann verlangt der Unternehmer selbstverständlich seinen Profit; denn ohne Profit raucht kein Schornstein. Wie man diese Aeußerungen dazu benutzen kann, als hätte ich etwas gesagt,

was gegen die sozialdemokratische Auffassung sei oder gar als hätte ich etwas gesagt, was als eine Art Umkehr von meinen sozialistischen Ideen angesehen werden könnte, das beweist nun einmal wieder, wie ungeheuer unwissend die Herren in Bezug auf die elementarsten Anschauungen der Sozialdemokraten sind; sonst wäre es ganz unmöglich, solche Ausführungen machen zu können.

(Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf von Posadowsky sagte weiter, ich hätte auch geäußert: alle unsere Unternehmungen, mit Ausnahme des Hamburger Unternehmens, seien gescheitert. Das habe ich wieder nicht gesagt in dem Sinne und Zusammenhange, wie er es dargestellt hat. Ich habe gesagt und gewarnt: wir sind nicht über dem Berg, glaubt nicht, daß nicht noch einmal die Zeit kommen kann, wo man mit Ausnahmegesetzen gegen uns vorgeht, und was dann geschieht, das haben wir im Jahre 1878 erlebt. Damals sind alle unsere Unternehmungen, mit Ausnahme des Hamburger Unternehmens, gescheitert, zu Grunde gegangen durch die Maßregeln der Behörden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So hat dieser Satz gelautet und nicht, wie der Herr Graf Posadowsky ihn dargestellt hat. Ich habe die Warnung erlassen, nicht in solche genossenschaftliche Unternehmungen unser Vermögen, unsere Mittel zu stecken, weil ich mir sagte, sie sind für die Agitation, für unseren Kampf viel besser angewandt.

Dann äußerte Herr Graf von Posadowsky weiter, und zwar mit besonderer Genugthuung, das könne auch nicht anders sein, daß solche Unternehmungen scheitern; auch in Frankreich seien alle kollektivistischen, sozialistischen Unternehmungen seit den Staatswerkstätten von Louis Blanc bis zu der Glas- hütte von Albi gescheitert. O, über diese Weisheit eines Ministers!

(Heiterkeit.)

Unglaublich, daß ein deutscher Minister am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, 50 Jahre nach dem Zusammenbruch der sogenannten Staatswerkstätten, die mit dem Sozialismus garnichts zu thun gehabt haben

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

eine solche Unkenntnis der Ereignisse verräth! Ich rathe dem Herrn Grafen Posadowsky einmal die kleinen Aufsätze von Lassalle nachzulesen, darin wird er genaue Aufklärung über die Bedeutung jener sogenannten Staatswerkstätten finden, die im Jahre 1848 nach der Februarrevolution von dem Bürgerministerium ins Leben gerufen wurden, um die Arbeiter zu fördern und die sozialistische Bewegung zu bekämpfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man gab dem Unternehmen eine Gestalt, wodurch es mit Nothwendigkeit zu Grunde gehen mußte. Was die anderen sozialistischen Unternehmungen anbetrifft, die auch zu Grunde gegangen sein sollen, so war kein einziges sozialistisches Unternehmen darunter. Sozialistische Unternehmen sind überhaupt nicht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ins Leben zu rufen. Wer auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ein sozialdemokratisches Unternehmen ins Leben rufen würde, den erklärten wir für verrückt oder dem sagten wir: Du bist kein Sozialdemokrat, Du weißt nicht, was die Sozialdemokratie anstrebt!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die Genossenschaften, die in den 40er und 50er Jahren in Frankreich, die heute in England, zum Theil auch in Deutschland ins Leben

gerufen worden sind, — weiß denn Graf Posadowsky nicht, daß die ins Leben gerufen sind auf Grund derselben Gesetzgebungsvollmachten, wie Sie dieselben in dem Genossenschaftsgesetz niedergelegt haben? Das ist die Grundlage für solche Einrichtungen. Es sind Produktivgenossenschaften, auf dem Wege der Selbsthilfe geschaffen, aus den kleinen Mitteln der Arbeiter. Wir haben alle Zeit den Leuten gesagt: täuscht Euch nicht, gegenüber den großen Mitteln der kapitalistischen Privatkonzurrenz seid Ihr nicht in der Lage, solche Unternehmen halten zu können, insbesondere nicht, wenn Ihr darauf angewiesen seid, daß auch bürgerliche Kaufleute, bürgerliche Geschäftsleute Euch die Artikel für ihre Läden abkaufen müssen; sie werden Euch nicht unterstützen, weil sie ihre bürgerlichen Genossen Euch vorziehen. Und daran sind die meisten Genossenschaften zu Grunde gegangen. Worin bestand denn die Opposition, die 1863 Passalle gegen Schulze-Delisch machte? Darin, daß er in seinem Antwortschreiben nachwies, daß die Produktivgenossenschaften, Konsumgenossenschaften u. s. w., die Schulze-Delisch den Arbeitern als soziales Heilmittel empfahl, in keiner Weise den Arbeitern helfen können, daß sie im Gegentheil sie manchmal sicher noch ins Elend bringen würden. Das war der Hauptgrund, mit dem Passalle Schulze-Delisch bekämpfte, und wodurch seine Opposition gegen das Bürgerthum von damals sich geltend machte.

Weiter hat Herr Graf Posadowsky geäußert:

Der Herr Abgeordnete Bebel hat dann schließlich einen Ausdruck gethan, der mich außerordentlich überrascht hat. Er hat behauptet, die schwierigen Zustände der mittleren Klassen beruhten auf dem Kapital, und er fuhr fort mit dem Wunsche, wenn man doch für den Mittelstand wenigstens die Zustände des Mittelalters hätte oder diejenigen vor 50 Jahren. Ja, das habe ich nicht geglaubt, daß uns Herr Bebel die Zustände des Mittelalters, die Zustände des Zunftzwanges, der Zwangs- und Bannrechte, der Hörigkeit, der Frohnden als sein Ideal aufführen würde. Sie haben auf das Mittelalter exemplifizirt, und ich habe auch nicht geglaubt, daß Sie auf einen Zeitpunkt zurückgreifen würden, der in der absolutistischen Zeit liegt.

Meine Herren, angenommen, daß Herr Graf Posadowsky diesen Satz so verstanden hätte, wie er ihn sprach, dann mußte ihm, wenn er überhaupt eine Idee von den Zielen des Sozialismus oder von den Anschauungen des Sozialismus hätte, sofort das Bewußtsein kommen: das kann Bebel nicht gesagt haben, denn dann wäre er ja der größte Thor, den man sich denken kann. Er behauptet also, ich hätte gesagt, die schwierigen Zustände der mittleren Klassen beruhten auf dem Kapital! Was ist das schon für eine Ausdrucksweise!

(Heiterkeit.)

Auf dem Kapital beruhten sie! Ist mir garnicht eingefallen! Ich habe gesagt, die schwierigen Zustände, in denen sich heute der gesamte Mittelstand befindet, entstehen aus den Wirkungen, welche die kapitalistische Produktionsweise erzeugt hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Graf mag nur meine Rede nachlesen, kein anderer Gedankengang war meinerseits möglich. Es ist mir garnicht eingefallen, auch nur einen Augenblick mir den Wunsch beikommen zu lassen, man solle, um diesen Mittelstand zu retten, in das Mittelalter zurückgehen, in die Zeiten der Hörigkeit, des Zuchtzwanges und der Bannrechte. Ja, meine Herren, das war eine

furchtbar billige Polemik, die am Montag Herr Graf Posadowsky glaubte gegen mich machen zu müssen, indem er mich — gerade herausgesagt — den größten Unsinn sagen ließ; denn größter Unsinn wäre es, wenn ich das gesagt hätte. Diesen Unsinn konnte ich nicht sagen. Ich habe gesagt, die kapitalistische Wirtschaftsweise ruiniert die Mittelstände; diese kapitalistische Wirtschaftsweise sind Sie weit entfernt zu unterbinden, im Gegentheil bereit, zu unterstützen; der Kapitalismus herrscht, die kapitalistische Klasse ist die tonangebende Klasse. Ich füge hinzu: das beweist das Verhalten der Regierungen dem Zentralverband der Großindustriellen gegenüber; das beweist das Wort des Herrn von Voettlicher denselben Herrn gegenüber: Meine Herren, wir arbeiten nur für Sie.

(Widerspruch. Zuruf rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

— Nein, so war es gemeint, Herr Dr. Gahn; wir haben es wiederholt dem Herrn von Voettlicher ins Gesicht gesagt, und wir bleiben dabei, es war so gemeint, das Wort kam aus seines Herzens Innerstem heraus. Genug! was sind heute die Regierungen anders als der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen.

(Lebhafter Widerspruch rechts. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Als ich das vor sieben Jahren schon einmal im Reichstag in einer Etatsrede sagte, saß Herr von Voettlicher so nahe bei mir wie jetzt der Herr dort am Bundesrathstisch bei der Tribüne, und darauf antwortete Herr von Voettlicher leise: sehr richtig! Jawohl, die Regierungen sind nichts als der Verwaltungsrath der besitzenden Klassen. Die Interessen der besitzenden Klassen einmal, die Interessen der besitzenden Klassen zweimal, die Interessen der besitzenden Klassen zum dritten Male, dann erst kommen die Arbeiter. So steht es. Ich habe ferner gesagt: der Kapitalismus beherrscht vollkommen die gegenwärtige Gesellschaft. Sie können aus demselben nicht mehr heraus. Statt diese Entwicklung zurückhalten zu können, schreitet sie immer weiter vor. Wollten Sie aber — habe ich hinzugesetzt — diesen bösen Zuständen für die gesamten Mittelstände einen Einhalt thun, dann könnte ich Ihnen ein Mittel vorschlagen: Sie bräuchten nur die heutige Gesellschaft in das Mittelalter zurückzuführen. Das habe ich wörtlich gesagt, nichts Anderes. Aber ich habe auch daran die Worte geknüpft: Aber das wäre Ihr eigener Tod; denn das bedeutete den Untergang der kapitalistischen Gesellschaft, und daran können Sie nicht denken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun, meine Herren, stellen Sie diese Ausführungen, wie sie von einem Sozialdemokraten garnicht anders gemacht werden konnten, mit den Ausführungen zusammen, die Graf Posadowsky mich machen läßt: in der That, ich kann sagen, solche Gegner sind sehr bequem für uns, mit denen werden wir geistig außerordentlich leicht fertig.

(Heiterkeit. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ging aber auch wie ein rother Faden durch die Ausführungen des Herrn Grafen Posadowsky die Anschauung, daß man in Bezug auf die Sozialreform sehr langsam und vorsichtig vorgehen müsse. Davon sind wir überzeugt, daß das geschehen wird. In dem Augenblick, wo ich in der Zeitung las, daß an die Stelle des Herrn von Voettlicher Graf Posadowsky getreten sei, war ich mir vollkommen klar, was jetzt die Uhr geschlagen hatte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich hätte gewünscht, Graf Posadowsky wäre im Reichschatzamt geblieben, wo er ganz gut hinpasse, vollkommen seinen Mann stelle

(große Heiterkeit);

aber daß er in demselben Maße seinen Mann im Reichsamt des Innern stellt, das glaube ich, von unserem Standpunkt aus betrachtet, nimmermehr.

(Große Heiterkeit. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Reden, die er bisher gehalten hat, haben das gezeigt. Die Sozialreform ist so gut wie eingesargt.

(Ruf vom Bundesrathstisch.)

Wir werden noch allerlei kleine sozialreformerische Maßregeln bekommen; auf ernste sozialreformerische Maßregeln müssen wir verzichten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das wird aber nicht immer so bleiben, das kann nicht so bleiben. Wenn Sie nicht wollen, dann zwingen die Arbeiter Sie dazu, und da hat es mich freut, heute in der „Kölnischen Volkszeitung“ zu lesen, daß der Nachener und der bayerische christlich-soziale Textilarbeiterverband an den Reichstagskanzler petitioniren wollen, damit von Gesetzes wegen eine 10 stündige beziehentlich 10¹/₂ stündige Arbeitszeit eingeführt werde einschließlich der kleinen Pausen. Meine Herren, die Arbeiter, die da petitioniren, sind katholische Arbeiter. Diese katholischen Arbeiter haben bereits vor 3 Jahren auf ihrem Verbandstag in Augsburg in der gleichen Richtung Beschlüsse gefaßt; sie haben verlangt, daß für den deutschen Arbeiter der 10 stündige Normalarbeitstag eingeführt werde. Das Zentrum hat die Forderung dadurch parirt, daß der Antrag Eike im Laufe dieses Frühjahrs angenommen wurde, nach welchem aus Neue Erhebungen über die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen vorgenommen werden sollen.

Nun, Sie sehen aber, wie in Ihren eigenen Reihen, meine Herren im Zentrum, es sich rührt, wie Ihre eigenen Arbeiter verlangen, daß auf dem Boden der sozialen Reform ernsthaft weiter gegangen wird, daß mit den kleinen und unbedeutenden Mitteln, die man bisher angewandt hat, es auf die Dauer nicht mehr geht, daß einschneidende Maßregeln auch für die erwachsenen Arbeiter getroffen werden müssen. Und, meine Herren, was Sie zu einem solchen Vorgehen weiter zwingen wird, habe ich bereits am Samstag gesagt. Ich wiederhole, daß kein Mensch, der offene Augen hat, auch nur eine Minute darüber im Zweifel sein kann, daß durch die Massenproletarisierung, die mit jedem Tage zunimmt, wonach die Arbeiter mehr und mehr die ungeheure Mehrheit in unserem Staatswesen bilden, auch der Staat und die Gesellschaft bei Gefahr ihrer eigenen Existenz gezwungen werden, diesen Arbeitern gerecht zu werden.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrielande ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist, mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandlör zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Reueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Beraterrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Westlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angelegter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbstverschöpfungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Mit Neujahr 1898 begann ein neues Abonnement auf unsere

Illustrirte Romanbibliothek

In Freien Stunden

in Wochenheften zu 10 Pfennig.

Unser Programm bleibt das alte: gute Romane in hübscher Ausstattung mit wirklich künstlerischen Illustrationen zu billigem Preise zu liefern. Um jedoch den Wünschen unserer Leser nach mehr Lesestoff entgegen zu kommen, haben wir den Inhalt jedes Heftes ohne Preisaufschlag um die Hälfte vermehrt. Wie bisher ist jedes Heft illustriert, bringt aber statt 16 Seiten nunmehr 24 Seiten Romantext und 2 Seiten Kleines Feuilleton. In Heft 1 des zweiten Jahrganges 1898 beginnt das prächtig geschriebene Werk:

Michael Saikmagr, Der Zöllner von Klausen

Historischer Roman von I. v. Wildenradt.

Künstlerisch illustriert von E. M. Lilien — München.

Der Roman erhebt sich auf dem düsteren Grunde des Tiroler Bauernkrieges, voll Sympathie für die unterdrückten und ausgebeuteten Bauern, voll edlen Zornes gegen den Uebermuth und die Sittenlosigkeit des Pfaffen- und Junkerthums. In einfacher Sprache und reicher Phantasie, voll tragischer Konflikte und lebendiger Szenen giebt er uns ein treues Spiegelbild jener traurigen Zeit und fesselt unser Interesse für das Schicksal seines Helden und seiner Geliebten, der Tochter des Salzburger Erzbischofs.

Es ist ein Tendenzroman im besten Sinne des Wortes, der das Interesse von Jung und Alt erregen, die Herzen der Frauen erschüttern, ihren lebhaften Sinn wider alles Unrecht empören, ihr Wissen bereichern wird.

Die Illustrationen sind meisterhaft in der Holzschnittmanier jener Zeit gezeichnet, in historischer Treue nach genauen Studien. Künstlerische Kopfleisten am Beginn der Kapitel, sowie Vollbilder zum Text gestalten das Buch zu einer Zierde für jedes Haus, zu einem künstlerischen Schmuck für jede Bibliothek.

Der Verlag hat keine Kosten gescheut, das Beste zu bieten; keiner der vielen Kolportageromane bietet zu so billigem Preise annähernd Gleichwerthiges: möge die Arbeiterschaft es an ihrer Unterstützung nicht fehlen lassen.

Jeder Kolporteur, jede Buchhandlung, jeder Zeitungs- und Postanstalt (Postzeitungskatalog für 1898 Nr. 3612) nimmt Bestellungen an, ebenso der unterzeichnete Verlag

Buchhandlung Vorwärts.